

**56. Sitzung**

**Freitag, den 25. Januar 2002**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Thüringer Gesetz zur Ausführung  
des § 47 Abs. 3 des Bundesdiszipli-  
nargesetzes**

**4760**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 3/2092 -  
ZWEITE BERATUNG

*Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf der Landesregierung - Druck-  
sache 3/2092 - in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung  
jeweils einstimmig angenommen.*

**Stärkung der Finanzkraft der  
Thüringer Kommunen - Reform  
der Gemeindefinanzen**

**4760**

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2132 -  
dazu: Änderungsantrag der  
Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/2164 -

*Ohne Begründung durch die Antragsteller und nach Aussprache wird  
der Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2164 - mit  
Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2132 - wird mit  
Mehrheit angenommen.*

**Enquetekommission "Schulleis-  
tungen im Freistaat Thüringen"**

**4776**

Antrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/2041 -

*Nach Begründung und Aussprache wird eine beantragte Überweisung  
des Antrags der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2041 - an den Aus-  
schuss für Bildung und Medien mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2041 - wird mit Mehr-  
heit abgelehnt.*

**Reform der Deutschen Bundesbank föderal gestalten**

4787

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2077 -

*Ohne Begründung durch den Antragsteller und nach Aussprache wird eine beantragte Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2077 - an den Haushalts- und Finanzausschuss mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2077 - wird mit Mehrheit angenommen.*

**Zukunft der Fernwasserversorgung in Thüringen**

4793

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2079 -

*Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2079 - mit Mehrheit angenommen.*

**Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen**

4812

Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS und Antwort der Landesregierung  
- Drucksachen 3/1554/1792 -  
auf Antrag der Fraktion der PDS  
dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags  
- Drucksachen 3/1958/2065 -

*Beratung*

**Persönliche Erklärung der Abgeordneten Arenhövel (CDU) außerhalb der Tagesordnung nach § 33 GO**

4830

*Am Ende der Tagesordnung der 56. Plenarsitzung wird der Abgeordneten Arenhövel (CDU) das Wort zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 33 GO erteilt.*

**Am Regierungstisch:**

stellv. Ministerpräsident Trautvetter, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar

**Rednerliste:**

Präsidentin Lieberknecht	4760, 4764, 4765, 4768, 4771, 4772, 4773, 4774, 4775, 4776, 4777, 4779, 4781, 4824, 4826, 4829, 4830, 4831
Vizepräsidentin Ellenberger	4783, 4786, 4787, 4788, 4789, 4790, 4792, 4793, 4795, 4796, 4798, 4800
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	4803, 4805, 4807, 4808, 4809, 4810, 4811, 4815, 4819, 4822
Althaus (CDU)	4773
Arenhövel (CDU)	4831
Becker (SPD)	4795, 4796, 4797
Carius (CDU)	4798
Döring (SPD)	4779
Emde (CDU)	4781, 4783
Gentzel (SPD)	4774
Gerstenberger (PDS)	4805
Prof. Dr. Goebel (CDU)	4786
Höhn (SPD)	4760, 4771, 4772
Huster (PDS)	4764, 4789, 4792
Dr. Kaschuba (PDS)	4815
Dr. Klaubert (PDS)	4779, 4783, 4786
Dr. Klaus (SPD)	4809
Krauß (CDU)	4793, 4803, 4811
T. Kretschmer (CDU)	4820
Kummer (PDS)	4800
Mohring (CDU)	4766, 4772, 4788
Dr. Müller (SPD)	4787, 4792
Dr. Schuchardt (SPD)	4826, 4829
Schugens (CDU)	4807
Schwäblein (CDU)	4772, 4811, 4829
Sojka (PDS)	4776
Dr. Stangner (PDS)	4783, 4822
Wunderlich (CDU)	4807
Köckert, Innenminister	4768, 4775
Dr. Krapp, Kultusminister	4777, 4779
Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	4824
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	4812, 4830
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	4793, 4808
Trautvetter, Finanzminister	4790, 4792

Die Sitzung wird um 9.00 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

**Präsidentin Lieberknecht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr verehrte Herren Staatssekretäre, so darf ich die Regierungsbankbesetzung heute ausdrücklich benennen, meine sehr verehrten Gäste auf der Besuchertribüne, ich eröffne unsere 56. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 25. Januar 2002. Der Finanzminister hält Einzug. Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen der Abgeordnete Carius und der Abgeordnete Höhn. Die Rednerliste wird der Abgeordnete Carius führen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Minister Dr. Birkmann, Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Dr. Koch, Herr Abgeordneter Pohl, Herr Abgeordneter Sonntag, Frau Abgeordnete Katja Wolf, Frau Abgeordnete Zitzmann

(Zwischenruf Kaiser, Staatssekretär: Der Ministerpräsident ist in Berlin, Frau Präsidentin.)

und der Herr Ministerpräsident Dr. Vogel.

Noch einige Hinweise zur Tagesordnung, und zwar zum Tagesordnungspunkt 13 a, Antrag der Fraktion der CDU, Stärkung der Finanzkraft der Thüringer Kommunen - Reform der Gemeindefinanzen in Drucksache 3/2132. Dazu wurde ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/2164 verteilt. Ich muss allerdings einfügen, dass gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung die Fraktion der CDU, weil sie den Ursprungsantrag eingebracht hat, ihre Zustimmung zur Einbringung des Änderungsantrags geben muss. Das tut sie. Damit ist also dieser Änderungsantrag aufgenommen. Damit komme ich jetzt zum Abarbeiten der Tagesordnung selbst.

Ich rufe gemäß unserer gestrigen Vereinbarung den **Tagesordnungspunkt 2** auf

**Thüringer Gesetz zur Ausführung des § 47 Abs. 3 des Bundesdisziplinargesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 3/2092 -  
ZWEITE BERATUNG

Eine Ausschussüberweisung hat nicht stattgefunden, wir haben von daher auch keinen Bericht. Ich komme unmittelbar zur Aussprache, zu der mir aber keine Wortmeldung vorliegt. Ich kann also die Aussprache schließen

(Beifall bei der SPD)

und komme zur Abstimmung, und zwar unmittelbar über den Gesetzentwurf in Drucksache 3/2092 in zweiter Beratung. Wer diesem Gesetzentwurf die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist große Einmütigkeit im Hause. Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, damit einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung und dürfen uns von den Plätzen erheben, wer zustimmt. Danke schön. Auch das war einstimmig. Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch nicht, dann einstimmig so am frühen Morgen beschlossen. Ich denke, das ist einer der schnellsten Gesetzesbeschlüsse, die wir hier gefasst haben. Vielen Dank. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Ich komme zum Aufruf des neuen **Tagesordnungspunkts 13 a**

**Stärkung der Finanzkraft der Thüringer Kommunen - Reform der Gemeindefinanzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2132 -  
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/2164 -

Ich frage zunächst: Wird Begründung durch den Einreicher gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Aussprache. Ich darf als ersten Redner den Abgeordneten Höhn, SPD-Fraktion, bitten.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe im Hause)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Ich darf um Ruhe bitten. Es ist am frühen Morgen, wir können alle noch etwas ruhig sein und dem Redner zuhören.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich auch für mich noch einmal zur Gewissheit die Fraktion der CDU fragen, ob Sie denn diesen Antrag allen Ernstes noch aufrecht erhalten wollen, vor allen Dingen nach der Pressekonferenz des Finanzministers von vorgestern, denn in den Ohren der vielen kommunalpolitischen Mandatsträger hier im Freistaat muss angesichts dieser Offenbarung, die kommunale Finanzausgleichsmasse in Thüringen um rund 35 Mio. € zu kürzen, allein die Überschrift Ihres Antrags wie der blanke Hohn klingen. Es

ist wirklich, ich muss das an dieser Stelle einmal ganz deutlich betonen, reichlich absurd, immer nur in die Taschen von anderen - in diesem Falle sprich Bundesregierung - zu greifen und im eigenen Lande genau das Gegenteil zu tun.

(Beifall bei der SPD)

In den rund zweieinhalb Jahren meiner Zugehörigkeit zu diesem hohen Hause habe ich ja schon so manchen Antrag der CDU mit Zielrichtung Bundesregierung über mich ergehen lassen müssen,

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Mit Recht.)

aber nichts ist so schlimm, dass es nicht noch schlimmer kommen kann. Diesem Motto werden Sie mit diesem Antrag allemal gerecht. Wenn man sich wirklich den Duktus Ihres Antrags in puncto dumpfe Stimmungsmache gegen diese Bundesregierung vor Augen führt, ist dieser Antrag

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Hoffentlich nicht mehr lange.)

vermutlich nur noch schwer zu toppen. "Topp Thüringen" kann ich da nur sagen. Ich muss ehrlich gestehen, es fällt einigermaßen schwer, auf einen solch unqualifizierten Antrag voller politischer und sachlicher Unterstellungen - das zeigt allein der Text dieses Schriftstückes - wirklich sachlich zu reagieren, aber ich will es dennoch tun.

Da das Thema "kommunale Finanzen" nicht erst seit der vorgestrigen Ankündigung des Finanzministers, die kommunale Finanzausgleichsmasse um rund 35 Mio. € zu kürzen, aktuell ist und da es wichtig ist, unter der fachlichen Unkenntnis offensichtlich der Antragsteller zu leiden, will ich diesem Populismus klare Fakten entgegenstellen.

Meine Damen und Herren, es ist höchst bedauerlich, dass die Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen in der Summe stagnieren. Das ist völlig unbestritten, obwohl noch im letzten Frühjahr zumindest mit einer leichten Steigerung von allen gerechnet worden ist. Über die genauen Ursachen dieser Entwicklung lässt sich mit Sicherheit trefflich streiten. Darüber sind wir uns sicher auch einig. Die ungünstige konjunkturelle Entwicklung, die Ereignisse auf den Weltmärkten, die gehören mit Sicherheit dazu. Die starke Exportabhängigkeit Deutschlands ist eine der Ursachen, weshalb Deutschland die weltwirtschaftliche Konjunkturdelle - die Experten sagen ja, wir befinden uns am Rande einer Rezession - besonders stark zu spüren bekommen. Das ist auch völlig unbestritten.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Gegen diese Bundesregierung muss man keine Stimmung machen, das machen sie schon selbst.)

Aber das wirkt sich natürlich auch bei den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen aus. Wenn es gut geht, war es der Thüringer Finanzminister, wahrscheinlich. Eine weitere Ursache für die geringeren Steuereinnahmen ist jedoch gewollt und von den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich begrüßt worden, nämlich die Einkommens- und Körperschaftssteuerreform der Bundesregierung, die in ihrem Entlastungsvolumen für Bürger und Wirtschaft jede vor ihr durchgeführte Steuerreform mit Deutschland übertrifft. Aber wie immer im Leben, des einen Freud ist des anderen Leid und so freut sich der Steuerzahler über eine spürbare Entlastung. Bund, Länder und Kommunen müssen aber im gleichen Atemzug auf mögliche Steuereinnahmen verzichten. Das ist das Prinzip jeder Steuerreform, egal welcher Couleur die Regierung nun einmal gerade ist. Sie haben das im Jahr 2000 mit der Annahme bzw. Zustimmung zur Steuerreform in großer Einmütigkeit so beschlossen, sieht man einmal von der Blockadehaltung Thüringens und einiger CDU-regierter Länder im Bundesrat ab, in der Hoffnung auf eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft mit schrittweise wieder steigenden Steuereinnahmen. Das war genau der Hintergrund der damaligen Steuerreform, was auch von Ihren Parteifreunden unumstritten war. Leider werden aber nun die binnenmarktstärkenden Effekte der Steuerreform durch die weltwirtschaftlich verursachten gegenläufigen konjunkturellen Wirkungen aufgefressen bzw. geschwächt.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Herr Höhn, Grimm's Märchen!)

Herr Finanzminister, haben Sie wenigstens so viel Souveränität und lassen Sie mich zu Ende reden, Sie haben noch genug Gelegenheit dazu.

(Beifall bei der SPD)

Daraus aber wie Sie den Schluss zu ziehen und zu behaupten, die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wäre schlecht oder gescheitert oder an den finanziellen Nöten der Kommunen Schuld, das ist allein Ihre politische Interpretation und durch vieles Wiederholen wird das nicht richtiger und nicht wahrer. Was sind denn nun und was waren die Alternativen von der CDU zur Steuerpolitik der Bundesregierung? Meine Damen und Herren, haben Sie überhaupt noch eine Vorstellung, welcher Ihrer eigenen Steuervorschläge im Moment gerade aktuell ist? Haben Sie da überhaupt noch einen Überblick? Vielleicht kann ich Ihnen da noch ein wenig nachhelfen an dieser Stelle.

(Unruhe bei der CDU)

Anfangs wurde von Ihrer Seite gefordert, die für 2005 geplante dritte Stufe der Steuerreform im Ganzen auf das Jahr 2003 vorzuziehen. Dass dies in den Jahren 2003 und 2004 jeweils zu nicht verkraftbaren Mindereinnahmen in Höhe, man höre, von rund 19 Mrd. € pro Jahr führen wür-

de, wurde dabei schlichtweg ignoriert. In dieser Höhe wären nämlich zusätzliche Schulden zu machen; das ist Ihnen ja wohl klar an dieser Stelle. Inzwischen hat die Union aber wohl eingesehen, dass sie einen finanzpolitisch derart unseriösen Vorschlag doch nicht so richtig aufrecht erhalten kann. Daher wird nun propagiert, nur einen Teil der für 2005 geplanten Reformstufe vorzuziehen, der die mittelständischen Unternehmen betrifft. So weit, so gut, das heißt wohl, nehme ich mal an, insbesondere die große Zahl der Personen und Einzelunternehmen.

Meine Damen und Herren, eine solche Aufteilung ist aber schlichtweg überhaupt nicht möglich. Genau wie die für 2003 beschlossene zweite Stufe der Steuerreform, sieht auch die Stufe 2005 ausschließlich eine weitere Senkung der Einkommenssteuer vor. Der Einkommenssteuer unterliegen diese Unternehmen aber erst gar nicht, sondern allein deren Inhaber als natürliche Personen. Diesen wird der jeweilige Unternehmensgewinn als so genannte Einkünfte aus Gewerbebetrieb anteilig zugerechnet. Das heißt, eine solche Trennung, wie von Ihnen gefordert, ist schlichtweg vom Gesetz her nicht möglich. Eine von den übrigen Einkunftsarten, das heißt den Arbeitnehmerinkommen abweichende Begünstigung dieser Einkünfte, möglicherweise durch einen ermäßigten Steuertarif, ist aber ebenfalls nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unzulässig. Also, meine Damen und Herren, fassen Sie sich an die eigene Nase. Ich frage Sie an dieser Stelle, ob es einen mehrheitsfähigen Steuerreformvorschlag aus Ihren eigenen Reihen überhaupt noch gibt? Nach den vollmundigen Ankündigungen der CDU/CSU in Sachen Steuerpolitik aller Orten Widersprüche. Ich habe Ihnen das eben, denke ich, vorgeführt. Noch andere Beispiele gefällig? Können wir auch liefern, kein Problem. Abschaffung der Öko-Steuer,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja, ja.)

was war das hier für ein Thema in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Es war alles nicht so gemeint, geht nicht, wir brauchen die Kohle. Vorziehen der dritten Stufe, das habe ich eben schon gesagt, geht leider nicht so wie bisher gefordert, da müssten wir neue Schulden machen. Das wollen wir ja eigentlich auch nicht. Sagen Sie es lieber gleich hier und heute, meine Damen und Herren, was denn alles noch nicht so gemeint gewesen ist; vielleicht ja auch möglicherweise dieser vorliegende Antrag, das kann ich mir jedenfalls denken. Wo war denn die Gemeindefinanzreform? Gab es nicht 16 Jahre lang eine Zeit, wo man das hätte durchziehen können?

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:  
Wer hat es denn im Wahlprogramm dringehabt?)

Hat es die wirklich nicht gegeben?

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen hier und an dieser Stelle, meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat mit Ihrer Steuerreform das Mögliche, das finanziell Machbare und das ökonomisch Vertretbare zur Entlastung der Bürger und der Wirtschaft und zur Belebung der Konjunktur getan.

(Beifall bei der SPD)

Alle Versprechungen der Opposition im Bundestag sind unfinanzierbare Luftblasen, die nun eine nach der anderen nach und nach platzen. Es ist sowieso immer die Kunst, einen Ballon mit großem Getöse aufzublasen, um ihn dann ganz leise platzen zu lassen. Das ist Ihr Prinzip.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU:  
Das ist es.)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Siehe Schröder.)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU:  
Jawohl, siehe Schröder.)

Genauso

(Heiterkeit bei der CDU)

war es mit dem Steuerreformvorschlag der CDU/CSU. Zu den unterschiedlichen Gesetzentwürfen für die Steuerreform im Jahr 2000 sprachen sich die kommunalen Vertreter ausdrücklich für die Umsetzung der Vorschläge von Rotgrün aus und warnten vor einer Umsetzung der Unionsvorschläge, da diese die kommunalen Haushalte noch mehr belastet hätten. Ich zitiere an dieser Stelle den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Herrn Heribert Tallmeier, nicht zu verwechseln mit dem anderen Dallmayer, seines Zeichens CSU-Mitglied, der sich zum Entwurf des Eichelgesetzes wie folgt äußerte: "Die Reform der Unternehmensbesteuerung bildet eine solide Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und ist daher ein Schritt in die richtige Richtung."

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:  
Bravo, Schlusslicht in Europa.)

Ich weiß nicht, ob Sie nicht zugehört haben. Das war das Zitat des Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Den Kommunen wurde die Zustimmung zum Reformwerk der Bundesregierung sicherlich dadurch erleichtert, dass sie - nun hören Sie genau zu - unterproportional an den Einnahmeausfällen der Steuerreform beteiligt wurden.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:  
Aber überproportional an UMTS-Ausfällen.)

Hören Sie doch auf, immer diese gleiche alte Leier zu bringen, Herr Finanzminister. Ich habe Ihnen, glaube ich, obwohl ich noch nicht zu Ende bin, schon dargelegt, dass Ihre Steuerpolitik in der Beziehung ungläubwürdig ist und das machen auch Ihre ständigen Zwischenrufe nicht besser.

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Was machen Sie denn?)

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal, insgesamt sind die Kommunen zu 12,2 Prozent an den Steuereinnahmen des Staates beteiligt. Das ist ein Faktum. Die Mindereinnahmen aus der Steuerreform werden im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006 jedoch nur mit 8,9 Prozent aller aus der Reform resultierenden Steuermindereinnahmen betragen. Mit dem Anrechnungsverfahren der Gewerbesteuer wurde ein einfacher Weg gefunden, die Gewerbesteuern völlig unangetastet zu lassen und doch die Steuerbelastung der Unternehmen zu senken.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Und die Gewerbesteuern ...)

Trotz dieser richtigen Entscheidung im Zusammenhang mit der damaligen Steuerreform haben Bund und Länder im Herbst vergangenen Jahres noch einmal draufgesattelt.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister: Was ist denn mit den Gewerbesteuern, Herr Höhn?)

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung der Unternehmenssteuerreform

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Die hat er nicht in seiner Rede drin.)

wurden noch einmal Veränderungen vorgenommen, die bereits im Jahr 2002 zu zusätzlichen kommunalen Steuereinnahmen in Höhe von 695 Mio. DM, das heißt rund 350 Mio. Euro, führen. Was wäre denn gewesen, wenn sich die CDU im Steuerstreit durchgesetzt hätte mit ihren Vorschlägen. Die EU hätte unter solchen Umständen vermutlich nicht nur mit einem blauen Brief als Frühwarnung wegen einem zu nahen Herankommen an die zulässige Defizitgrenze des Staates gedroht. Das haben wir zur Kenntnis genommen und ich bedaure diesen Umstand, aber mit Ihrer Steuerpolitik wäre das dann ein roter Brief geworden. Dann wären wir nämlich über diese Grenze von 3 Prozent gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Die Defizitgrenze als ein Konvergenzkriterium wäre vermutlich längst überschritten worden, mit all den Folgen und Sanktionsmechanismen, die dann erst noch in Kraft getreten wären. Das müssen wir uns auch einmal vor Augen hal-

ten. Es ist politisch wirklich verantwortungslos, solche Folgen außer Acht zu lassen, selbst wenn man wie die CDU-Fraktion auf Bundesebene in der Opposition ist.

Meine Damen und Herren, die Notwendigkeit, über eine kommunale Finanzform zu reden und auch zu konkreten Schritten zu kommen, besteht nicht erst seit heute und seit dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion Thüringen, sie besteht seit vielen Jahren. Die jetzige Regierungskoalition in Berlin hat das Thema anders als die Vorgängerregierung mit der Koalitionsvereinbarung, wie vom Antragsteller völlig richtig festgestellt, auf die politische Tagesordnung gehoben.

Vielleicht hätten wir sogar schon Ergebnisse, wenn die Klage Bayerns, Hessens und Baden-Württembergs zum Länderfinanzausgleich und das abschließende Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Reihenfolge der finanzpolitischen Reformprojekte nicht durcheinander gebracht hätte.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Eigene Einnahmen ...)

Das mag ja alles sein. Es war der hessische Ministerpräsident - Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, an dieser Tatsache können Sie nichts ändern, Sie können auch nichts daran ändern, dass diese Klage zu einer enormen Verzögerung der finanzpolitischen Reformprojekte geführt hat. Nach der nun endlich und zum Glück und auch zum Nutzen Ostdeutschlands abgeschlossenen Neuregelung des Länderfinanzausgleichs finde ich es jedoch richtig, dass mit den Überlegungen zur kommunalen Finanzreform bis nach Abschluss des Länderfinanzausgleichs gewartet wurde. Das ging auch gar nicht anders. Zu sehr stehen diese finanzpolitischen Dinge in einer Wechselwirkung miteinander. Meine Damen und Herren von der PDS, die Bundestagsfraktion der SPD hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die im März ihre Arbeit im Bundestag aufnehmen und sich genau mit jener Neuregelung der Kommunalfinanzen auseinandersetzen wird. Da kommt alles, aber wirklich auch alles auf den Prüfstand. Da gibt es Überlegungen, inwieweit die Gewerbesteuer in dieser Form noch zeitgemäß ist, ob es nicht sinnvoll ist, die Kommunen aus der Verbundmasse der Steuereinnahmen mit anderen Prozentzahlen zu beteiligen. Das alles in kein Tabu, das sage ich ganz offen. Aber alles zu seiner Zeit. Erst musste der Länderfinanzausgleich in Sack und Tüten sein und anschließend kann man sich der kommunalen Finanzreform widmen. Das tut diese Bundesregierung. Ich bin optimistisch, dass damit die Grundlage für eine wirklich echte Gemeindefinanzreform für die kommende Legislaturperiode geschaffen wurde, genauso wie ich auch optimistisch bin, dass es eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist, die diese Reform wie so viele andere auf den Weg bringen wird. Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Huster, PDS-Fraktion.

**Abgeordneter Huster, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag in Richtung Bundesregierung eine Stärkung der Finanzkraft der Thüringer Kommunen fordert, dann will sie offensichtlich von der eigenen Verantwortung ablenken.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: So ist das.)

Der CDU-Kritik an der kommunalen Finanzpolitik der Bundesregierung kann sich die PDS-Fraktion durchaus anschließen, obwohl das alles im Antrag ein bisschen schwierig formuliert ist, aber vom Grundsatz her können wir uns dieser Kritik anschließen. Andererseits, und das muss auch gesagt werden, hat die CDU in Thüringen mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 die Kommunalfinanzen selbst überproportional um rund 90 Mio. DM gekürzt. Deshalb sagen wir Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, Sie sollten erst einmal im eigenen Land für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen sorgen, anstatt nur Forderungen an den Bund zu richten.

(Beifall bei der SPD)

Wir akzeptieren, dass der Landeshaushalt konsolidiert werden muss und auch die Kommunen ihren Beitrag dazu leisten müssen. Doch Sie beteiligen die Kommunen überproportional an der Sanierung der Landesfinanzen. Damit tragen Sie entscheidend mit zur Finanzkrise der Kommunen in Thüringen bei.

(Beifall bei der PDS)

Das will ich begründen: Thüringen hat von allen 13 Bundesflächenländern die geringste kommunale Steuerkraft. Wer anders trägt dafür die Verantwortung als die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund natürlich. Nach Einschätzung des Deutschen Städtetages behandelt die Thüringer Landesregierung ihre Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs besonders stiefväterlich. Die Thüringer Gemeinden werden somit mehrfach, zum einen durch die Steuerrechtsänderung des Bundes und zum anderen durch die unzumutbaren Eingriffe des Landes in den Kommunalen Finanzausgleich, finanziell benachteiligt. In beiderlei Hinsicht muss ein Umdenken einsetzen. Deshalb unterstützen wir den CDU-Antrag in Richtung Berlin, fordern aber gleichermaßen ein Handeln der Landesregierung in ihrer eigenen Zuständigkeit im Kommunalen Finanzausgleich. Die PDS-Fraktion fordert deshalb in einem Änderungsantrag eine Ergänzung des CDU-Antrags. Wir fordern, dass auch in Thüringen eine Kommission zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen umgehend eingesetzt

wird. Und, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in diesem Punkt hat Herr Höhn nun wirklich Recht, Sie können nicht nur Forderungen an den Bund richten, sondern in gleicher Form muss auch die Thüringer Landesregierung ihren eigenen Handlungsbedarf sehen.

Meine Damen und Herren, aus der Begründung des Antrags geht hervor, dass die CDU-Fraktion im Kern eine Reformierung der Gewerbesteuer für notwendig hält. Auch wir sehen hier den Reformbedarf, wobei sich die Neuordnung der Gemeindefinanzverfassung nicht auf die Gewerbesteuer beschränken darf. Angesichts der prekären Finanzsituation der Gemeinden ist eine Reform der Kommunalfinanzen längst überfällig. Die Bundesregierung hat dies meines Wissens in der 98er Koalitionsvereinbarung auch so benannt, getan hat sie aber noch nichts. Dies ist auch eine der Enttäuschungen aus kommunaler Sicht. Die Tatsache wird auch dadurch nicht besser, dass die Kohl-Regierung bis 1998 ebenso wenig getan hat. Ziel einer Reform muss es sein, dass die Kommunen stabile Steuereinnahmen haben. Eine kommunale Steuerquote von 40 Prozent ist dabei anzustreben. In den alten Ländern liegt sie bei rund 32 Prozent, in den neuen Bundesländern und Thüringen beträgt sie nur 16 Prozent. Aus Sicht der PDS muss der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer von bisher 15 auf 20 Prozent erhöht werden. Die Grundsteuer muss den neuen Herausforderungen an den Stadtumbau angepasst werden, also eine bauordnerische Lenkungsfunction erhalten. Schließlich geht es um die Gewerbesteuer. Sie gewinnt auch in den Thüringer Kommunen an Bedeutung, auch wenn ihr Aufkommen nicht in dem Maße wächst wie ursprünglich prognostiziert. Sie ist bereits jetzt im Landesdurchschnitt die ertragsstärkste Kommunalsteuer in Thüringen. Sie steht aber auch in mehrerlei Hinsicht in der Kritik. Die Gemeinden kritisieren, dass ein immer höherer Anteil der Gewerbesteuer über die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage an das Land und den Bund fließen. Der vom Grundgesetz vorgegebene Charakter der Gewerbesteuer als kommunale Realsteuer, deren Aufkommen nur den Gemeinden zusteht, wird damit eindeutig unterlaufen. Mit der Steuerreform wird die Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Prozent erhöht. Hiervon profitiert auch das Land. Die Landesregierung hat über den Bundesrat dieser Erhöhung auch zugestimmt. Jetzt so zu tun, als hätte diese Erhöhung nur die Bundesregierung zu verantworten, ist mehr als populistisch. Eine Reform der Kommunalfinanzen und damit auch der Gewerbesteuer ist kurzfristig nicht zu machen. Was aber kurzfristig zu machen wäre, ist die Senkung eben dieser Gewerbesteuerumlage auf das Niveau des Jahres 2000. In der Drucksache 3/1456 hatte die PDS-Landtagsfraktion im April 2001 diesen Vorschlag unterbreitet. Er wurde damals von der CDU-Fraktion abgelehnt und jetzt erhebt diese Fraktion daran Kritik. Eine derart zwiespältige Politik, meine Damen und Herren, ist den Bürgern und den Kommunen kaum noch zu vermitteln.

(Beifall bei der PDS)

Hätte die CDU vor neun Monaten unserem Antrag zugestimmt, dann hätte die Landesregierung auch schon lange entsprechend aktiv werden können. Sie haben die Sache damals blockiert und jetzt wollen Sie sich als Interessenvertreter der Thüringer Kommunen aufspielen. Erst sorgen Sie mit dafür, dass den Kommunen Geld weggenommen wird und dann stellen Sie sich hin und sagen, wir streiten dafür, dass die Kommunen wieder mehr Geld bekommen,

(Beifall bei der PDS, SPD)

unglaublicher kann Politik nun wirklich nicht sein.

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren kommunalen Kritikpunkt an der Gewerbesteuer. Infolge der Anhebung der Freibeträge bekommt die Gewerbesteuer immer mehr den Charakter einer Großbetriebssteuer. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Unternehmen, die Freiberufler, Land- und Forstwirte, nicht der Gewerbesteuerpflicht unterliegen. Nur rund ein Drittel der Unternehmen zahlt bundesweit überhaupt Gewerbesteuer. Für Thüringen dürfte dies gleichermaßen zutreffen. Schließlich kritisieren gerade auch Thüringer Kommunen den Zerlegungsmaßstab der Gewerbesteuer bei mehreren Betriebsstätten, der sich nach der Bruttolohnsumme richtet, was zu einer Benachteiligung in den Thüringer Regionen führt, weil hier im Regelfall das Lohnniveau unter der Wertschöpfungsquote des Gesamtunternehmens liegt. Auch hier hatte die PDS-Fraktion im Frühjahr des Vorjahres Vorschläge unterbreitet, die wurden natürlich von der CDU abgelehnt. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die Gewerbesteuer den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit und der Allgemeinheit der Besteuerung immer weniger gerecht wird. Auch weist das Gewerbesteueraufkommen zunehmend Schwankungen auf und ist daher für die Gemeinden kaum noch zu kalkulieren.

Meine Damen und Herren, die Kritik an der Gewerbesteuer kommt aber auch aus Wirtschaftskreisen. Der Bundesverband Deutsche Industrie (BDI) und der Verband der Chemischen Industrie haben sich in der Diskussion mit einem gemeinsamen Positionspapier eingeschaltet. Im Kern geht es bei den Vorschlägen der beiden Verbände um die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Verbände schlagen vor, den Gemeinden als Kompensation für die wegfallende Gewerbesteuer ein kommunales Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu gewähren. Finanzielle Einbußen sollen dafür den Gemeinden nicht entstehen. Auf den ersten Blick, meine Damen und Herren, hört sich dies nicht schlecht an. Die kommunalen Spitzenverbände verweisen in Reaktion auf diese Vorschläge darauf, dass die Gemeinden eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle mit kommunalem Hebesatzrecht brauchen, wie dies auch im Grundgesetz festgeschrieben ist. Hier genau liegt der Knackpunkt des Vorschlags der beiden Wirtschaftsverbände. Während das Gewerbesteueraufkommen an den Standort der Betriebsstätte gebunden ist, wird die Einkommenssteuer an das Wohnsitzfinanzamt des

Steuerpflichtigen abgeführt. Unterschiedliche Hebesätze der Gemeinden führen zwangsläufig zu einer differenzierten Einkommenssteuerbelastung der Steuerpflichtigen an verschiedenen Wohnorten. Ausweichreaktionen, insbesondere der besser Verdienenden, wären die Folge. Diese Entwicklung kann nun wirklich nicht im Interesse sein. An dieser Stelle bitte ich daran zu denken, welche Ausweichreaktionen aufgrund anderer Ursachen wir schon zwischen verschiedenen Gemeinden haben. Auch würden die engen Verzahnungen zwischen ortsansässigen Unternehmen und den Gemeinden verlorengehen. Die Gemeinden investieren im Interesse der örtlichen Wirtschaft in die kommunale Infrastruktur. Über die Gewerbesteuer beteiligen sich die ortsansässigen Unternehmen an diesen Investitionen, oder es sollte so sein. Bei einem Wegfall der Gewerbesteuer würde dieser bewährte Mechanismus ebenfalls wegfallen. Anstelle der örtlichen Wirtschaft würden die in der Gemeinde wohnenden Steuerpflichtigen, also vorrangig die Arbeitnehmer, die Kosten für die kommunalen Investitionen zu tragen haben.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion steht einer Abschaffung der Gewerbesteuer nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wenn den Gemeinden ein gleichwertiger Ersatz gewährt wird. Der Erhalt einer wirtschaftskraftbezogenen Steuer mit kommunalem Hebesatzrecht ist auch zukünftig für die Gemeinden unverzichtbar. Diese Steuer muss jedoch auch ausschließlich den Gemeinden zufließen, ohne dass hier durch Umlagen an das Land und den Bund eine Reduzierung erfolgt. Eine solche Steuer sollte von allen Unternehmen zu zahlen sein, die schließlich auch die kommunale Infrastruktur in Anspruch nehmen. Die Verbreiterung des Kreises der Steuerpflichtigen ermöglicht dabei eine Erhöhung der kommunalen Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Senkung der Steuerbelastungen für einzelne Unternehmen. So weit, meine Damen und Herren, meine Ausführungen bezogen auf die bevorstehende Gemeindefinanzierungsreform.

Ich möchte nur noch so viel sagen: Die Kommission, die jetzt eingesetzt werden soll, und darauf zielt ja auch Ihr Antrag 2, wird sich zum Ziel stellen, bis zur Mitte der nächsten Legislatur, also im Jahr 2004, Vorschläge zu erarbeiten. Nehmen wir einmal an, das Ziel wird gehalten. Man muss kein Prophet sein, dass es dann noch ein paar Jahre dauert, bis tatsächlich in Gesetzesform bei den Gemeinden etwas ankommt. Wenn wir uns darüber einig sind, dass es einen erheblichen Zeitdruck im Interesse der Gemeinden in ganz Deutschland gibt und wir das politisch unterstützen können, dann sind wir auch auf dem richtigen Weg. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Mohring, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Mohring, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Haushaltsdefizite in den deutschen Kommunen insgesamt sind deutlich dramatischer geworden. Sie stehen damit insgesamt in ihrem Problembereich nicht mehr nur in Thüringen allein, was die Haushaltsdefizite in den Kommunen betrifft, sondern es ist mittlerweile ein deutschlandweites Problem geworden. Deshalb haben wir das aufgegriffen, weil wir meinen, wir müssen uns diesem Problem stellen, insbesondere jetzt vielmehr deshalb, weil dieser Problembereich der Defizite in den kommunalen Haushalten mittlerweile auch Beachtung findet außerhalb der neuen Bundesländer. Das ist ein Qualitätsunterschied, der in dieser Entwicklung vorher so nicht zu sehen war. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass auch der Thüringer Finanzminister bei den Solidarpaktverhandlungen vehement dafür gekämpft hat, dass das kommunale Steueraufkommen auch Berücksichtigung findet bei der Bemessung der Zuweisungen im Rahmen des Solidarpakts 2

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

und dass es dafür lange Verhandlungen gab, bis es zu diesem Ergebnis gekommen ist. Sie wissen auch, meine Damen und Herren, dass wir seit Jahren gemeinsam beklagen, dass das Gewerbesteueraufkommen in den neuen Ländern und das gesamte Steueraufkommen der Thüringer Kommunen auch hier im Besonderen deutlich geringer ist als das Steueraufkommen in den westdeutschen Kommunen.

Jetzt ist folgende Situation eingetreten: Durch die konjunkturelle Abschwächung insgesamt, aber auch durch die Steuerreformgesetzgebung der rotgrünen Bundesregierung ist es zu dramatischen Gewerbesteuereinbußen im letzten Jahr in den westdeutschen Kommunen gekommen. Und jetzt merken die genau das Problem, was wir in den ostdeutschen Kommunen schon viel länger merken, dass eine der wichtigen Einnahmequellen der Kommunen, die Gewerbesteuer, wegbriecht oder bei uns nie richtig vorhanden war und plötzlich diese dramatischen Einnahmeverluste dazu führen, dass mindeste kommunale Aufgaben und dass die kommunale Selbstverwaltung insgesamt völlig ausgehöhlt wird und gar nicht mehr wahrgenommen werden kann. Die Probleme, die jetzt auftreten - in Braunschweig war heute wieder im Radio zu hören, in Wuppertal -, führen dazu, dass kommunale Bäder geschlossen werden, dass Bibliotheken geschlossen werden, dass Kindergärten nicht geöffnet werden können. Diese Problembereiche, mit denen wir in den neuen Ländern schon lange zu kämpfen haben, sind jetzt auch in den alten Ländern eingetreten und führen dazu, dass der Reformdruck auf die rotgrüne Bundesregierung wächst, ihr Wahlversprechen, was sie sich selbst gegeben hat in ihrem 98er Wahlprogramm, endlich umzusetzen, nämlich eine umfassende Gemeindefinanzreform anzupacken und umzusetzen. Jetzt sagt der SPD-Redner vorhin, die Kommission wird im März eingesetzt. Jetzt hat aber diese Regierung schon drei-

einhalb Jahre gewirtschaftet - dreieinhalb Jahre - und am 22. September sind die nächsten Bundestagswahlen. Wie will denn diese Kommission, die im März zu arbeiten beginnt, eine umfassende Gemeindefinanzreform überhaupt noch auf den Weg bringen und umsetzen? Daran zweifle ich.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Mangel werfen wir ihnen vor, dass nämlich dreieinhalb Jahre regiert wurde und ein wichtiges Versprechen, auf das viele, auch ihre SPD-Bürgermeister in allen Kommunen in Deutschland, gesetzt haben, in die Hoffnung, dass dieses Versprechen umgesetzt wird, harrt der Erfüllung. Darauf machen wir aufmerksam und deshalb kommt auch unser Antrag. Und es ist falsch, meine Damen und Herren, dass hier jedes Mal die Opposition - das ist ihr gutes Recht zu mahnen und auch voranzutreiben -, wenn die CDU-Fraktion einen Vorschlag aufgreift und ihn vorantreibt, dann heißt es, wir würden nur nachahmen. Greifen wir nicht auf, heißt das Arroganz der Macht. Meine Damen und Herren, seien Sie doch froh, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden und sagen, wir wollen den Kommunen, vor allen Dingen auch in Thüringen, aber allen Kommunen in Deutschland helfen und sagen deshalb natürlich,

(Beifall bei der CDU)

eine wichtige Verantwortung dafür liegt auch bei der rotgrünen Bundesregierung. Meine Damen und Herren, Sie reden immer davon - die Debatte kommt ja erst zum nächsten Nachtragshaushalt -, wir würden unsere Kommunen in Thüringen besonders schwächen. Ich will Ihnen einmal zwei Zahlen nennen, damit Ihnen das vielleicht auch auf solider Grundlage ein bisschen hilft bei der Diskussion. Wir wollen, das ergibt sich einfach aufgrund unserer kommunalen Finanzgesetzgebung, die wir gemacht haben, wie beteiligen wir uns gegenseitig an Steuerausfällen, an Steuernehreinnahmen - im nächsten Nachtragshaushalt bei den Steuerausfällen - die wir insgesamt haben von 320 Mio. € die Thüringer Kommunen im Vergleich zu den Zahlen vom Jahr 2001 mit 23 Mio. € am Defizit und am Ausgleich des Haushalts beteiligen - 23 Mio. € von 320 Mio. € Deckungslücke. Das Nachbarland Sachsen-Anhalt, die stehen ja kurz vor Wahlen, und es ist auch nicht dumm, einmal darauf hinzuweisen, was diese machen. Die sachsen-anhaltinische Landesregierung hat gegenüber ihren Haushaltszahlen von 2001 auf 2002, die haben jetzt einen Haushalt beschlossen, die Finanzausgleichsmasse um sage und schreibe 266 Mio. € abgesenkt. Das heißt, rund eine halbe Mrd. Mark haben sie den Kommunen in Sachsen-Anhalt weggenommen. Und dann kommt hier der Ruf in Thüringen, wir würden unsere Kommunen überproportional an dem Ausgleich der Deckungslücke in unserem Haushalt beteiligen.

Meine Damen und Herren, es steht in keinem Verhältnis, 266 Mio. € zu 23 Mio. € Ausgleich. Wir meinen - und dazu stehen wir auch, und der Finanzminister sagt das ja auch immer ganz laut -, dass unser Finanzausgleichsgesetz in Thüringen von allen Gesetzen, die in Kraft sind in allen Ländern in Deutschland, das Beste ist, weil wir nämlich eins machen, wir beteiligen die Kommunen bei Steuerausfällen nämlich nur an den Verlusten mit 50 Prozent und wir beteiligen sie auch an Steuer Mehreinnahmen, die das Land erhält, mit 50 Prozent. Alle anderen Länder - und deshalb gibt es auch kein anderes Finanzausgleichsgesetz in Deutschland, was das besser gestaltet - beteiligen nämlich die Kommunen zum Teil mit 100 Prozent an Ausfällen und werden durchgereicht, die das Land in der Finanzausgleichsmasse weniger bekommt. Das tun wir nicht. Wir haben auch dort noch gesagt, auch wenn es uns schwer fällt und wir mit dramatischen Steuerausfällen auch in diesem Jahr zu kämpfen haben - wir machen es auch schon die vergangenen Jahre - dann wollen wir die Kommunen nicht mit 100 Prozent an diesem Verlust beteiligen, sondern wir übernehmen auch dort noch mal 50 Prozent selbst. Das führt dazu, dass wir mit den Haushaltsansätzen 2001 letztendlich nur die Kommunen in Thüringen mit 23 Mio. € noch mal beteiligen. Das ist nicht mal ein Zehntel von den Steuerausfällen, die wir insgesamt dieses Jahr auszugleichen haben. Ich denke, in diesem Verhältnis beachten wir sehr wohl das solidarische Gemeinschaftsgefühl, was wir auch in unserer kommunalen Familie walten lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb muss unser Ruf natürlich an die rotgrüne Bundesregierung gehen, weil doch eins feststeht, wenn die wichtigen Säulen der Gemeindefinanzen - nämlich zum einen die Gewerbesteuer, aber auch zum anderen die Schlüsselzuweisung, die sie von Bund und Land bekommen - wegbrechen. Sie wissen alle, wir haben dramatische Bevölkerungsverluste zum Teil zu verzeichnen - Wegzug, Geburtenknicke. Sie kennen die ganzen Entwicklungen, die in den letzten Jahren gelaufen sind und die auch künftig noch vor uns stehen. Die führen natürlich dazu, wenn ich einen Teil der kommunalen Steuereinnahmen auf Schlüsselzuweisungen basieren lasse und ich habe Bevölkerungsverluste zu verzeichnen, dass bei gleich bleibendem Aufgabenvolumen natürlich auch die Einnahmen sinken. Und wenn das alles der Fall ist, muss man natürlich das berücksichtigen und muss sagen, wir brauchen eine umfassende Änderung. Dazu waren mit Sicherheit die Ergebnisse, die Rotgrün in ihrer letzten Zeit, in den letzten dreieinhalb Jahren auf den Weg gebracht hat, nicht förderlich. Ich will das auch nennen.

Meine Damen und Herren, zum Teil haben Sie mit der letzten Steuerreform Schlupflöcher für Unternehmen geschaffen. Die Folge ist doch jetzt die, dass die meisten großen Unternehmen in Deutschland gar keine Gewerbesteuern mehr zahlen müssen. Die machen große Holdings, die verbrüdern sich mit ihren Tochterunternehmen außerhalb von

Deutschland und außerhalb von Europa. Das führt dazu, dass sie Verluste vortragen können, dass sie jetzt schon wissen, die nächsten zehn Jahre zahlen sie gar keine Steuern mehr. Das führt dazu, die Gewerbesteuerumlage - Mike Huster hat das genannt - ist von 20 auf 30 Prozent mittlerweile gestiegen. Da war natürlich auch ein Teil drin für den Solidarpakt. Aber das Schlimme ist, ein Großteil war aber auch einfach nur Stopfen von Haushaltlöchern und Folge von Steuerreformpaketen, die dazu führen, dass unsere eigenen Kommunen mit Gewerbesteuerumlage so dramatisch belastet sind, dass sie gar nicht mehr aus dem Auge gucken können.

Und ein Weiteres ist natürlich eingetreten, der Finanzminister hat es vorhin in seinen Zwischenrufen mehrmals gesagt - UMTS. Ich will es auch jetzt noch mal nennen. Der Bund hat 100 Mrd. Mark Einnahmen erzielt, die er ganz allein in seinem Haushalt verwendet hat, weniger Kreditaufnahme, auch zum Teil Programme, wo er jetzt wieder Geld zurückgegeben hat. Das mag ja alles sein, aber die steuerlichen Verluste aus den Einnahmen, weil nämlich die Unternehmen ihre Gewinne abschreiben können, tragen allein die Länder und die Kommunen vor Ort und wir tragen die auch in Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Daran müssen wir natürlich appellieren, weil das eine ganz originäre Aufgabe des Bundes war, dafür für Ausgleichsmaßnahmen zu sorgen und diesen Ausgleich zu schaffen. Und deshalb kann man nicht auf der einen Seite in das achtundneunziger Wahlprogramm hineinschreiben: Wir wollen eine umfassende Gemeindefinanzreform voranbringen, auf der anderen Seite den Kommunen in die Tasche greifen und die Verluste aus Einnahmen und Abschreibungen den Kommunen und den Ländern überlassen und dann sagen, ja im März, kurz vor der Bundestagswahl - Welch Zufall - richten wir jetzt noch schnell diese Kommission ein und da packen wir alles rein, was zu reformieren geht. Dann glaubt doch wohl keiner bei dem Reformwillen, den die SPD zum Teil an den Tag legt, dass das noch zu Ergebnissen führt.

(Beifall bei der CDU)

Was die machen, ist doch Folgendes: Der Bundesfinanzminister hat erst mal 3 Mrd. Mark Umsatzsteuer der Deutschen Post erlassen, das kann man heute nachlesen. Der Bundesrechnungshof übrigens hat dafür deutlich den Bundesfinanzminister kritisiert. Was das wieder für Verluste bringt, wissen Sie doch selbst.

(Beifall bei der CDU)

Dann gibt es ja noch einen Verteidigungsminister, der unterschreibt Verträge und kauft Flieger und hat gar kein Geld dafür und handelt am Parlament vorbei, hat Geld für 40 Flieger und kauft 73 Flieger und macht das am Parlament vorbei. Auch wir rufen doch immer: Beteiligung des

Parlaments und Budgetrecht des Parlaments, sicher. Ich stehe dafür immer sehr stark ein. Dann gibt es die gleichen Leute, die hier kritisieren wollen, weil wir eine Finanzreform auf den Weg bringen wollen, haben dann eigene Minister in ihren Reihen, die völlig am Parlament vorbei das Geld mit vollen Händen ausgeben. Auch der Bund hat Riesendeckungslücken in seinem Haushalt und dann haben die nichts Besseres zu tun, als erst einmal über den Haushalt hinaus weitere Milliarden zu verplanen und auszugeben. Wer soll denn die Verluste am Ende tragen? Das führt doch dazu, dass auch da wieder irgendwo Geld eingespart werden muss und das wird durchgereicht an die Länder und an die Kommunen. Wir wollen diese Verluste aufgrund verfehelter Politik nicht tragen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir, wir müssen unbedingt die Finanzreform angehen auch noch aus einem anderen Punkt. Sie wissen, mit 2002 ist z.B. Gewerbesteuerfreiheit eingetreten auf Dividendenerzielung und Unternehmensbeteiligung, Gewerbesteuerfreiheit aus Veräußerungsgewinn ist eingetreten mit der Steuerreform, die Sie in Kraft gesetzt haben. Diese Zahlen sprechen doch für sich und führen doch zu weiteren Verlusten. Ich muss Ihnen das auch noch einmal aufzählen, was das für Thüringen heißt, nämlich dass wir in eigenen Thüringer Kommunen mit Mindereinnahmen zu kämpfen haben und die Säule Gewerbesteuerinnahme auch bei uns zurückgegangen ist. Im Jahr 2001 z.B. haben wir 13,3 Mio. € Thüringer Kommunen und im Jahr 2002 43,5 Mio. € Mindereinnahmen an Gewerbesteuern. Das ist nicht so, wie Mike Huster von der PDS-Fraktion sagt, dass die Gewerbesteuer für die Thüringer Kommunen eine feste Säule geworden ist, die sich immer stärker entwickelt. Es ist genau umgekehrt. 43,5 Mio. € in diesem Jahr Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer und diese Tendenzen müssen aufgehoben werden. Wir wollen unseren Beitrag leisten, deshalb sagen wir doch auch und bitten die Thüringer Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Finanzreform in Kraft tritt, dass nicht nur eine Kommission eingesetzt wird, sondern dass die Kommission auch Ergebnisse vorlegt und dass die Ergebnisse schnell kommen, weil die Thüringer Kommunen eins nicht können, sie können jetzt nicht zwei Jahre warten, bis irgendeine Kommission in Berlin endlich Ergebnisse erzielt und möglicherweise am Ende gar nichts rauskommt. Wir brauchen schnelle Ergebnisse und wir brauchen eine solide Finanzausstattung für die Kommunen, die künftig nicht mehr bei der Gewerbesteuer liegen darf. Dafür werben wir mit unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Für die Landesregierung Herr Minister Köckert. Bitte, Sie haben das Wort.

#### **Köckert, Innenminister:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, man hat hier schon Verwunderliches zu hören bekommen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Gerade jetzt.)

Das fing an mit dem Kollegen Höhn, der uns ein Bild malte, als wäre gerade bei den Kommunalfinzen nun das große Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Wir wissen sehr genau, wenn wir die Lage analysieren, Herr Höhn, dieses Licht am Ende des Tunnels wurde von dieser rotgrünen Bundesregierung auch noch eingespart.

(Beifall bei der CDU)

Die Kommunen schauen in ein dunkles Loch. Die Lage der kommunalen Finanzen wird bundesweit immer dramatischer. Die kommunalen Spitzenverbände haben kürzlich zu Recht Lösungen für die Finanzkrise der Kommunen gefordert. Da kommen die kleinen Pflästerchen der Bundesregierung, KfW-Förderprogramme, als ob nicht viele, wenn nicht gar die meisten Kommunen schon so überschuldet sind, dass sie schon gar keine zinsverbilligten Programme mehr annehmen können. Die Verschuldungsgrenze ist von ihnen überschritten.

Der Deutsche Städtetag, meine Damen und Herren, ist mit seiner berechtigten Forderung nach Soforthilfen für die Kommunen bei der Bundesregierung abgeschmettert worden. Die Vorschläge z.B. auch der Frankfurter Oberbürgermeisterin Frau Roth, einen Teil der UMTS-Erlöse an die Kommunen auszureichen, sind entsprechend abgeschmettert worden. Auf diesem Ohr ist die Bundesregierung taub.

Ich denke, wir dürfen diese Bundesregierung, die diese Misere verursacht hat mit ihrer desolaten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine grundlegende Änderung in dieser Situation für die Kommunalfinzen kann nur die Bundesregierung und der Gesetzgeber, der Bundestag, erreichen. Nur sie können den Kommunen aus dem Teufelskreis von sinkenden Einnahmen, wachsenden Ausgaben und steigenden Defiziten heraushelfen. Aber dann passieren solche Treffen und Geschehnisse wie in der vergangenen Woche, wo der Bundessparminister Hans Eichel den Hilferuf der Kommunen barsch zurückwies. Lassen Sie sich mal vom Erfurter Oberbürgermeister erzählen, wie dieses Gespräch des Bundesfinanzministers stattgefunden hat mit den Spitzenvertretern des Deutschen Städtetages. Wie man 60 Minuten für diese Problematik im ach so gefüllten Kalender des Bundesministers einräumte. Von diesen 60 Minuten gingen die ersten 20 Minuten schon drauf mit shake hands und Fototerminen, weil

man ja das Bild braucht für irgendwelche Wahlkampfplakate, wie man mit den kommunalen Spitzenvertretern steht. Die weiteren 20 Minuten erzählte dann der Bundesfinanzminister wie schön die Lage für die Kommunen ist. Als dann der Oberbürgermeister von Aachen (SPD) anfragte, wann sie denn mal ihre Probleme vortragen dürften, denn sie wären in der Knappheit der Zeit doch sicher gekommen nun mal Tacheles zu reden und zu sagen, wie es vor Ort aussieht, da weist sie der Bundesfinanzminister barsch zurecht, er wäre immerhin der Hausherr und würde die Themen dieses Gesprächs bestimmen und hat gelassen weiter geredet. Meine Damen und Herren, das zeigt etwas vom Umgang dieser Bundesregierung mit den Kommunen.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, der Bund bürdet den Kommunen ständig neue Aufgaben und Ausgaben auf. Ich kann Ihnen einige Beispiele nennen, z.B. die Kindergelderhöhung im letzten Jahr. So erfreulich sie ist, aber die Kommunen finanzieren das Kindergeld zu einem Viertel mit. Keine Spur von finanziellem Ausgleich für die Kommunen. Wenn man die Thüringer Landesregierung immer beschimpft, sie würde den Kommunen Aufgaben aufbürden und würde nicht dafür sorgen, dass Finanzen mitgegeben würden, gerade wir haben in den vergangenen Jahren ein System geschaffen, wo ganz klar ist, wenn wir Aufgaben übertragen, wird auf Heller und Pfennig ausgerechnet, jetzt über die Ausgleichskostenpauschale das Geld mitgegeben, was zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Prinzip hat leider Gottes die Bundesregierung noch nicht begriffen. Andere, auf die Kommunen verschobene Mehrkosten im Sozialbereich, ich nenne hier nur die Arbeitslosenhilfe, den Unterhaltsvorschuss, die Asylbewerberleistung, all das belastet die Kommunen in Milliardenhöhe. Ein ganz klassisches Beispiel für die Politik des Verschiebebahnhofs dieser Bundesregierung ist die Rentenreform. Nicht nur, dass das Schwindeletikett Ökosteuer dafür herhalten muss, nein, die Bundesregierung hat bei der Rentenreform sage und schreibe rund 8 Mrd. € auf die Kommunen verlagert, meine Damen und Herren. Wer nicht vorsorgt, der wird versorgt, aber eben nicht vom Bund, sondern von den Kommunen. Für die sozialen Aufgaben mussten die Kommunen in Deutschland im letzten Jahr bereits über 50 Prozent ihrer Haushalte aufbringen, ein Jahr zuvor waren es noch 47 Prozent. Diese steigende Tendenz setzt sich noch fort. Da Sozialgesetze bekanntlich festgelegte Individualansprüche mit vorgegebenen Standards schaffen, werden die Gestaltungsspielräume der Kommunen für ihre originären Anliegen und originären Aufgaben dadurch natürlich immer kleiner. Wer kommunale Aufgaben, meine Damen und Herren, immer mehr an staatliche Vorgaben bindet, wer sozialpolitisch auf dem Rücken der Kommunen glänzen will, wie diese Bundesregierung, der höhlt systematisch Stück für Stück

die Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes Artikel 28 für die Kommunen aus. Vor allen Dingen schadet er den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, denn er bremst die Konjunktur und gefährdet die Arbeitsplätze. Diese Bundesregierung, meine Damen und Herren, treibt Politik gegen die Kommunen und damit eine Politik gegen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wenig Hoffnung, dass die ruhige Hand des Kanzlers in Bewegung kommt, trotz der katastrophalen Fakten.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Nur beim Zittern!)

Laut dem Städtetag liegen die kommunalen Investitionen bundesweit heute um ein Drittel, konkret 10 Mrd. €, unter dem Niveau von 1992. Aber damit Sie nicht sagen, jetzt greifen sie mal nicht zehn Jahre zurück, dann will ich Ihnen auch noch die Zahl sagen der ostdeutschen Kommunen. Bei den Sachinvestitionen der Kommunen Ost wurde noch 1998 - letztes Jahr der Koalitionsregierung CDU, CSU, FDP - 12,9 Mrd. im Osten für Sachinvestitionen investiert. Zwei Jahre später, im Jahr 2000, sanken diese Sachinvestitionskosten auf 10,8 Mrd. Deutsche Mark ab, um über 2 Mrd. gesunken, meine Damen und Herren. Dieser Trend hat sich 2001 noch verstärkt. Da die Kommunen aber zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen, schadet diese Politik der gesamten Wirtschaft, vor allen Dingen dem Mittelstand, den die Bundesregierung ohnehin mit ihrer Steuerreform abgestraft hat.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem die Investitionen - das wissen wir doch und das diskutieren wir ja auch fast in jeder Debatte hier im Landtag - durch die Kommunen kommen ja unseren kleinen Betrieben und den Handwerkern vor Ort zugute. Das ist Wirtschaftsförderung, durch die Arbeitsplätze auch im Osten geschaffen werden.

Immerhin, meine Damen und Herren, der Bundesfinanzminister will endlich entsprechend einem Beschluss der Regierungschefs der Länder eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen einsetzen. Es mag schon fast wie ein Märchen klingen - Herr Höhn, das können Sie hier noch so sehr ein halbes Jahr vor der Wahl als Erfolg verkaufen -, es gab einmal eine Bundesregierung Ende 1998, die ist in ihrer Koalitionsvereinbarung angetreten mit zwei großen Versprechen für die Kommunen, sie hat zwei große Versprechen abgegeben: Erstens, das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung zu unterziehen und zweitens, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Doch dieses Wahlversprechen, das zeigt sich jetzt über drei Jahre später, war wohl eher ein Versprecher, wie übrigens auch bei anderen Ankündigungen aus dem Wahlkampf '98 - viel versprochen, wenig gehalten. Das kann man nicht nur

"Versprecher" nennen, das nennt man eigentlich klar und deutlich "Wählerbetrug", meine Damen und Herren, was hier gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Denn die Wirklichkeit der Bundesregierung sieht anders aus. Der Bund benachteiligt die Kommunen. Steuerreform, Steuerentlastungsgesetz mit Stichwort "Einkommenssteuer", Familienförderungsgesetz, Steuersenkungsgesetz, d.h., die Gewerbesteuer kann auch auf die Einkommenssteuer angerechnet werden, so erfreulich das jeweils für die betroffene Klientel und für den Einzelnen ist, so trifft dies alles doch die Kommunen in voller Wucht. Der Bund hat bisher nicht im Entferntesten an einen Ausgleich für die Kommunen gedacht. Denn diese Steuerreform, die er angegangen hat, die wäre doch für die Kommunen nur aufgegangen, wenn er die Gemeindefinanzreform parallel dazu in Gang gesetzt hätte, und das hat er eben verschlafen.

(Beifall bei der CDU)

Unglaubliche Beispiele sind ja hier genannt worden, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage 2000 - 45 Prozent, 2004 wird der Gipfel erreicht mit 82 Prozent. Der Bundesratsantrag von Bayern und Thüringen, nämlich eine Rücknahme dieser Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu initiieren, wurde abgelehnt. Mit diesem rücksichtslosen Vorgehen der Gewerbesteuerumlage, dem kleinen Steuerverbund zwischen Bund, Ländern und Kommunen, hat die Bundesregierung in der Tat eine ganz originäre Einnahmequelle der Kommunen ausgetrocknet. Wenn wir uns die Finanzlage der Thüringer Kommunen anschauen, Herr Huster hat ja auch noch einmal besonders darauf hingewiesen, dann sind auch die Thüringer Kommunen ein Opfer dieser Bundespolitik. Die Nettosteureinnahmen sind rückläufig. 1998 betragen sie 268 € pro Einwohner, im Jahr 2001 ist das schon gesunken auf 259 € pro Einwohner, Tendenz weiter fallend. Dabei betragen die Steuereinnahmen der Kommunen in Thüringen nur ein Drittel im Vergleich zu den alten Ländern und im Vergleich zu den neuen Ländern liegen wir hier auch im Schlusslicht. Natürlich, das ist vorhin gesagt worden, Thüringen hat die Kommunen mit der geringsten Steuerkraft, auch unter denen der neuen Länder. Aber dafür, und der Kollege Mohring hat darauf schon hingewiesen, haben wir den höchsten Finanzausgleich. Ich kann den Kollegen Trautvetter schon gut verstehen, wenn er bei der immer wiederkehrenden Klage, man hat zu wenig Geld, auffordert, bitte nennt mir doch das Finanzausgleichsgesetz anderer Länder, das wir hier in Thüringen anwenden sollen, und dann erfolgt immer ein großes Schweigen, weil in der Tat wir ein für die Kommunen sehr günstiges Finanzausgleichsgesetz in Thüringen haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber, wie sieht die Situation in Thüringen weiter aus? Die Gewerbesteuer hat noch nicht einmal ein Drittel des Westniveaus. Durch Erhöhung der Gewerbesteuerumlage bleibt selbst bei gleich bleibender absoluter Höhe der Einnahmen für die Kommunen immer weniger übrig. Es ist schon ein Unterschied, ob man jemandem, der nur 100 € hat, 82 € abnimmt, oder ob man jemandem, der 1.000 € hat, 820 € wegnimmt. Dem einen bleiben eben nur 18 €, während der andere immerhin noch 180 € hat. Das ist so ungefähr der Unterschied zwischen Ost- und Westkommunen.

Meine Damen und Herren, man sollte ab und zu einmal im Archiv nachschlagen. Die Bundesregierung - und Herr Höhn, deshalb zieht Ihr Vorwurf nicht, die Länder hätten ja mitgestimmt, auch Thüringen - hatte in einem Gesamtpaket der Steuerreform den Kommunen bei der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage mehr Einnahmen versprochen. Unter dieser Voraussetzung haben Länder wie Thüringen auch zugestimmt und die anderen neuen Länder. Sie haben eine Erhöhung der Einnahmen versprochen. Das Ergebnis sieht ganz anders aus. Mehr Ausgaben und weniger Einnahmen, das ist eine ganz tolle Ökonomie, die in Berlin gemacht worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall Abg. Althaus, Abg. Wunderlich, CDU)

Jetzt auf einmal will der Finanzstaatssekretär Zitzelsberger die Gewerbesteuer ganz abschaffen, ohne das ganze System der Kommunalfinanzen zu reformieren. Da macht das sicherlich überhaupt keinen Sinn. Wir brauchen keine eingerichteten Arbeitskreise kurz vor der Wahl, die nur das Schaufensterturnen der Bundesregierung deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein durchdachtes tragfähiges Gesamtkonzept, auch wenn man jahrelang hier nicht zu Potte gekommen ist. Zu den bitteren Auswirkungen hier in Thüringen gehört natürlich auch - ich will es gar nicht verschweigen, und wir werden ja in den Nachtragshaushaltsgesprächen auch darüber zu sprechen haben -, dass der Rückgang der Steuereinnahmen den Thüringer Kommunen in diesem Jahr eine Verminderung der Finanzausgleichsmasse im Kommunalen Finanzausgleich beschert. Aber ich will hier von dieser Stelle aus auch sehr deutlich sagen, trotz des Rückgangs der Steuerverbundmasse werden die Schlüsselzuweisungen für die Kommunen in der geplanten Höhe bleiben, meine Damen und Herren. Ich denke, das ist eine angemessene Antwort der Landesregierung auf die rückgängigen Finanzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung wird ihre Kommunen nicht im Stich lassen, meine Damen und Herren, aber die Bundesregierung, die fordern wir nun allerdings auf, endlich mit dieser unsinnigen Politik des Verschiebeparkplatzes Schluss zu machen, endlich damit aufzuhören, ständig neue Aufgaben ohne entsprechende Mitgabe von Geldern und Einnahmemöglichkeiten auf die Länder und Kommunen abzuwälzen. Was wir brauchen, das ist heute schon mehrfach angeklungen, meine Damen und Herren, ist in der Tat eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen, ein Gesamtpaket der Aufgaben-, Steuer- und Lastenverteilung und des Finanzausgleichs. Da genügt nun in der Tat kein Schaufensterturnen und da genügt auch kein Stückwerk. Bei dieser Reform der Gemeindefinanzen gehört auch ganz sicher die Gewerbesteuer auf den Prüfstand, denn diese Haupteinnahmequelle der Kommunen ist nicht zuletzt auch durch die Steuerreform der Bundesregierung unkalkulierbar geworden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, die neue Bundesregierung sollte von einem klugen Kopf, statt von einer ruhigen Hand gesteuert werden und

(Beifall bei der CDU)

von einem Kanzler, meine Damen und Herren, der ein Herz für die Kommunen in diesem Land hat. Das, denke ich, ist ganz wichtig. Die Thüringer Landesregierung wird sich im Sinne des Antrags der CDU-Fraktion bei der Bundesregierung für eine Stärkung dieser Kommunal Finanzen einsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Weitere Wortmeldungen? Ja, Herr Abgeordneter Höhn, SPD-Fraktion, bitte.

#### **Abgeordneter Höhn, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben nun die Ausführungen der antragstellenden Fraktion hier zur Kenntnis genommen und, wissen Sie, meine Befürchtungen, die ich am Anfang meiner Rede geäußert habe, sind voll eingetroffen. Wissen Sie, woran es Ihrer Politik, nicht nur diesem Antrag, an dieser Stelle mangelt? Es mangelt ihr an Wahrhaftigkeit.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Ich habe hier an dieser Stelle weder aus Ihrem Munde, Kollege Mohring, noch aus dem Munde des zuständigen Kommunalministers einen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie denn gedenken, die zweifellos und auch von mir nicht bestrittene Misere der Kommunal Finanzen zu verändern.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Was habt ihr denn gebracht?)

Nicht einen einzigen Vorschlag habe ich hier an dieser Stelle gehört.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister: Sie haben offensichtlich nicht zugehört.)

Sie, und das hat sich eindrucksvoll bestätigt, haben nur eines im Sinn, Sie praktizieren nach dem Floriansprinzip: Lass andere machen, lass andere tun, wir haben da keine Veranlassung. Ich sage Ihnen, mit dieser Politik werden Sie nicht weit kommen. Das wird auch seine Auswirkungen auf Thüringen nicht verfehlen.

Zu einzelnen Dingen, die hier gesagt worden sind: Es wird beklagt, dass der Bundesfinanzminister die Einnahmen aus den UMTS-Lizenzen nicht zum Teil oder ganz oder wie auch immer an die Kommunen ausgezahlt hat. Ich muss Ihnen ja nicht erklären, wofür diese 100 Mrd. benutzt worden sind - oder wollen Sie es noch einmal hören?

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Ja.)

Sie sind zur Schuldentilgung der von der Regierung Kohl angehäuften Schulden benutzt worden.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Die Zinsersparnis aus dieser Schuldentilgung hat die Bundesregierung in einem Zukunftsinvestitionsprogramm investiv eingesetzt, beispielsweise bei dem Hochschulbau. Das ist wahrhafte Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie kritisieren die Ausstattung der Bundeswehr. Ich glaube, das haben Sie nicht so richtig ernst gemeint. Ihre eigene Bundestagsfraktion hat in den letzten Monaten eine wahre Kampagne losgetreten.

Herr Innenminister, Sie haben eben in Ihren Ausführungen das Anrechnungsverfahren der Gewerbesteuer kritisiert. Ist Ihnen denn überhaupt klar, dass dieses Anrechnungsverfahren auf die Höhe der Gewerbesteuer als Einnahme für die Kommunen keinen Einfluss hat? Allenfalls hätte hier der Finanzminister sich zu Wort melden müssen, weil ihm dadurch aus der Einkommensteuer der Unternehmen Verluste entstehen, aber auf die Gewerbesteuer hat das überhaupt keinen Einfluss. Das wird hier als Popanz aufgebaut.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Falsch.)

Ich muss Ihnen sagen, ich bin ...

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Abgeordneter Höhn, Sie sehen Herrn Schwäblein stehen. Gestatten Sie ihm eine Frage?

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Herr Schwäblein hat Gelegenheit, sich gern hier vorn am Podium zu produzieren, damit habe ich gar kein Problem.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen, mit dieser Art von Politik werden Sie nicht weit kommen. Ihre Ausführungen eben von der Fraktion und vom Minister haben eindeutig gezeigt, Sie haben hier, wie man so schön sagt, nichts auf der Pfanne als nur Polemik. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Jetzt hören wir Abgeordneten Mohring, CDU-Fraktion. Bitte.

**Abgeordneter Mohring, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es gab einmal einen Abgeordneten Uwe Höhn, als er seine erste große Rede hier im Haus gehalten hat, das war zum Haushalt 2000, da ist er selbst vom Ministerpräsidenten für seine sachliche Art und für seine Bewertung zum Haushalt gelobt worden, Sie werden sich daran erinnern, aber diese Zeiten sind längst vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Herr Höhn, Sie müssen schon auch zuhören. Ich weiß ja, der Wahlkampf steht vor der Tür.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist kein Problem. Das ist lächerlich.)

Auch Sie wollen, wenn möglich, mit Ihrer rotgrünen Chaosmehrheit in Berlin gern weitermachen und weiterwirtschaften. Wir wollen das nicht. Das ist bekannt und das müssen wir hier auch nicht ausführen. Wir wollen, dass diese Bundesregierung abgelöst wird, aber wir wollen, so lange wie die Bundesregierung noch bis September im Amt ist, dass sie ihre Aufgaben wahrnimmt. Ich zähle es gern noch einmal auf. Dazu gehört die Abschaffung der Gewerbesteuer, dazu gehört die Rücknahme der Steuerreform, die Sie auf den Weg gebracht haben, mindestens in den Bereichen Dividendenbesteuerungsbefreiung. Dazu gehört die letzte Stufe der Ökosteuer abgeschafft - natürlich gehört die abgeschafft. Dieser Vorschlag ist einheitlich in unserer Union zwischen CDU und CSU. Da gibt es über-

haupt gar keine Differenz. Die letzte Stufe gehört abgeschafft, weil sie wieder die Leute belastet. Sie können doch an die Tankstellen gehen, 16 Cent hat das am Ende mehr gebracht mit diversen Schwankungen noch am Ölmarkt zwischen den Neujahrstagen. Wir wollen, dass die Leute an dieser Stelle entlastet werden.

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

Wir wollen, das ist ja auch der Antrag, dass die Kommunen eine solide Finanzausstattung bekommen, die haben sie nämlich nicht mit den Gewerbesteuerausfällen. Deshalb muss natürlich auch Ihre Kommission, die irgendwann einmal tagt und sowieso nicht mehr bis zur Wahl zum Ergebnis kommt, natürlich folgende Gesichtspunkte berücksichtigen, nämlich dass auch künftig dort, wo die Aufgaben stattfinden, eine Entscheidungskompetenz bei den Einnahmen erfolgt. Was jetzt passiert, ist bisher Folgendes: Ihre Regierung erhöht das Kindergeld, brüstet sich damit, aber auszahlen und zahlen müssen es die Kommunen vor Ort und die Länder.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Regierung bringt Vorschläge zur Sozialhilfereform mit der Folge, dass vor Ort die Länder und Gemeinden, die die Sozialhilfen als örtliche Träger der Sozialhilfe zu tragen haben, diese Belastung zu tragen haben, nicht die Bundesregierung. Damit muss Schluss sein, das ist Aufgabe einer künftigen Gemeindefinanzreform, dass nicht die in Berlin Entscheidungen treffen und die vor Ort in Apolda, Erfurt und Weimar die Suppe auslöffeln müssen. Das muss geändert werden und dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Jetzt haben wir die Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Schwäblein, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Schwäblein, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Herr Höhn sich scheut, meine Frage aus den Reihen der Abgeordneten entgegenzunehmen, werde ich dies jetzt vom Pult aus tun.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist eine Frage des Prinzips.)

Ja, lassen Sie das mal. Ich wollte Ihnen die Frage stellen Herr Höhn, ob Sie denn allen Ernstes glauben, dass die Schuldenlast, die Sie jetzt der Regierung Kohl aufgedrückt haben und Herr Eichel so gelobt haben, dass diese Schuldenlast ursächlich von der Regierung Kohl verursacht wurde, ist Ihnen vielleicht noch im Kopf, er ist groß genug. Man könnte es vermuten,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Na, na!)

dass diese Schuldentilgung bei dem Altlastentilgungsfonds der Treuhand jetzt angesetzt wurde und dass diese Treuhand von Herrn Modrow eingesetzt wurde und die Lasten der deutschen Einigung zu verkraften hat. Ist es denn überhaupt legitim, das jetzt der Regierung Kohl anzulasten, dass diese Wiedervereinigung Geld gekostet hat. Da sollte man tatsächlich doch bei der Wahrheit bleiben. Und aus den Zinserlösen - ist Ihnen da vielleicht noch geläufig, dass da u.a. auch ein Wahlprogramm für SPD-Wahlkreisabgeordnete finanziert wird, damit Sie irgendwo eine Umgehungsstrasse vorweisen können. Das sollten Sie mittlerweile auch wissen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Abgeordneter Althaus, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Althaus, CDU:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Höhn, Ihre Aussage zur Wahrhaftigkeit hat mich doch noch einmal angeregt, hier an das Pult zu gehen. Ich finde diese Aussage politisch stillos und sie steht Ihnen nicht zu, denn wenn jemand in Deutschland unwahrhaftig war, dann ist es der amtierende Kanzler, er hat die Menschen vor der letzten Bundestagswahl über die wirkliche Situation und seine politischen Ziele belogen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist eine Unverschämtheit.)

Wir haben heute einen Antrag zu beraten, den wir eingebracht haben, der sozusagen die Leidtragenden einer solch verfehlten Politik in den Blick nimmt, nämlich unsere Kommunen. Es gab einen Ministerpräsidenten in Deutschland, der in einem Nachbarland geführt hat, der wurde vor 1998 gefragt, was denn mit der Situation Niedersachsens ist, warum denn so eine schlechte kommunale Finanzausstattung und Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen zu verzeichnen ist. Seine Antwort sinngemäß: Da können wir nur wenig gegen tun, das sind die makroökonomischen Bedingungen in Deutschland, die unser Problem sind. Genau das ist das Problem. Die makroökonomischen Bedingungen sind jetzt rotgrün verantwortet, sehr geehrter Herr Höhn.

(Beifall bei der CDU)

Lesen Sie keine Zeitung? Schauen sie doch einmal in die Wirtschaftszeitungen Deutschlands. Schauen Sie doch einmal in die Veröffentlichungen, die die Wirtschaftsinstitute in diesen Tagen, auch jeden Tag immer wieder neu, in die Öffentlichkeit hinein deutlich machen. Die Infla-

tionsrate war in keinem Jahr nach der Wiedervereinigung in Deutschland so hoch wie im Jahr 2001. Das belastet die Menschen, das belastet die Kommunen und das belastet unseren Wirtschafts- und Sozialstandort.

(Beifall bei der CDU)

Im letzten Jahr ist Deutschland das einzige Land in Europa, in dem ein realer Nettolohnverlust zu verzeichnen ist - minus 0,5 Prozent. Verursachung: unsägliche Reformen, die die Menschen belasten und dagegen konnten noch nicht einmal Tarifvereinbarungen etwas tun.

Mein lieber Herr Höhn, wenn Sie so die Welt verstellen und die Ursache für die Probleme in Deutschland nicht sehen wollen, dann wird es Zeit, dass die Menschen Ihnen zeigen, wer die Ursachen verantwortet, nämlich Rotgrün. Der Herr Bundeskanzler bringt diese Debatte immer auf die Konjunkturdiskussion, das haben Sie ebenfalls getan. Deutschlands Problem ist nicht die Konjunktur, sie ist international in einer schwierigen Verfassung und da kann auch Deutschland keinen Gegenstrom erzeugen. Nein, Deutschlands Problem sind die verschlafenen Strukturreformen und die hat Rotgrün verschlafen

(Unruhe bei der SPD)

in der Zeit, als sie nicht regiert hat und auch jetzt.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Sie haben ein Kurzzeitgedächtnis! Ungeheuerlich!)

Herr Höhn, zu dieser Zeit waren Sie noch im Wald, scheinbar haben Sie nicht mitbekommen, dass die große Steuerreform von den Roten aus den Ländern verhindert worden ist, sie wäre überfällig gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Nein, unser Problem ist wahrlich nicht, dass wir an einer möglichst international verursachten Problematik leiden. Unser Problem ist, dass sowohl im Blick auf die Sozialstaatsreformen ausgesessen wird als auch im Blick auf die wirkliche Steuerreform falsch gehandelt wird. Eine Steuerreform, die noch nicht mal den Namen verdient, weil sie nicht gerecht ist, weil sie die Personengesellschaften benachteiligt. Und zum Dritten: Der Kanzler tut nichts dafür, dass das Wichtigste vorankommt, nämlich die innere Einheit Deutschlands. Die Schere öffnet sich seitdem Rotgrün regiert.

(Beifall bei der CDU)

Das alles belastet dieses Land und natürlich im Besonderen die Kommunen, denn eines kann Rotgrün hervorragend, wenn Probleme auf dem Tisch liegen, werden sie delegiert auf Länder und Kommunen und damit muss

Schluss sein und deshalb dieser Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Herr Höhn, ich habe nichts gegen Ihr Schaulaufen, Sie wollen vielleicht Fraktionsvorsitzender werden und da muss man sich auch entsprechend präsentieren. Ich sage Ihnen, der Wahlkampf wird eine ganz andere Debatte in den Mittelpunkt rücken, nämlich Deutschland hat dreieinhalb Jahre verschlafen, weil Rotgrün nichts angepackt hat, sondern die Probleme noch verschärft hat und deshalb werden wir diesen Antrag auch mit Mehrheit abstimmen und er wird im Wahlkampf eine ganz wichtige Position einnehmen. Deutschland muss wieder auf den vorderen Platz in Europa kommen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Deswegen sind wir heute hier.)

Die Kommunen leiden unter dieser Missleistung von Rotgrün ganz besonders, reden Sie mit Ihren Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in Deutschland. Herr Köckert hat von einer Beratung mit dem Deutschen Städtetag gesprochen. Vielleicht reden Sie einmal mit Herrn Schmalstieg und anderen, dann werden Sie erfahren, dass die Herren in Berlin die Ohren zumachen, selbst wenn ihre eigenen Kommunalpolitiker reden, und das ist Arroganz der Macht.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Das Wort hat der Abgeordnete Gentzel, SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Gentzel, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss zunächst zur Kenntnis nehmen, dass solche Begriffe von Abgeordneten zu Abgeordneten wie Lüge und Lügner mittlerweile ungerügt zum Vokabular des Hauses gehören. Ich kann mich entsinnen, dass es für ganz andere Kleinigkeiten hier schon Aufstände im Präsidium gegeben hat,

(Beifall bei der SPD)

aber man lernt eben täglich dazu.

(Unruhe bei der CDU)

Im Übrigen gehört es auch dazu, dass von der Ministerbank nicht hineingeredet wird, das passiert die ganze Debatte über. Es ist gestern gerügt worden. Heute, ich weiß nicht, ob der Inhalt des Tagesordnungspunkts das bewirkt, ist dieses nun mal genehmigt. Ich nehme das einfach so zur Kenntnis.

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Abgeordneter Gentzel, auch aus Ihren Bänken kamen entsprechende Begriffe, aber man kann auch nicht jede Debatte unterbinden.

(Beifall bei der CDU)

**Abgeordneter Gentzel, SPD:**

Auch mich, Herr Althaus, hat der Begriff "Wahrhaftigkeit" und Ihre Formulierung dazu nach hier vorn getrieben. Ich empfinde es schon ein Stückchen als unverschämmt, dass eine Partei wie Ihre, die einen Spendenskandal diesen Ausmaßes in Deutschland noch nicht überwunden hat,

(Unruhe bei der CDU)

die aufgrund dessen die Lichtgestalt Ihrer Politik der letzten 16 Jahre in den Keller getrieben hat, dass die sich jetzt hier hinstellt und andere maßregelt zum Begriff "Wahrhaftigkeit". Wissen Sie,

(Beifall bei der SPD)

ich glaube, wir kommen doch der Wahrheit am nächsten, wenn wir diesen Begriff gebrauchen, dass wir uns darum kümmern, dass solche Dinge, wie sie in Ihrer Partei passiert sind, zukünftig in keiner Partei passieren und dass wir uns ganz einfach in der Diskussion nicht solcher Worte bedienen nur für den kurzen Gewinn in einer Plenardebatte und um nicht mehr.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Die Finanzbeziehungen der SPD, haben Sie das vergessen?)

Ach mein Gott, der schon wieder. Lassen Sie mich - und damit habe ich keine Probleme als nicht ausgewiesener Steuerexperte - zu der Debatte meinen Teil beitragen. Ich möchte, ich weiß, das wird Herrn Köckert jetzt wieder provozieren, Sie im Wesentlichen führen als Mitglied des Eisenacher Stadtrats, dort, wo in diesem Jahr die Haushaltsdebatte wieder ansteht, dort, wo ich die letzten zwei Jahre die Haushaltsdebatte wahrgenommen habe. Und ich habe dort, dies gilt übrigens parteiübergreifend, die letzten Wochen und Monate andere Probleme und andere Erläuterungen der Probleme wahrgenommen als das hier getan wird, nämlich, und das gilt nicht nur für die Stadt Eisenach, das gilt zum Beispiel auch für die Stadt Weimar und das gilt zum Beispiel auch für die Stadt Suhl, wir sind stolz und kreisfrei, aber für diese Aufgaben, die wir zu leisten haben und an denen das Umfeld außerhalb dieser kreisfreien Städte mit teilhat, dafür bekommen wir nicht den entsprechenden finanziellen Ausgleich. Das macht die kreisfreien Städte, die ich genannt habe, nicht besonders stark, aber das ist meines Wissens nicht das Problem des Bundes, was da passiert, sondern hier müsste auf Landesebene reagiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wer den Finanzminister kennt

(Unruhe bei der CDU)

- also ich kann zu meinem Verhalten, als dieser Beschluss damals gefasst worden ist zu Eisenach, noch stehen, wie bei mir die Abstimmung gestanden hat -, der weiß, dass ihn schon seit einer geraumen Zeit etwas anderes umtreibt, nämlich das Finanzausgleichsgesetz hier in Thüringen. Er ist genau der Meinung wie viele andere, man müsste zu diesem etwas tun, man müsste nämlich umschichten zugunsten solcher Städte, von denen ich eben gesprochen habe. Ich weiß, dass diese Meinung auch tief verankert in der Thüringer CDU ist. Auch darüber wird gesprochen, kein Ton heute davon in der Debatte. Reden wir nun über die Probleme, die die Kommunen haben, reden wir nun über das, was auch in den Stadträten stattfindet und worüber wir diskutieren oder geht es wirklich nur darum, acht Monate vor dem Wahltermin jetzt hier den Bundestagswahlkampf einzuläuten.

Meine Damen und Herren, der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Uwe Höhn hat das richtig gesagt, wir sind nicht zufrieden mit dem Zustand, insbesondere mit dem finanziellen Zustand unserer Kommunen. Wir müssen auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, dass es relativ reiche Landkreise gibt und wir müssen uns, das muss hier in diesem Hause geschehen, endlich einmal damit beschäftigen, wie da ein finanzieller Ausgleich geschaffen wird. Allen, die jetzt sagen, na ja, denen werde ich garantieren, wir werden uns in Monaten oder in einem Jahr hier wieder treffen und werden diese Problematik diskutieren losgelöst von dem Bundestagswahlkampf und werden dann die Debatte auf einem anderen Niveau führen, wie die Debatte eben hier geführt worden ist, dann kommen wir ein Stückchen weiter, auch für die Kommunen und Gemeinden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

So, damit ist die Rednerliste ... Nein, Herr Minister noch einmal. Herr Innenminister Köckert.

**Köckert, Innenminister:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich sage nichts zu Eisenach, denn wenn Herr Gentzel die Debatten dort aufmerksam verfolgen würde, würde er vielleicht auch zu anderen Erkenntnissen kommen. Aber da muss man auch anwesend sein, Herr Gentzel.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber Ihre Rede hat eins deutlich gezeigt, wenn Sie argumentativ nicht mehr weiterkommen, dann kommen Sie mit dem so genannten Spendenskandal.

(Zwischenruf Abg. Heß, SPD: Nicht so genannten, sondern mit dem Spendenskandal.)

Das ist erbärmlich, wenn Sie keine Sachargumente haben, dann ziehen Sie etwas aus der Tasche, das an sich in der CDU aufgeklärt ist. Was noch nicht aufgeklärt ist, sind die verdeckten Querfinanzierungen in der SPD-Parteienfinanzierung.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde an Ihrer Stelle, Herr Gentzel, da können Sie lächelnd den Kopf schütteln, sehr ruhig sein. Die Untersuchungen über diese schrägen Bilanzen der SPD als Partei, die steht noch an und die wird noch durchgeführt werden müssen mit all diesen Querfinanzierungen. Aber es zeigt auch etwas, Herr Gentzel, ganz anderes, wenn man keine Argumente mehr hat, versucht man mit Skandalen Politik zu machen. Das hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren mit Gewalt versucht. Da waren die Vorwürfe in Sachen Elf Aquitaine, da waren Akten angeblich aus dem Bundeskanzleramt verschwunden, die dort gar nicht sein brauchen, weil sie in Magdeburg in der Landesregierung stehen, weil sie im Wirtschaftsministerium stehen, weil sie im Bundesfinanzministerium stehen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie sind immer noch verschwunden.)

Sie haben versucht, den politischen Gegner mit irgendwelchen Skandalvorwürfen zu überziehen und damit Politik zu machen und von Ihrer eigenen Politikschwäche in Berlin abzulenken. Das ist doch der Sachverhalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und nach dem diese Dinge alle wie Luftballons geplatzt sind, da haben Sie ja nicht einmal die Ehre im Leib, sich zu entschuldigen bei den Betroffenen. Was hat man da nicht alles für Vorwürfe erhoben! Dann will ich Ihnen noch eins sagen, Herr Höhn: Dieses Geschwätz, dass die besondere Last der neuen Bundesregierung gerade darin gelegen hätte, dass sie so viele Schulden hätte übernehmen müssen, das von einem Parlamentspodium der neuen Länder zu hören, ist beschämend.

(Beifall bei der CDU)

Wofür wurden denn die Schulden aufgenommen, meine Damen und Herren? Die Bundesregierung und die Bundesfinanzen standen 1989 so gut da wie noch nie, nicht einmal in einer sozialliberalen Koalition.

(Unruhe bei der SPD)

(Beifall bei der CDU)

Diese Schulden wurden gemacht, um den Aufbau-Ost zu betreiben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Das ist doch lächerlich, aber nicht alle, das wissen Sie genau.)

Wenn man jetzt vergleicht, was hat die Bundesregierung Schröder in ihren dreieinhalb Jahren getan, die sie bisher hatten, und was hat die Regierung Kohl getan für den Osten? Diese Debatte wird noch zu führen sein, aber auch da, meine Damen und Herren, wird die Bilanz ganz eindeutig sein. Keiner hat mehr für den Osten getan als die Bundesregierung Kohl und keiner hat mehr im Osten versagt als diese Bundesregierung Schröder.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

So, damit ist die Rednerliste erschöpft. Ich schließe die Aussprache. Ausschussüberweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen also unmittelbar zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Änderungsantrag, den die Fraktion der PDS in Drucksache 3/2164 eingereicht hat. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Das sind nicht viele. Gegenstimmen? Das ist die Mehrheit. Enthaltungen? Einige Enthaltungen, dann mit Mehrheit abgelehnt. Dann stimmen wir unverändert über den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 3/2132 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Dann mit Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und einer Anzahl von Enthaltungen angenommen. Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 13 a schließen und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 11**

#### **Enquetekommission "Schulleistungen im Freistaat Thüringen"**

Antrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/2041 -

Die PDS möchte begründen. Frau Abgeordnete Sojka als Begründerin für den Einreicher.

#### **Abgeordnete Sojka, PDS:**

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir im nächsten halben Jahr vormittags nicht nur Wahlkampf erleben und wirklich wichtige Themen nicht ausschließlich nachmittags und abends beredet werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich werde versuchen, unseren Antrag zur Enquetekommission zur PISA-Studie sehr sachlich zu begründen. Alle Eltern, Schulen und Medien erörtern die Ergebnisse und die Bedeutung der PISA-Studie der OECD. Ich setze voraus

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Die haben Sie ja noch gar nicht in der Hand.)

- wir schon -, dass alle Abgeordneten dieses Hauses diese fragliche bildungspolitische Analyse kennen, denn sie schlug ein wie eine Bombe. Dass Schulleistungen nicht ausreichen oder sogar schlecht sind, ist nun kein Streitpunkt mehr. Die Befunde liegen auf dem Tisch. Es ist jetzt die Frage zu beantworten, wie kommen wir zu fundierten Erkenntnissen über die Ursachen und Bedingungen für die schlechten Schulleistungen und weiter zu Empfehlungen, die die Situation grundlegend zu verbessern erlauben. Aktionismus oder punktuelle wie auch kurzfristige Maßnahmen genügen nicht. Nicht die Schule hat ein Problem, sondern die Gesellschaft. Nicht die Bildungspolitiker allein sind gefordert, sondern auch die Wissenschaftspolitiker, die Wirtschaftspolitiker, die Haushaltspolitiker usw., eben alle. Vielfältige Fragen mit weit reichender Bedeutung sind zu beantworten. Deshalb genügt es nicht, Beamte zu beauftragen oder nur den Bildungsausschuss des Landtags zu befassen und schnell zu anderen Fragen der Politik überzugehen und die Tagesordnung zu ändern, so wie heute. Die unserer Ansicht nach geeignete parlamentarische Form ist die Enquetekommission. Diese besteht aus Landtagsabgeordneten und Sachverständigen, die gleichberechtigt zusammenarbeiten. Politische Erfahrungen, Expertenwissen können sich vereinigen. Dieses Gremium wäre in der Lage, eine fehlende zuverlässige Diagnose der Schulleistungen zu erarbeiten und Empfehlungen für Problemlösungen vorzulegen. Das Thüringer Parlament würde seinen Informationsstand gegenüber der Regierung verbessern und diese zum Handeln zwingen, falls der Landtag auf der Grundlage der Ergebnisse der Enquetekommission Beschlüsse fasst. Dabei akzeptieren wir durchaus das, was im Bildungsausschuss zur Anhörung vereinbart wurde. Meine Kollegin Frau Dr. Stangner wird jedoch darauf eingehen, welche anderen Möglichkeiten sich aus der Arbeit einer Enquetekommission ergeben. Wir hatten in dieser Legislaturperiode bereits Enquetekommissionen, wie die zur Wirtschaftsförderung in Thüringen oder zur Wahrung der Würde des menschlichen Lebens in Grenzsituationen. Die Schulleistungen wären ein für die Zukunft des Landes ebenso wichtiges Thema. Übrigens: Als die Finnen, Sieger der PISA-Studie, gefragt wurden, was ihr Erfolgsrezept war, war ihre Antwort: Wir haben uns zuallererst politisch für einen Bildungsboom entschieden. Lassen Sie uns in Thüringen für diesen Boom entscheiden. Die Enquetekommission sollte bald mit ihrer Arbeit beginnen. Um das zu ermöglichen, stellt meine Fraktion den vorliegenden Antrag.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Damit eröffne ich die Aussprache. Beginnen möchte Herr Minister Dr. Krapp. Bitte.

**Dr. Krapp, Kultusminister:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ergebnisse der ersten PISA-Studie sind für Deutschland ernüchternd. Die Lesekompetenz sowie die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundkompetenzen unserer 15-Jährigen ordnen sich mit den Plätzen 20 bis 25 in die Reihe von 32 Ländern beschämend weit hinten ein. Dem ganzen Vorgang kann ich trotzdem drei positive Aspekte abgewinnen.

1. Es ist gut, dass die Kultusministerkonferenz 1997 in Konstanz der Teilnahme an einem umfassenden internationalen Kompetenztest mit zusätzlichem nationalen Ländervergleich zugestimmt hat.

2. Ich halte den vom PISA-Konsortium geschaffenen Test und die Auswertemethoden für gelungen und aussagekräftig. Sie geben der Qualitätsdebatte über Bildung eine weit über diese Studie hinausreichende empirische Grundlage.

3. Schließlich hat PISA das Thema Bildung endlich dorthin gerückt, wo es hingehört, nämlich in das Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Die Auswertungen der nationalen Daten zum Ländervergleich stehen noch aus. Frühestens Mitte 2002 werden wir die Ergebnisse erfahren und insofern gezielt reagieren können. Doch ist das kein Grund, nicht sofort die offenkundigen Konsequenzen für die Bildungspolitik zu ziehen, ohne allerdings, wie es meine Vorrednerin auch schon angedeutet hat, in Aktionismus zu verfallen.

Überraschend schnell und einmütig haben die Mitglieder der Kultusministerkonferenz im Dezember 2001 sieben Handlungsfelder benannt, auf denen sie kooperativ bereits laufende Prozesse verstärken oder notwendige neue Prozesse initiieren wollen.

Das erste Handlungsfeld betrifft die Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich. Das zweite Handlungsfeld betrifft die bessere Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung. Mit diesen beiden ersten Handlungsfeldern weisen die Kultusminister teilweise über ihre eigenen Kompetenzbereiche hinaus. Sie tun dies jedoch aus gutem Grunde, weil die Entwicklung des frühkindlichen Bildungspotenzials in Familie und Kindertagesstätten entscheidend für eine erfolgreiche Schullaufbahn ist.

Das dritte Handlungsfeld betrifft die Verbesserung der Grundschulbildung und die durchgängige Verbesserung der Lesekompetenz und des grundlegenden Verständnisses mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge in den weiterführenden Schulen. Das bedeutet vor allem, dass die weiterführenden Schulen sich darauf verlassen können müssen, dass Grundschulabgänger die grundlegenden Kulturtechniken sicher beherrschen und methodisch auf die neuen Anforderungen vorbereitet sind. Umgekehrt haben aber auch die weiterführenden Schulen die Erfahrungen der Grundschulpädagogen mit sich ändernden Verhaltensweisen der Schülerinnen und Schüler aufzunehmen und auszuwerten.

Das vierte Handlungsfeld betrifft die wirksame Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Das fünfte Handlungsfeld betrifft die konsequente Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards und einer ergebnisorientierten Evaluation. Hier, meine Damen und Herren, hat PISA selbst interessante Anregungen zu Methode und Verfahren von Kompetenz- und Qualitätsmessungen gegeben, die es auch über PISA hinaus, zum Beispiel in Form von periodischen Vergleichstests, zu entwickeln gilt.

Das sechste Handlungsfeld betrifft die Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit, insbesondere im Hinblick auf diagnostische und methodische Kompetenzen als Bestandteil systematischer Schulentwicklung. Hier sind sich die 16 für Schule zuständigen Kultusminister einig, dass die Lehrerbildung praxisnäher und die Lehrpraxis fortbildungseffizienter werden müssen.

Das siebente Handlungsfeld schließlich betrifft Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel erweiterter Bildungs- und Fördermöglichkeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und besonderen Begabungen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können feststellen, es hat wirklich gerückt in der Kultusministerkonferenz. Ein großer Ruck für Thüringen waren auch die hinter uns liegenden Jahre des Aufbaus eines gegliederten Schulsystems, in dem wir eigene Aspekte mit positiven Erfahrungen der alten Länder verbunden haben. Die Weiterentwicklung unseres Schulsystems im Sinne der von PISA identifizierten Schwerpunkte sollte uns deshalb nicht besonders schwer fallen, denn die Gliederung unseres Schulsystems ist chancengerecht und durchlässig. Die Lehrpläne der dritten Generation in Thüringen entsprechen dem neuesten Stand der Curriculumforschung. Nun geht es um deren effiziente Umsetzung auf allen Ebenen. Das Thüringer Kompetenzmodell, verbunden mit den Lehrplänen, steht der PISA-Philosophie sehr nah. Der Hort an den Thüringer Grundschulen bietet altersgemäße au-

berunterrichtliche Angebote in enger Abstimmung mit dem Schulbetrieb an. Die veränderte Schuleingangsphase an der Grundschule kann die vorschulische und schulische Phase flexibel miteinander verbinden. Die Praxisklasse ist in ein Angebot für die an der Schwelle zur Schulverweigerung stehenden Jugendlichen, ebenso die freiwillige Klasse 10 für Hauptschüler mit berufsorientierendem Förderbedarf. Das Abitur wird in Thüringen in der Regel nach acht Jahren Gymnasium erreicht. Andere Zugangswege, zum Beispiel über das berufliche Gymnasium oder mit Wechsel von der Regelschule an das Gymnasium, stehen offen. Spezialgymnasien und gymnasiale Spezialklassen motivieren und fördern besondere Begabungen. Zentrale Prüfungen zum Erwerb von Thüringer Schulabschlüssen stellen bewährte Qualitätsstandards dar, über die andere Länder noch diskutieren. Ich denke, solche zentralen Prüfungen in Thüringen könnten auch durch jahrgangsspezifische Vergleichstests noch ergänzt werden. Die Lehrerfort- und -weiterbildung in Thüringen ist engagiert und flexibel und kann sich schnell auf neu erkennbare Schwerpunkte einstellen. Nicht zuletzt: Das Fortbildungsbudget für Schulen hat sich bewährt und sollte nach meiner Auffassung erweitert werden. Und schließlich - das Unterstützungssystem für die Schulentwicklung ist kürzlich auf die neuen Anforderung eingestellt worden.

Meine Damen und Herren, diese und andere Schulentwicklungsprozesse ordnen sich in die dargestellten sieben Handlungsfelder der Kultusministerkonferenz, wie ich glaube, gut ein. Weitere Vorhaben befinden sich nicht erst seit dem 4. Dezember 2001, also dem Tag der Veröffentlichung der PISA-Studie, in Vorbereitung. Diese betreffen z.B. Fragen der Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Qualitätsstandards und Evaluation des Unterrichts bis hin zu Aufgaben- und Prüfungskultur. Apropos Stichwort "Kultur": Alle aktuellen und zukünftigen Maßnahmen werden nur dann zum Erfolg führen, wenn die für erfolgreiche Bildung notwendige Kultur der Anstrengung wieder mehr Anerkennung erfährt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das betrifft natürlich zu allererst die Schülerinnen und Schüler, die nicht ohne Anstrengungen die Lust an der Leistung und am Erfolg erleben können. Das betrifft aber natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer, die ohne die Anstrengung der zeitgemäßen, lebensnahen Aufbereitung und Vermittlung der Bildungsinhalte nicht den Erfolg ihres Berufs ernten können. Und das betrifft nicht zuletzt die Eltern, die ohne die Anstrengungen einer familiären Erziehung und vertrauensvollen Kooperation mit den Lehrern wenig Anlass zur Freude über Erfolge ihrer Kinder haben werden.

Zu dieser Kultur der Anstrengung gehört auch, dass wir Politiker Zuständigkeitshürden im Interesse konsistenter Bildungsbiografien unserer Kinder unbürokratisch überwinden. So sehe ich durchaus gute Möglichkeiten, das frühkindliche Bildungspotenzial noch systematischer mit

dem Bildungsauftrag der Grundschule zu verbinden. Damit sind natürlich die Felder der Familienpolitik und der Kindertagesstätten angesprochen. Die Gespräche des Thüringer Kultusministeriums mit dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit laufen länger als die PISA-Debatte, sie werden allerdings durch die PISA-Debatte durchaus belebt.

Meine Damen und Herren, es ist bekannt, dass ich mich für eine verstärkte Partnerschaft von Sekundarschulen und Jugendarbeit und Jugendhilfe einsetze, auch das weist über meine Ressortzuständigkeit hinaus und berührt insbesondere die kommunale Selbstverwaltung. Ermutigt zu diesem "Grenzüberschritt" werde ich dabei von guten Beispielen der Schulsozialarbeit in Thüringer Schulen. Den gelegentlichen Vorwurf, dass ich damit auf Kosten der Kommunen Erziehungs- und Betreuungsprobleme der Schule lösen will, weise ich zurück. Ich hoffe, dass sich auch hier die Anstrengungen lohnen, einmal im Interesse gemeinsamer Ganztagsangebote für Kinder mit meist berufstätigen Eltern über den Tellerrand des Ressorts hinauszuschauen.

Schließlich will ich in diesem Zusammenhang die wichtige Beziehung zwischen Thüringer Kultusministerium und Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ansprechen, denn Pädagogen werden aus gutem Grunde an Universitäten ausgebildet. Dies halte ich auch in Zukunft für notwendig, das bestätigen die steigenden fachlichen, pädagogischen und didaktischen Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer. Einig sind wir uns darüber, dass der Praxisbezug bereits in der Erstausbildung, also während des Studiums verstärkt werden muss. Unsere Studienseminare, also diejenigen, die die zweite Phase der Ausbildung bewerkstelligen, sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten. Fangen wir also an, das Lehramtsstudium in Thüringen noch attraktiver und praxisnäher zu machen. Wir benötigen dringend fachlich, pädagogisch und didaktisch leistungsfähige und praxistaugliche Lehrerinnen und Lehrer. Aber auch innerhalb des eigenen Ressorts ist die Kultur der Anstrengung zur Auflösung gewisser Vorurteile oder Hemmnisse gerade jetzt notwendiger denn je. So müssen z.B. Grundschulen und weiterführende Schulen weniger übereinander und mehr miteinander sprechen. Selbstverständlich müssen die weiterführenden Schulen bestimmte Leistungsstandards der Grundschulabgänger voraussetzen können. Aber umgekehrt sollten insbesondere Regelschulen und Gymnasien auch bereit sein, die Erfahrungen der Grundschulen bei der pädagogischen Aufarbeitung neuer Verhaltensweisen der Kinder zu berücksichtigen. Genauso wichtig ist es, dass sich die auf unterschiedliche Bedürfnisse der Schüler angelegten Schullaufbahnen der Sekundarstufe nicht gegenseitig als besser oder schlechter empfinden oder diskriminieren lassen. Jede Schullaufbahn in Thüringen hat ihren Eigenwert und jeder Hauptschüler z.B. erst recht. In der laufenden PISA-Debatte in Thüringen dürfen auch Fragen nach landesweiten Vergleichstests bestimmter Altersstufen, nach Fort- und Weiterbildungspflicht der Lehrerinnen und Lehrer,

nach dem Verhältnis zwischen Bedarf und Angebot von Fort- und Weiterbildung, nach besserer Teamarbeit oder nach besonderer Anerkennung von besonderem pädagogischen Engagement kein Tabu sein.

Eines ist aber in diesem Zusammenhang auch klarzustellen: die höchste Form der Anerkennung der Leistung von Pädagogen besteht darin, dass ihnen Eltern, Wirtschaft, Verbände und die gesamte Öffentlichkeit den Rücken stärken. Den Rücken stärken bei der Erziehungsaufgabe, unseren Kindern auch und vor allem an der Schule die Sinnhaftigkeit der Kultur der Anstrengung glaubhaft zu vermitteln. Das ist in einer Zeit wachsender Konsumangebote und schillernder Verheißungen wahrhaft eine Herkulesaufgabe, aber für unser aller Zukunft entscheidend. Ohne die Zumutung der Anstrengung werden unsere Kinder nicht das Schlüsselerlebnis haben, dass Freude und Lust an der über Anstrengung erreichten Leistung die eigentliche Kraftquelle eines gelingenden Lebens ist. Und um Missverständnissen vorzubeugen, Leistung in diesem Sinne ist nicht absolut gemeint, sondern immer auf die spezifische Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu beziehen.

Meine Damen und Herren, es gibt also einen großen Diskussions- und Handlungsbedarf. In der nächsten Woche liefert das Thüringer Kultusministerium diese kleine Broschüre "PISA-Studie - erste Ergebnisse" als Diskussionsgrundlage an alle Lehrerinnen und Lehrer sowie alle Interessenten aus, gleichzeitig wird in den nächsten Tagen eine Internetplattform eingerichtet, in der gegliedert in die sieben Handlungsfelder der Kultusministerkonferenz die dort zuzuordnenden Thüringer Projekte dargestellt und Diskussionsbeiträge dazu oder darüber hinaus erwartet werden. Es sind verschiedene Fachveranstaltungen im 1. Halbjahr geplant, alle Ergebnisse sollen im 2. Halbjahr in einem Bildungssymposium zusammengefasst werden. Ich freue mich, dass der Ausschuss für Bildung und Medien dieses hohen Hauses bereits einen Beschluss über eine Anhörung zu PISA gefasst hat. Ich gehe davon aus, dass sich darin auch das Anliegen des hier auf der Tagesordnung stehenden Antrags zu den Schulleistungen im Freistaat Thüringen wiederfindet. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Frau Dr. Klaubert hat eine Frage an Sie, Herr Minister. Gestatten Sie der Frau Abgeordneten, diese zu stellen?

**Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:**

Ich möchte einfach noch mal nach dem Ruck fragen, der da durch Sie und durch die Kultusministerkonferenz gegangen ist. Also, der Herr Kölbl hat jetzt gefragt, wie sich das abgespielt hat, das möchte ich nicht nachfragen. Sind Sie in Ihrem Hause schon in der Lage, Aussagen darüber zu treffen, an welchen Symptomen das Thüringer Bildungssystem krankt?

**Dr. Krapp, Kultusminister:**

Ich wiederhole: Die Länderauswertung in Deutschland ist noch in der Berechnung, liegt uns also nicht vor, insofern muss ich Ihre Frage verneinen. Dass ein Bildungssystem, auch das Thüringer Bildungssystem, immer der Weiterentwicklung bedarf, ist uns auch schon vor PISA bewusst gewesen. Ich habe hier in meinem Statement, glaube ich, einige Punkte angesprochen, wo wir uns verstärkt bemühen werden, die Weiterentwicklung voranzubringen.

**Präsidentin Lieberknecht:**

Gut, erledigt. So, dann haben wir den nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Döring, SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Döring, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bei der Diskussion der PISA-Studie haben wir es mit einem merkwürdigen Phänomen zu tun. Noch nie wurde mit größerer Vehemenz vor Schnellschüssen gewarnt und noch nie wurde von den gleichen Leuten so schnell aus der Hüfte geschossen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Auch die PDS ist dieser Versuchung erlegen und hat ihren Schnellschuss abgegeben; eine Enquetekommission soll es richten. Wir lehnen eine Enquetekommission nicht grundsätzlich ab, aber die Tatsache, dass die länderspezifischen Ergebnisse, also PISA-E, erst im Sommer vorliegen, macht deutlich, eine Etablierung zum jetzigen Zeitpunkt macht sicher wenig Sinn. Meine Damen und Herren, mehr denn je ist PISA in letzter Zeit ein Synonym für Schiefelage. Schief ist dabei vor allem, dass jeder meint, er habe die richtigen Antworten. Dabei habe ich den Eindruck, PISA ist für manchen ein wirklich herrliches Alibi, ausbildungspolitische Ladenhüter wieder auszupacken und als Stein des Weisen zu verkaufen. Vieles, was richtigerweise längst vergessen schien, sorgt heute zumindest für eine Schlagzeile. Auch Ministerpräsident Vogel hat in diesem Sinne in Bad Kissingen eine "geniale" Behauptung aufgestellt: Die von PISA nachgewiesene große Diskrepanz zwischen einer schmalen Leistungsspitze und einer großen Risikogruppe schwächerer Schüler hängt für ihn damit zusammen, ich zitiere: "... dass viele die Hauptschule oder den Hauptschulbildungsgang diskriminieren oder als Restschule an den Rand geredet haben." Ich denke, hier erübrigt sich jeglicher Kommentar. Froh können wir auch sein, dass wir mit Frau Schipanski und Herrn Krapp jetzt zwei profilierte Bildungsfachleute in der Regierung haben. Noch schöner wäre es allerdings, wenn wenigstens im Ansatz deutlich würde, dass sie das Gleiche wollen und dementsprechend auch das Gleiche sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, komplexe Probleme haben selten einfache Lösungen und deshalb brauchen wir keine Schnellschussreaktion auf den PISA-Schock. Was wir brauchen, ist eine grundlegende Analyse der Thüringer Ergebnisse. Auf der Grundlage dieser Analyse müssen wir uns dann schon überlegen, welche ganz konkreten Änderungen wir vorschlagen. Natürlich ist die Tatsache erschreckend, dass uns PISA bescheinigt, dass wir Weltmeister in der sozialen Auswahl sind. In keinem anderen Industrieland ist die soziale Herkunft so entscheidend für den Schulerfolg wie in Deutschland. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Sohn einer Kassiererin und eines Hilfsarbeiters einen höheren Bildungsabschluss erreicht, ist etwa in Finnland viermal so hoch. Unser System ist offensichtlich ungerecht und hiermit dürfen und hiermit können wir uns nicht abfinden.

(Beifall bei der SPD)

Da wird es nicht helfen, nur oberflächlich am Lack zu kratzen. Wir werden nicht umhin kommen, unseren Bildungsansatz noch einmal neu zu diskutieren. Eines lässt sich dabei schon jetzt sagen, wir müssen mit der Förderung früher ansetzen, bereits verstärkt im vorschulischen Bereich. Auch muss das schulische Lernen stärker anwendungsorientiert sein, es geht vor allem um die Fähigkeit, sich kreativ und realistisch mit Problemstellungen auseinander zu setzen. Lebenstüchtigkeit muss stärker im Mittelpunkt schulischer Bildung stehen. Das heißt auch, wir brauchen eine stärker ergebnisorientierte Lern- und Unterrichtskultur. Hier ist die Fort- und Weiterbildung ebenso gefragt, wie die generelle Stärkung der Wertschätzung des Lernens. Lernen in der Schule muss sich am pädagogischen Leistungsbegriff orientieren. Jedes Kind hat ein Recht auf erfolgreiches Lernen, allerdings muss hier auch deutlich gesagt werden, Schule ist kein Zweigetrieb des show business, Lernen bedeutet auch Anstrengung, bedeutet Selbstdisziplin und Ausdauer, daran hat sich nichts geändert und daran wird sich nichts ändern.

(Beifall bei der SPD; Abg. Emde,  
Abg. Wehner, CDU)

Meine Damen und Herren, Leistungsorientierung darf nicht diskreditiert werden, denn Kinder haben Freude an der Leistung und wollen Leistung bringen, sie wollen gefordert und gefördert werden. Der Lernerfolg hängt natürlich von der Qualität des Unterrichts ab, aber genauso vom Ansehen, das Anstrengung und Leistung in einer Gesellschaft genießt. Hier, denke ich, ist längst eine Bewusstseinsänderung in unserer Gesellschaft fällig.

Meine Damen und Herren, PISA zeigt eindeutig, Schulen schneiden im internationalen Vergleich umso besser ab, je mehr Eigenverantwortung ihnen zugestanden wird. Ein Lehrerkollegium, das gemeinsam über pädagogische Konzepte nachdenkt, stärkt die Identifikation mit der eigenen Schule auch unter den Schülern. Insofern sind moderne Schulen mit Profil und Eigeninitiative gefragt. Dies be-

deutet natürlich Erweiterung der schulischen Eigenständigkeit, Arbeitsfelder sind hier selbstständige und flexible Mittelbewirtschaftung, Reformen im Personalsektor, Erweiterung des Unterrichtskonzepts.

Zur Eigenverantwortung gehört allerdings auch die Rückmeldung. Schulen müssen sich auch für den Lernerfolg ihrer Schüler verantwortlich fühlen. Deshalb brauchen wir Maßnahmen zur Schulentwicklung und Qualitätssicherung und dazu gehören zwingend Qualitätsstandards und Überprüfungskonzepte. Qualität lässt sich nicht über die Köpfe der Akteure hinweg durchsetzen. Qualität beginnt in den Köpfen, das heißt, wir brauchen ein positives Klima für Qualität. Schulen benötigen hier mehr Ermutigung, wir müssen sie ermuntern, die Vision, das Leitbild der eigenständigen Schule zu entwickeln. Hier müssen wir vernünftige Rahmenbedingungen schaffen, Standards und Vergleichbarkeit sichern und in erheblich stärkerem Maße Entwicklungsimpulse setzen. Den Stein des Weisen zu finden, ist sicher nicht einfach, noch schwerer ist es allerdings, ihn ins Rollen zu bringen. Hier liegt unser Problem. Wer mehr Qualität will, muss auch mehr in Bildung investieren. Wir müssen uns schon verständigen, was ist uns Bildung Wert. Hier gibt es einen Paradigmenwechsel, einige Beispiele: Nordrhein-Westfalen wird bis 2005 2,2 Mrd. zusätzlich in Bildung investieren; Rheinland-Pfalz hat festgelegt, in der laufenden Legislatur jährlich 1.000 Stellen und 100 Mio. Mark zusätzlich aufzuwenden, vor allem für die Entwicklung eines flächendeckenden Ganztagsangebots; Niedersachsen hat ein zusätzliches 100-Mio.-Programm aufgelegt und Bayern hat sich auf ein zusätzliches 400-Mio.-Programm verständigt. In Thüringen sind wir mit den von der CDU beschlossenen Kürzungen leider eine traurige Ausnahme. Ich kann nur wieder und wieder gebetsmühlenartig wiederholen: Wir brauchen endlich ein Personalentwicklungskonzept, welches seinen Namen auch wirklich verdient, wir brauchen vernünftige Rahmenbedingungen für Schulentwicklung,

(Beifall bei der SPD)

das heißt auch Stabilität der Lehrerkollegien. Und nicht zuletzt brauchen Lehrer eine sichere berufliche Perspektive, der Kopf muss frei sein für verantwortungsvolle Arbeit und dazu braucht der Pädagogenberuf endlich mehr Wertschätzung.

Meine Damen und Herren, Aktionismus, Beschwichtigung und vage Absichtserklärungen helfen wenig. Von der Kultusministerkonferenz erwarte ich mittelfristig ein klares Entwicklungskonzept zur Schulbildung in Deutschland und auch die Forderung des Bundespräsidenten nach einem regelmäßig vorzulegenden Bildungsbericht darf nicht zur Seite gelegt werden. Wir brauchen eine breite öffentliche und öffentlich geführte Diskussion über Bildung und Schule, und zwar unter Einbeziehung aller Beteiligten, von Eltern, Lehrern und Schülern über Wirtschaft und Wissenschaft bis hin zu den Trägern und der Politik. Wenn die Thüringer Analyse vorliegt, kann auch eine Enquete-

kommission unter Einbeziehung der Ergebnisse des Forums Bildung hier einen guten Beitrag leisten. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint eine Problemanalyse durch eine Anhörung produktiver und nützlicher als die Einsetzung einer Enquetekommission. Wir favorisieren diesen Weg und lehnen deshalb zum jetzigen Zeitpunkt den PDS-Antrag ab. Erst aus einer Anhörung werden sich dann weitere Schritte ergeben.

Meine Damen und Herren, denken ist oft schwerer als man denkt. Kollege Ramelow, in Bezug auf Ihren Antrag kann ich nur sagen, auch als Vordenker sollte man ab und zu nachdenken. Danke.

(Beifall bei der CDU, SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Emde, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Emde, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Herr Döring, in weiten Teilen Ihrer Rede kann ich Ihnen nur folgen und freue mich auch darüber, dass es an dieser Stelle Einigkeit gibt und nicht von vornherein die Diskussion verfestigt wird, sondern wir alle müssen uns in bestimmten Teilen loslösen von alten Gedanken und müssen die PISA-Studie sehr ernst nehmen und das Beste daraus für unser Land machen. Ihnen sage ich nur, an einer Stelle muss ich widersprechen, denn Sie können nicht die Fragen des Schülerrückgangs und des damit verbundenen Lehrerabbaus und des Personalentwicklungskonzepts in Thüringen sofort auf die PISA-Studie beziehen. Wenn man sich die PISA-Studie anschaut, wird man feststellen, dass nicht nur die Frage von mehr Geld auch sofort bessere Bildungsergebnisse bringt, aber ich gehe an der Stelle auch mit, dass wir durchaus an der einen oder anderen Stelle, wenn wir dann zu Ergebnissen gekommen sind, auch mehr Geld aufwenden müssen für das Thüringer Schulsystem.

Meine Damen und Herren, was ist und was will PISA? PISA hat doch nur bedingt etwas mit der bekannten italienischen Stadt zu tun, denn auch Italien hat am Test teilgenommen. Dort sind die Ergebnisse allerdings noch in etwas größerer Schiefe als in Deutschland und trotzdem wird in Italien nicht so masochistisch mit dem Thema umgegangen wie hier bei uns. 29 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, also die OECD, und noch ein paar Länder dazu haben sich entschlossen, Untersuchungen darüber anzustellen, was in den teuren Prozessen von Bildung denn am Ende überhaupt herauskommt. Es geht also gar nicht um die Frage, wer investiert mehr oder weniger in die Bildung der Menschen, sondern wie effektiv ist ein Bildungssystem und was wird mit den Investitionen - und das sind in Deutschland jährlich ca. 40 Mrd. € - erreicht.

Die OECD-Studien haben auch ergeben, dass höhere Bildungsausgaben nicht automatisch zu besseren Ergebnissen führen. So sind die Bildungsinvestitionen in Großbritannien, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, niedriger als in Deutschland, aber man schneidet bei PISA deutlich besser ab.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Vielleicht, weil die Schulstrukturen andere sind.)

Frau Nitzpon, genau das ist der Punkt, wir müssen eben nicht zuerst wieder über Strukturen streiten. In den alten Bundesländern hat man sich über Jahrzehnte um Strukturen gestritten und heute stellen wir fest, das hat sich gar nicht gelohnt. Genau das will ich hier vermeiden und da bin ich mit Herrn Döring d'accord. Wenn Sie so anfangen, okay, machen Sie weiter, aber, ich denke, wir müssen hier von diesen Strukturdebatten losgelöste Diskussionen führen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Und wir bezahlen.)

Die OECD hat sich zum Ziel gesetzt, zu wirtschaftlichem Wachstum und zur Sicherung eines hohen Lebensstandards in den Mitgliedsstaaten beizutragen. Da die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes in engem Zusammenhang mit dem Ausbildungsstand der Bevölkerung steht, ist PISA also nicht Selbstzweck, sondern dient zur Standortbestimmung und zur Politikberatung.

Im Frühjahr des Jahres 2000 unterzogen sich in der Bundesrepublik 5.000 15-jährige Schüler an 219 Schulen in ganz Deutschland einem Leistungstest, für Thüringen waren das 300 Schüler an 10 Schulen, PISA ausgesprochen: Programme for international student assessment - legt den Schwerpunkt auf den Bildungserfolg. Es soll festgestellt werden, ob 15-Jährige, die in vielen Fällen kurz vor dem Abschluss ihrer schulischen Laufbahn stehen, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die sie zur vollen Teilhabe am wirtschaftlichen und auch am gesellschaftlichen Leben brauchen. Für die Bereiche Leseverständnis, Mathematik, Naturwissenschaften und fächerübergreifende Basiskompetenzen als Kernanforderungen für das Leben in einer modernen Gesellschaft wurde von einem internationalen Konsortium die Grundkonzeption für diesen Test beschlossen. Trotz des kooperativen, konsensbildenden Vorgehens trifft die Studie nicht in allen Ländern auf ungeteilte Zustimmung. Dafür gibt es auch gute Gründe. Die wissenschaftliche Validität, also die Frage, ob die Tests den zu erforschenden Gegenstand überhaupt genügend treffen, wird infrage gestellt. Ich empfehle uns, dazu auch einmal Beispielaufgaben im Internet anzuschauen. In England und Amerika, also Ländern mit regelmäßigen Leistungstests, gibt es negative Erfahrungen damit, dass sich der Unterricht bei regelmäßigen Leistungstests darauf reduziert, das Lösen von Testaufgaben zu trainieren. Ich nehme diese Untersuchung sehr ernst, sage aber auch, weil deutsche Schüler eben diese Erfahrung mit Tests nicht haben,

könnte hier ein Grund dafür liegen, warum englische und amerikanische Schüler entscheidend besser abschneiden als deutsche.

Im Übrigen ist es angesichts der Komplexität des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags nicht unbedingt zulässig, die Beurteilung der Qualität einer Schule an der Beantwortung einiger pragmatischer Gesichtspunkte und nach Nützlichkeit ausgewählter Aufgaben zu messen.

Meine Damen und Herren, auch Kollege Döring hat festgestellt, der Lernerfolg hängt zwar von der Qualität des Unterrichts maßgeblich ab, aber auch das Ansehen, welches Anstrengung, welches Leistung und welches Lernen in unserer Gesellschaft genießen, sind von maßgeblicher Bedeutung. Für mich ist in der Diskussion ganz wesentlich, dass Lehrer und ihre Arbeit nicht einfach abqualifiziert werden. Ich komme beim Lesen der Ergebnisse dieser Studie auch zu dem Ergebnis, dass solche Länder besser abschneiden, in denen der Beruf eines Lehrers einen wesentlich besseren Ruf genießt. Eine Arzthelferin in Thüringen wies mit Recht darauf hin - ich zitiere - "dass die Eltern ganz erobert in die Schule kommen, sobald die Lehrer versuchen, die Kinder zu erziehen. Und wenn einmal eine Arbeit mit der Note 5 oder 6 bewertet wird, ist auf dem nächsten Elternabend Protest angesagt." Das ist der tatsächliche Zustand. Und das, was heute durch die Presse geistert und wo gesagt wird, was für Zustände sind an Thüringer Schulen, weil vielleicht - man weiß es ja noch nicht genau - einer Kollegin die Hand ausgerutscht ist, das ist mit Sicherheit nicht der Dauerzustand. Wir müssen dringend im Land eine Debatte auch um die Frage der Erziehung und der Wertstellung der Erziehung in unserem Land führen und diese müssen wir mit den Eltern und mit den Schülern führen. Für unser Verständnis ist das Ziel des PISA-Projekts nicht ein Ranking, sondern das Ziel ist es vielmehr, Bedingungen für ein hohes Leistungsniveau zu ermitteln und den Ländern qualitative Indikatoren zur Erlangung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler zur Verfügung zu stellen. Das setzt allerdings voraus, dass man sich intensiv mit dem Zustandekommen, mit der Durchführung und den Ergebnissen der Studie und deren Bewertung kritisch auseinander setzt. Dabei gilt es, nicht nur die Schule, sondern auch das familiäre und gesellschaftliche Umfeld, das heißt, auch sozialpolitische Aspekte zu betrachten. In den 32 an der Untersuchung beteiligten Ländern gibt es hierbei himmelweite Unterschiede, was uns natürlich die Befassung nicht leichter macht.

Auf den zweiten Teil der Studie - PISA-E -, also den regionalisierten Teil, ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen. Diese auf die Länder bezogene und ihre konkreten Bedingungen berücksichtigende Erhebung werden wir erst im Sommer dieses Jahres erhalten. Dazu wurden auch wesentlich mehr Schüler an einer größeren Anzahl von Thüringer Schulen getestet, so dass diese Ergebnisse von uns als repräsentativ angesehen werden können. Aber auch hier warne ich vor einer vorschnellen Wertung. Es ist mit Vorsicht zu genießen, denn eine wesentliche Schlussfol-

gerung aus PISA ist, dass der Unterricht auf handlungs- und anwendungsorientierte Kompetenz zielen muss. Die genau darauf orientierenden neuen Thüringer Lehrpläne sind nämlich erst zum Ende des Jahres 1990 eingeführt worden, just zu dem Zeitpunkt, als die Erhebungen zu PISA stattfanden. Aussagen darüber, wie die neuen Lehrpläne Wirkung entfalten, werden wir also noch nicht bekommen.

Für unser Vorgehen im Landtag sehe ich drei Schritte:

Erstens: Genaues Studium und intensive Befassung mit der Studie, insbesondere mit der regionalisierten Fassung.

Zweitens müssen wir uns die Frage stellen: Was ist in Ländern, die besser abschneiden als wir, besser und anders? Neben Strukturen muss es dabei vor allem um die Inhalte, um die Methoden, um Kooperationen und eine höhere Wertschätzung von Bildung gehen.

Und erst drittens geht es dann um konkrete Ableitungen auf unsere Thüringer Verhältnisse.

Einige Schlüsse kann man sicher schon jetzt ziehen und auch da gehe ich mit Herrn Döring d'accord. Zum Beispiel für Kindertagesstätten ist ein Bildungsauftrag durchaus konkreter formulierbar. Auch die Übergänge bei den Bildungsetappen, die ein Schüler durchläuft, sind im Hinblick auf die Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien effizienter zu gestalten. Eine stärkere Konzentration auf Kernwissen scheint mir angezeigt oder auch die Ausbildung von Erziehern und Lehrern muss stärker praxisorientiert sein. Uns geht es also um eine tief greifende Befassung mit der Materie, auch unabhängig von den bildungspolitischen Grabenkämpfen, die in der Vergangenheit geführt wurden. Für Thüringen möchte ich sagen, haben wir es in der Form nicht geführt und das sollte so bleiben. PISA zeigt uns, dass der organisatorische Aufbau des Schulsystems allein nicht den Schlüssel zum Erfolg bringt.

Im Bildungsausschuss des Landtags sind uns die beiden anderen Fraktionen mit dem Antrag gefolgt, eine Anhörung von Experten durchzuführen. Eine tief greifende Analyse und Beratung im Bildungsausschuss des Landtags halten wir für den richtigen Weg. Wir sind der Meinung, dass es heute keinen Grund gibt, eine Enquetekommission zu berufen. Der Nutzen einer besonderen Enquetekommission ist für uns derzeit nicht ersichtlich. Es liegt jedoch der Verdacht nahe, dass die PDS mit ihrem Antrag eine parteipolitische Schlacht eröffnen will. Wie sonst, Herr Ramelow, sind Ihre Äußerungen zu verstehen, die PISA mit den Lehrerentlassungen in unmittelbare Verbindung bringen.

Abschließend möchte ich Herrn Baumert, das ist der Vorsitzende des Deutschen PISA-Konsortiums zitieren, er sagt: "Es dauert zehn bis 15 Jahre, bis Kurskorrekturen in der Bildungspolitik wirksam werden." Also, nicht hektisches

Agieren ist gefragt, sondern tiefgründiges Diskutieren und konsequentes Handeln, dies ohne ideologisierte Kämpfe, sondern mit der Suche nach neuen Bildungsidealen und guten praktischen Lösungen für Thüringen. Dazu wünsche ich uns die nötige Ernsthaftigkeit, Einsicht und Weitsicht.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Es gibt eine Nachfrage, Herr Emde.

**Abgeordneter Emde, CDU:**

Ja, bitte.

**Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:**

Ich habe eine ganz schlichte Frage an Sie. Wissen Sie, wie lange es dauert vom Beschluss über das Einsetzen einer Enquetekommission bis zum Konstituierungsprozess dieser in Thüringen?

**Abgeordneter Emde, CDU:**

Das hängt davon ab, wie wir hier arbeiten, wie wir miteinander umgehen. Das regelt auch unsere Geschäftsordnung. Ich habe auch hier nicht gesagt, wir lehnen generell die Enquetekommission ab, aber jetzt geht es doch erst einmal darum, dass wir einen Bildungsausschuss haben, der durchaus fachkompetent ist. Auch regelt unsere Geschäftsordnung durchaus die Möglichkeiten der Zusammenarbeit verschiedener Ausschüsse und Gremien. Dort sollten wir uns mal in Ruhe befassen und im Landtag, im Bildungsausschuss, eine Anhörung von Experten vornehmen. Dann warten wir ab, was uns die regionalisierte Studie bringt, und dann diskutieren wir weiter, aber hoffentlich auf einer sachlichen Ebene.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Frau Abgeordnete Stangner, Sie haben als Nächste das Wort.

**Abgeordnete Dr. Stangner, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, der Antrag über den wir hier gegenwärtig reden, ist von uns - ich will das noch einmal in Erinnerung rufen - für das Dezemberplenium eingereicht worden, aber nicht, wie hier wiederholt behauptet wurde, um einen Schnellschuss, ideologische Kampagnen und anderes loszutreten, sondern weil wir uns zu dem Zeitpunkt sehr wohl der Tatsache bewusst waren, dass Veränderungsprozesse nicht von heute auf morgen anfangen können und auch nicht von heute auf morgen bewältigt werden können. Nicht nur Prof. Baumert aus dem Max-Planck-Institut, den Sie

ja zitiert haben, Herr Emde, hat sich zu diesen Dingen geäußert. Dazu gibt es auch Äußerungen anderer Wissenschaftler. Die Sorge um die Langfristigkeit der Prozesse hat uns veranlasst, hier schnell zu reagieren.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage auch deutlich, dass unser Antrag nichts, aber auch gar nichts in diesen vier Wochen an Aktualität verloren hat.

(Beifall bei der PDS)

Denn das zeigt mir das, was meine Vorredner vorgetragen haben. Herr Döring, nachdem ich gehört habe, was Sie hier gesagt haben, kann ich nur konstatieren, dass Sie eher für unseren Antrag - den Sie ja nicht generell abgelehnt haben, nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt - gesprochen haben als gegen ihn. Und da sich Herr Emde weitgehend mit dem identifiziert hat - so ähnlich hat er es gesagt -, muss ich auch da feststellen, auch untersetzt durch seine eigenen Ausführungen, auch da habe ich mehr Argumente für unseren Antrag als gegen ihn gehört.

(Beifall bei der PDS)

Ich komme darauf aber noch einmal genauer zurück.

Zu der Anhörung im Ausschuss: Der über einen Selbstbefassungsantrag der Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, die in unserem Ausschuss sitzen, beantragten Expertenanhörung, die inzwischen auch beschlossen worden ist, haben wir uns nicht verweigert. Wir werden auch der im Ausschuss bereits diskutierten zweiten Anhörung zustimmen, wenn sie wieder zur Debatte steht. Die Anhörung ist aber für uns nur ein Schritt auf einem längeren Weg und einem viel komplexeren Diskussionsprozess, als die Anhörung das allein darstellen kann. Wir wollen mit unserem Antrag eben einen Vorschlag unterbreiten, der über den Ansatz von SPD und CDU weit hinausgeht.

Meine Damen und Herren, inzwischen gibt es zahlreiche Bewertungen der Studie, manches haben wir hier heute gehört, ich will darauf jetzt nicht eingehen, ich will aber sagen - denn das ist für mich ein Ergebnis dieser Bewertungen -, ob man es wahrhaben will oder nicht, die Gesellschaft insgesamt hat ein Problem, nicht ein Einzelner, nicht eine Gruppe, nicht etwa nur die Eltern oder etwa nur die Lehrer oder etwa nur die Schüler und ich will auch deutlich sagen, nicht etwa nur der zuständige Minister. Ich will hier nicht den zuständigen Minister als Person attackieren, auch wenn er natürlich eine Verantwortung aufgrund des Ressorts für Entwicklungen hat. Aber die Gesellschaft hat ein Problem, ein Problem, das ihre Zukunftschancen beeinträchtigt. Eine Presseagentur hat das Problem so beschrieben: "Der internationale Schulleistungsvergleich PISA hat den Bildungsstandort Deutschland mitten ins Herz getroffen."

Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang aber die Reaktion von Länderministern schon. Denn Länderminister - und das habe ich auch heute wieder wahrgenommen - weisen trotz der schlechten Deutschlandergebnisse Kritiken von sich. Ich habe zwar heute solche Töne gehört, es hat "geruckt" in der Kultuskonferenz, Ergebnisse waren ernüchternd. Dem ist zuzustimmen, Herr Minister, ich sehe das auch so. Ich habe auch gehört, es gibt einen großen Diskussions- und Handlungsbedarf. Aber ich stelle immer wieder fest, dass, wie andere Minister in Sachsen oder Bayern oder Niedersachsen, sich die Kultusminister auf dem richtigen Weg wähnten. Ich darf zitieren, Frau Präsidentin, ein Zitat des Thüringer Kultusministers, er fühlt "sich im Zusammenhang mit der PISA-Studie in vielen Maßnahmen der letzten Jahre bestätigt, die der Sicherung von Qualitätsstandards in Thüringer Schulen dienen." Wir haben das heute ja auch noch mal erlebt.

Ich bestreite überhaupt nicht, dass es punktuell Maßnahmen gibt, wo reagiert wird, um zu Veränderungen zu kommen. Das ist in Ordnung. Was ich aber vermisste in den gesamten Diskussionen, in denen immer wieder solche Maßnahmen vorgestellt werden, das sind tatsächliche Ergebnisse dieser Maßnahmen. Dazu höre ich leider nichts. Ich weiß, dass das nicht so ganz einfach ist, aber dennoch wäre es interessant, da etwas zu wissen.

Herr Emde, wenn Sie sagen, dass die neuen Lehrpläne erst 1999 eingeführt worden sind, das ist ja richtig. Es ist in dieser kurzen Zeit - wir haben jetzt 2002 - natürlich auch schwierig, über Ergebnisse von Lehrplänen zu sprechen, denn Lehrpläne einzuführen, ist auch ein längerwährender Prozess. Es bedarf einer Einarbeitung, es bedarf der Kenntnisnahme von Problemen, die damit verbunden sind usw., es bedarf also einer Analyse. Nur, ich bin darüber informiert, dass es zu der Lehrpläneinführung erste Ergebnisse gibt. Dann hätte ich mir schon vorstellen können, dass man heute, wenn man schon auf die Lehrpläne abstellt, zu diesen Ergebnissen auch einiges sagt.

Noch einen zweiten Punkt will ich ansprechen, Herr Minister, das ist das Problem der Durchlässigkeit. Formal ist sie gegeben, das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Aber dass das inhaltlich nicht so funktioniert mit der Durchlässigkeit, das wissen wir beide doch auch, und das wissen auch alle anderen, die an Bildungsprozessen beteiligt oder von ihnen betroffen sind. Das kann man immer wieder wahrnehmen, wenn man genau hinhört.

Viele Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren, besonders Eltern und Pädagogen, reagieren auf die PISA-Ergebnisse betroffen, denn sie alle wissen oder sie ahnen um die weit reichenden Folgen schlechter Schulleistungen, insbesondere auch im Lesen. So ganz überraschen - das will ich auch noch sagen - können die PISA-Ergebnisse jedoch nicht. Andere Studien, ich verweise z.B. auf die Vorläuferstudien TIMSS 1 und 2, zeigten schon Schwächen, wenn auch in anderen Bereichen. Aber es gibt und gab auch deutlich artikuliert Sorgen und Nöte

aus Abnehmerbereichen von Schule, z.B. aus den Hochschulen und aus den Ausbildungsunternehmen.

Meine Damen und Herren, PISA hat auch Auswirkungen des Schulsystems und der sozialen Herkunft auf Schülerleistungen untersucht. Dazu will ich nun einige Ergebnisse kurz gefasst ansprechen:

Ein erstes Ergebnis, Länder, in denen Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam beschult werden - bis Klasse acht oder bis Klasse neun - erreichen in der Studie wesentlich bessere Ergebnisse.

Ein zweiter Punkt, Chancengleichheit - bezogen auf die soziale Herkunft - wird in den skandinavischen Ländern und auch in den von uns allerdings sehr kritisch betrachteten Schulsystemen Japans und Südkoreas wesentlich besser gewährt als in Deutschland. Das gilt übrigens auch für Emigrantenkinder.

Meine Damen und Herren, PISA macht Fehlentwicklungen der Bildungspolitik in Deutschland offensichtlich. Da sollte man wirklich nichts schönreden, denn vom Bildungsniveau hängen wesentlich die Zukunftschancen der Jugend, ihre berufliche Ausbildung, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitsleistungen in Unternehmen, in der Forschung und in der Technologieentwicklung und die kulturelle Teilhabe ab. Zukunft verbirgt sich dahinter und diese Zukunft muss erreichbar werden. Deshalb sind Reformen im Bildungssystem unabdingbar. Die Frage ist: wie? Darauf gilt es, Antworten zu finden. Ich bleibe bei unserem Vorschlag, eine Enquetekommission einzurichten. Die Vorteile einer solchen Kommission liegen doch auf der Hand. Experten begleiten das Parlament. Der fortdauernde Kontakt über eine Anhörung hinaus ist gegeben. Die kontinuierliche Information kann erfolgen, Empfehlungen können unmittelbar beraten werden und anderes mehr.

Es ist richtig, konkrete Ergebnisse über Thüringer Schülerleistungen werden erst im Sommer 2002 mit der angekündigten Ergänzungsstudie zu PISA vorliegen. Dann werden Ergebnisse des Thüringer Bildungssystems im Vergleich mit anderen bekannt sein. Aber das Thüringer Bildungssystem als solches wird damit nicht ausreichend analysiert werden. Da war die Antwort von Herrn Minister Krapp auf die Frage von Frau Dr. Klaubert nach dem Ruck in der Kultusministerkonferenz, sie betraf die Analyse, schon sehr interessant. Also, das Thüringer Bildungssystem als solches wird damit nicht ausreichend analysiert werden. Warum dieses oder jenes gut oder schlecht für die Kinder und Jugendlichen in Thüringen abläuft, wird PISA nicht ausreichend aufdecken. Thüringen tut deshalb gut daran zu handeln, und zwar die Bildungssituation insgesamt gründlich zu analysieren, umsetzbare wissenschaftliche Erkenntnisse, eigene Erfahrungen und Ergebnisse anderer Länder auszuwerten, Empfehlungen zu erarbeiten, eine zukunftsweisende Verbesserung der Schulleistungen, eingeschlossen mehr Chancengleichheit sowie deren umfängliche Absicherung - da gehört für mich auch die

finanzielle Absicherung dazu, da gehört für mich gegebenenfalls eine gesetzgeberische Absicherung dazu - zu gewährleisten. Dazu gehört auch eine aufgabengerechte Personalausstattung der Thüringer Schulen, für die der Schülerrückgang produktiv, also als Chance, zu sehen ist.

Die Anhörung im Bildungsausschuss wird diese Fragen tangieren - unbestritten, sie aber nicht ausreichend beantworten können. Unsere Auffassung ist, dass die notwendige Arbeit in einer Enquetekommission aber geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren, vor allem Kinder und Eltern, auch die Wirtschaft können eine von diesem hohen Hause ausgehende kritisch konstruktive, an den Erwartungen und Erfordernissen der Wissensgesellschaft - oder ich kann auch sagen an einer Denkfabrik - orientierten Diskussion ohne Hektik, ohne Schnellschüsse, ohne Polemik aber auch ohne Tabus, Herr Emde, erwarten. Ich frage ganz einfach einmal, wenn die Struktur so bewährt ist, warum kann ich dann darüber nicht diskutieren? Wo sind denn die Ängste begründet? Also eine Diskussion ohne Tabus. Das ist der Sinn unseres Antrags.

Nun kann man natürlich den Standpunkt vertreten, ich habe es vernommen, warten wir doch erst einmal ab, bis die Regionalergebnisse vorliegen und sehen dann weiter.

(Zwischenruf Dr. Krapp, Kultusminister: Das haben wir doch gar nicht gesagt.)

Sie nicht, Herr Minister, aber aus der Mitte dieses Hauses ist das schon so gekommen und es hat auch in den Pressemitteilungen so gestanden, nicht aus Ihrem Hause, sondern die anderen Reaktionen.

Meine Fraktion und ich halten dies für den falschen Weg, weil kostbare Zeit verschwendet wird. Ich habe vorhin auf die Langfristigkeit solcher Prozesse hingewiesen. Zum einen, ich habe es bereits erwähnt, weil PISA Schülerleistungen als Ergebnisse von Bildungsprozessen präsentiert, aber das System, in dem diese Prozesse ablaufen, eben nur teilweise und damit nicht ausreichend analysiert. Zum anderen gibt es auch in Thüringen bereits seit längerem konkrete Signale, die Handlungsgründe für sofortiges Handeln sein sollten. Zwei will ich in Ihr Gedächtnis rufen. Die Klagen der Wirtschaft über unzureichende Basiskompetenzen, wie eben auch Lesen, und ein zweites Signal, die vielen Schüler, die jährlich die allgemein bildende Schule in Thüringen ohne Hauptschulabschluss verlassen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch ein Wort zur Interpretation, in der neusten KMK-Statistik. Dort ist zu vernehmen, dass die Ergebnisse in Thüringen unter Berücksichtigung dessen zu sehen sind, dass in Thüringen keine automatische Zuerkennung von Realschulabschlüssen oder Hauptschulabschlüssen für Schüler erfolgt, die solche Abschlüsse nicht erwerben können.

Erstens ist diese Aussage in der Undifferenziertheit falsch, denn, wenn man sich die Gesetze der anderen Länder ansieht zu diesem Punkt, dann geht es auch nicht um eine automatische Zuerkennung.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sicher, da wissen Sie wahrscheinlich Bescheid.)

Dann lesen Sie mal nach, Herr Althaus. Ich stelle mich hier nicht hin und sage so etwas. Dessen können Sie gewiss sein.

Zum Zweiten hilft eine solche Interpretation den betroffenen Jugendlichen auch überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der PDS)

Hier ist Ursachenforschung zu betreiben, warum das so ist. Ein anderer Weg ist für mich nicht gangbar. Erfahrungen und Erkenntnisse unter Nutzung von Expertenverstand zu diskutieren, kann eigentlich nicht früh genug beginnen und sollte deshalb auch nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Nun konnte man in der TLZ Ende 2001 über die Bildung einer Arbeitsgruppe im Kultusministerium lesen. Diese Arbeitsgruppe soll sich mit Schulqualität beschäftigen. Die Regierung sieht also für sich Beratungsbedarf und holt sich vernünftigerweise Experten, davon gehe ich zumindest aus, um solche Fragen zu beraten. Das Parlament könnte Gleiches über eine Enquetekommission tun. Im Grunde werden mit der Bildung dieser Arbeitsgruppe im Kultusministerium eigentlich Argumente für die Enquetekommission geliefert.

Ich kenne die Zusammensetzung der AG nicht, ich habe gesagt, ich gehe davon aus, dass Expertenverstand hinzugezogen wird. Angenommen, in ihr würden nur Beamte, Mitarbeiter des Kultusministeriums arbeiten, ich will nicht die Leistungsfähigkeit dieser Personen angreifen, das sage ich ausdrücklich, aber ihre Sichtweise wäre einfach zu eng, denn ihr Maßstab wäre ihr eigenes Handeln. Nach unserer Auffassung kann eine Enquetekommission die notwendige Arbeit erfolgreich bewältigen. Ausreichende tiefgründige, tatsächliche Ursachenforschung und den Ursachen adäquate und umfassende Empfehlungen für Veränderungen in den unterschiedlichen Bereichen, Herr Minister, Sie haben solche Bereiche angesprochen - Vorschul-erziehung, Schulbildung, Lehrerbildung usw. Finanzierung gehört natürlich auch dazu - sind durch das Einbeziehen von Sachverstand zu leisten. Eine Enquetekommission kann das Notwendige tun. Mein Resümee: Mit einer Enquetekommission, die viel weit reichender greift als anderes, was im Gespräch oder bereits organisiert ist, ich will das nicht noch einmal aufzählen, kann der Landtag seiner politischen Verantwortung vor allem der jungen Generation gegenüber gerecht werden. Mit anderen Methoden gäbe Thüringen vor dem Erreichen des Ziels auf, und das wäre ein Versagen der Politik.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole es: Die Gesellschaft hat ein Problem zu lösen, Zukunft muss erreichbar werden. Die Zukunft, so lassen Sie mich in Abwandlung eines Satzes aus den USA sagen, darf nicht die Zeit werden in der wir bereuen, dass wir das, was wir heute tun können, nicht getan haben. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Abgeordneter Goebel, Sie haben als Nächster das Wort.

**Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich gleich zu Beginn unterstreichen, wie auch schon Kollege Emde und Kollege Döring hier ausgeführt haben, halte ich die Einsetzung einer Enquetekommission zur Erarbeitung von Empfehlungen, die die Verbesserung der Schulleistungen Thüringer Kinder bewirken sollen, mindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll. Verzeihen Sie, wenn ich das sage, Frau Kollegin Stangner, auch das, was Sie dazu hier ausgeführt haben, hat mich nicht überzeugt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht vordergründig eine inhaltliche Frage - natürlich kann man auch in einer Enquetekommission über solche Fragen diskutieren -, es ist aber vor allem zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Frage der Effektivität. Ich denke, das ist bereits angesprochen worden, die Arbeit einer Enquetekommission ist eine Arbeit, die ein großes Zeitvolumen braucht. Dass wir im Falle der Enquetekommission zur Wirtschaftspolitik in Thüringen das sehr schnell, exemplarisch schnell in Deutschland, gelöst haben, hing auch damit zusammen, dass es einen sehr klar differenzierten Auftrag gab. Möglicherweise kommen wir ja noch einmal zu dem Ergebnis, dass so etwas für Thüringen notwendig sein könnte, aber dann müssen wir auch die Aufgabenstellung so klar umreißen, dass wir in der Lage sind, in vernünftigen Zeiträumen zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Deshalb - ich will hier nicht noch einmal viel Inhaltliches über die PISA-Studie sagen, dazu haben der Herr Minister und meine Vorredner viele Ausführungen gemacht - war es für uns von der Fraktion der CDU folgerichtig, dass wir im Ausschuss eine Anhörung beantragt haben, sehr schnell, im letzten Dezember bereits, unmittelbar nachdem die Ergebnisse der Studie vorlagen, im Rahmen eines Selbstbefassungsantrags. Wir wollen Informationen, Meinungen und Standpunkte zur Verbesserung der jetzigen Situation des Bildungssystems in Deutschland allgemein und, soweit uns das vor dem Vorliegen der Ergebnisse von PISA-E möglich ist, auch für Thüringen aufneh-

men. Wir wollen dabei in einem ersten Schritt ganz speziell die Sicht der Wissenschaft, der Erziehungswissenschaftler, der Didaktiker, Sozialpädagogen, Entwicklungspsychologen, Jugendforscher ausloten, um eine Basis zu finden für die Beurteilung von Strukturen und damit einen objektiven Ansatz schaffen. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Ergänzungsstudie kann über weitere Schritte diskutiert werden. So können wir in der Tat effektiv Erkenntnisse über die Entwicklung der Thüringer Schulen, so wie sie sich in den letzten Jahren vollzogen hat, aber auch Ableitungen für deren Weiterentwicklung, gewinnen. Natürlich müssen wir dabei berücksichtigen, der Deutsche Lehrerverband hat das schon im Dezember in seiner Stellungnahme formuliert, die PISA-Ergebnisse sind kein Attest für die Schulen, sondern ein Attest für die ganze Nation und deren Bildungsgesellschaft, d.h., wir dürfen nicht bei der Schule stehen bleiben, Bildungspolitik ist mehr als Schulpolitik, ist auch Familienpolitik, Sozialpolitik, Wissenschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, ist also ein integrales Konzept und den Blick müssen wir über die Schule hinaus richten. Gerade diesen Aspekt wollen wir bei der Anhörung besonders ins Auge fassen. Wenn wir so vorgehen, dann, denke ich, kommen wir voranschreitend zu den Ergebnissen, die wir brauchen, um einerseits die klugen und effektiven Ansätze der Bildungspolitik, die wir seit zehn Jahren praktizieren, ungebrochen fortzusetzen und andererseits die Effektivität weiter zu steigern. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Frau Abgeordnete Klaubert hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:**

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich werde nicht noch einmal auf die PISA-Probleme eingehen, sondern nur auf das Problem: Setzen wir eine Enquetekommission ein oder nicht. Ich habe vorhin Herrn Emde die Frage deshalb gestellt, weil es von dem Beschluss über die Bildung der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" bis zu ihrer Konstituierung drei Monate gedauert hat und bei der Enquetekommission "Wahrung der Würde des menschlichen Lebens in Grenzsituationen" sechs Monate. Das heißt, wenn man einen Beschluss über eine Enquetekommission fasst, dann tritt natürlich im Nachgang der Arbeitsprozess ein, nämlich der des Aussuchens von Sachverständigen und der des Konstituierens dieser Enquetekommission. Ich denke, da ist es durchaus nicht zu zeitig, sich zum heutigen Tag, eigentlich besser im Dezember 2001, darüber zu verständigen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Wenn man das will.)

(Beifall bei der PDS)

Nun bin ich nicht unzufrieden über den Verlauf der Debatte zur Thematik Enquetekommission zur Bildung. Ich erkenne allerdings trotzdem Verweigerungshaltungen, die mir etwas unklar erscheinen. Wenn also seitens der SPD-Fraktion gesagt wird, wir sind durchaus für eine Enquetekommission, aber nicht zum derzeitigen Zeitpunkt und unter Einbindung des Bildungsforums 21, erkenne ich daraus natürlich auch bestimmte parteipolitische Absichten, die man durchaus nutzen, aber nicht vordergründig im Plenarsaal durch Abstimmverhalten beurteilen sollte. Ich erkenne natürlich auch aus Sicht der CDU die Not, dass erst das Ministerium in die Vorhand kommen möchte, eh man dann als Mitspieler den gemeinsamen Beschluss fasst, der dann von der Mehrheit oder vom gesamten Hause getragen wird, nämlich Veränderungen im Bildungssystem in Thüringen in Angriff zu nehmen. Nun haben wir uns überlegt, wie wir Ihnen ein Angebot unterbreiten können, welches auch unseren Vorstellungen entspricht. Ich könnte mir vorstellen, dass wir den Antrag, der heute vorliegt, nicht heute abstimmen, sondern ihn an den Bildungsausschuss überweisen. Dann könnte daran gearbeitet werden, wie man zu einem ganz konkreten Zeitpunkt die Konstituierung der Enquetekommission vornimmt. Parallel dazu könnte man den Sachverstand aus der Expertenanhörung zur PISA-Studie und der nachfolgenden Anhörung von so genannten "Betroffenen" zur PISA-Studie gebündelt verwenden und könnte diese Enquetekommission zu einem gemeinsam zu vereinbarenden Zeitraum konstituieren. Es würde keinerlei Zeit verloren gehen, und es wäre dem Anspruch aller gerecht geworden, dass man in Thüringen auch Schlussfolgerungen ziehen muss, wie man Bildungslandschaft einschließlich der Schullandschaft verändern muss. Da gebe ich übrigens Herrn Prof. Goebel gerne Recht, es handelt sich nicht nur um Schulleistungen, es handelt sich um das gesamte gesellschaftliche Umfeld. Ich glaube, es wäre Ihnen in der Mitte des Hauses und Ihnen auf der SPD-Seite durchaus zuzumuten, einem Antrag auf Beratung dieses Antrags im Bildungsausschuss zuzustimmen.

(Beifall bei der PDS)

#### **Vizepräsidentin Ellenberger:**

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. So schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung, zunächst über die Überweisung des Antrags der Fraktion der PDS an den Bildungsausschuss. So frage ich Sie, wer der Überweisung an den Bildungsausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Wir stimmen jetzt über den Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/2041 konkret ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei einer Anzahl von Jastimmen mit großer Mehrheit abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11.

Wir kommen zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

#### **Reform der Deutschen Bundesbank föderal gestalten**

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2077 -

Herr Abgeordneter Krauß wird den Antrag begründen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU: Nein.)

Nein, ich bin verkehrt, Entschuldigung. Ich bin in der falschen Liste. Ich frage die antragstellende Fraktion: Gibt es den Wunsch auf Begründung? Nein, das ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Abgeordneten Dr. Müller ans Rednerpult.

#### **Abgeordneter Dr. Müller, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist vielleicht ein bisschen unglücklich, dass ich zuerst dran bin, weil mir die Intention des Antrags eigentlich aus der Begründung nicht hundertprozentig klar ist, aber gegebenenfalls komme ich dann noch einmal.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2001 eine Reihe von Gesetzen zur Reformierung des Finanzplatzes Deutschland vorgelegt. Folgende Gesetzentwürfe wurden auf den Weg gebracht und befinden sich in der parlamentarischen Beratung: das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank, das Gesetz über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht, das Finanzmarktförderungsgesetz, das Wertpapiererwerbs- und -übernahmegesetz und das Bundeswertpapierverwaltungsgesetz. Gegenstand des vorliegenden Antrags der CDU sind die vermeintlichen Auswirkungen des 7. Gesetzes zur Reform des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank, aber auch das Gesetz über eine integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht - kurz Allfinanz-Aufsicht genannt - wird gestreift, da beide Reformen eng miteinander zusammenhängen und auch im Bundestag und Bundesrat zusammen beraten wurden oder werden. Es gibt durchaus berechtigte und nachvollziehbare Kritiken an den Gesetzentwürfen der Bundesregierung. Diese Kritiken wurden in zahlreichen Stellungnahmen des Bundesbankpräsidenten, des Zentralbankrats, des Bundesrats und anderer geäußert. Diese Stellungnahmen werden letztlich, da das Bundesbankreformgesetz ein zustimmungspflichtiges Gesetz ist, zu einem tragbaren Kompromiss in der Sache führen. Das deutet sich bereits jetzt an. Die Kritikpunkte sind aus unserer Sicht jedoch nicht vordergründig parteipolitischer Natur, vielmehr spielen föderale Aspekte die dominierende Rolle. Ich weiß jetzt nicht, in welcher Form das politisch instrumentalisiert werden soll in Richtung Schwächung der Bundesbank und des Finanzplatzes Deutschlands, ich werde es abwarten.

Ich möchte nur einmal ein Szenario schildern. Herr Duisenberg lädt bei der Europäischen Zentralbank zu einer Beratung über wichtige Entscheidungen ein. Es geht ja darum, welchen Status die Landeszentralbanken noch haben. Herr Welteke müsste praktisch bei jeder zweiten Entscheidung sagen, ich muss erst einmal nach Hause fahren und die Länder fragen. Das ist natürlich ein Problem. Was bedeutet Stärkung der Zentralbank und was bedeutet Schwächung? Eine differenzierte Betrachtung ist erforderlich, so wie das z.B. der Präsident der Landeszentralbank Sachsen-Thüringen, Herr Milow, in seiner Stellungnahme an den Finanzausschuss des Bundestages getan hat. In dieser Stellungnahme werden Zielrichtung und Kernelemente der Reform befürwortet. Detailliert wird auf die Abstimmungsprozesse innerhalb der Europäischen Zentralbank eingegangen, die eine schnelle Reaktion vor Ort erfordern, was beispielsweise die Funktion des bisherigen Zentralbankrats obsolet werden lässt. Die Praxis hat hier wie in vielen Bereichen bereits die Gesetzgebung eingeholt und der Gesetzgeber vollzieht nur noch vollendete Tatsachen nach. Dies geht auch aus der Stellungnahme des Bundesbankpräsidenten hervor. Die Entscheidung für die Reformierung der Bundesbank ist schon vor Jahren mit der Errichtung der Europäischen Zentralbank getroffen worden. Mit dem Übergang der geldpolitischen Kompetenz auf die Gemeinschaftsebene war die jetzt in Angriff genommene Reform vorprogrammiert. Der vorliegende Antrag der CDU lässt somit zum Teil die Berücksichtigung tatsächlicher Entwicklungen vermissen. Ich darf hier einmal zitieren: "Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, das Bemühen um einen Konsens zwischen Bund und Ländern fortzusetzen und dabei gegenüber der Bundesregierung auch für den Verzicht auf die Zusammenlegung der Bundesaufsichtsämter für Kreditwesen, des Versicherungswesens und des Wertpapierhandels einzutreten." Ich muss natürlich an dieser Stelle auch nachfragen, was vom Grundsatz an einer Zusammenlegung solcher Behörden schlecht ist, denn wir haben ja Fusionen im tatsächlichen Bereich, im Bankensektor, im Versicherungssektor, zwischen Banken und Versicherungen. Schon aus haushalterischen Gründen müsste man darüber reden, was daran eigentlich schlecht sein sollte.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir erklären Ihnen das.)

Sehr geehrte Damen und Herren, aus den vorgenannten Gründen beantrage ich namens meiner Fraktion, den Antrag zur fachlichen Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Mohring, Sie haben als nächster Redner das Wort. Bitte schön.

#### **Abgeordneter Mohring, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Müller, Sie haben Recht, der Antrag eignet sich nicht zur parteipolitischen Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch ausdrücklich nicht gewollt. Wir sind uns in der Frage auch einig. Wir wollen das fortsetzen, was wir im November schon beantragt hatten. Dort ging es um die bundesstaatliche Finanzordnung und dort die Föderalismusprobleme, die in der Neuordnung auftreten. Wir wollen das mit diesem Antrag hinsichtlich der Bundesbankreform und der vorliegenden Novelle, die im Bundestag auch beraten wird, fortsetzen, weil wir meinen, dass die föderalen Aspekte, welche die Grundlage unserer Gesellschaftsform an sich sind, dass wir die Punkte, überall, wo wir mitentscheiden können, auch aufrecht erhalten werden. Wir meinen, dass bei der Novelle die Gefahr besteht, die derzeit auf Bundesebene beraten wird, dass diese föderalen Gesichtspunkte nicht genug Berücksichtigung finden. Sie wissen selbst, wir haben in Thüringen keine eigene Landeszentralbank. Wir sind schon in Partnerschaft mit einem Nachbarland. Wir sind deshalb sowieso schon an der Stelle - Beteiligung Landeszentralbank - nur noch in mittelbarer Partnerschaft verbunden. Es besteht die Gefahr mit dem Gesetz, was der Bundesfinanzminister vorgelegt hat, dass die Beteiligung auch aus Thüringer Sicht, deswegen beantragen wir es ja hier, an der Mitbestimmung in der Geldpolitik der Bundesrepublik Deutschland insgesamt noch weiter geschwächt wird. Sie wissen genauso gut wie ich, "Die Zeit" hat das im letzten Jahr argumentiert und in der Überschrift "Vertrauen ist die Grundlage in die Geldpolitik" gebracht. Das Vertrauen in unsere Geldpolitik in den letzten Jahrzehnten beruht im Wesentlichen auf der Landeszentralbankenstruktur und Bundesbankstruktur in Deutschland. Mit dem möglichen Gesetzentwurf, wenn er denn so verabschiedet würde, mit einer Kompensierung der Macht auf den Präsidenten der Bundesbank und der Schwächung der Kompetenzen der Landeszentralbanken, aber auch der Schwächung der Kompetenzen der Landeszentralbankenpräsidenten selbst sehen wir eine deutliche Gefahr, dass auch der Bankenplatz Deutschland insgesamt deutliche Schwächung und weniger Vertrauen erfährt. Wir sehen - das ist aber doch ein politisches Argument - mit dem Wust an Kompetenzen, den der Bundesbankpräsident künftig bekommen soll und mit dem parallelen Ereignis im Gesetzentwurf, dass künftig die Bundesregierung den Bundesbankpräsidenten selbst bestimmen kann, die Gefahr der politischen Einflussnahme. Diese Gefahr sehen wir deutlich, wir meinen, diese darf nicht eintreten und nicht Wirklichkeit werden. Vertrauen in Geldpolitik ist auch Vertrauen in die Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit der Stellung des Präsidenten war bisher durch die dezentrale Struktur gewährleistet und durch die Beteiligung der Landeszentralbanken am Zentralbankrat. Sie wissen, im Gesetzentwurf ist vorgesehen, den Zentralbankrat bei der Bundesbank abzuschaffen und durch

einen Vorstand zu ersetzen und in dem Vorstand die Beteiligung der Landeszentralbankenpräsidenten völlig auszuschließen. Das führt zu dieser Machtkonzentration. Mit der gleichzeitigen Bestellung durch eine Bundesregierung, welche auch immer, besteht die Gefahr der wirklich punktgenauen - so haben das auch Landeszentralbankenpräsidenten in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf im Bundestag formuliert - politischen Einflussnahme, weil nämlich eines auch im Gesetzentwurf geregelt wird, nämlich, dass Stabilitätspolitik künftig nur noch vom Präsidenten der Bundesbank selbst bestimmt werden soll. Vorher war eine Beteiligung im Zentralbankrat über die Mitbestimmung auch durch die Landeszentralbankenpräsidenten gesichert und die wiederum durch ihre Beteiligung in den Landeszentralbanken auf Länderebene. Das fällt weg. Künftig soll der Bundesbankpräsident allein die Beteiligung zur Stabilitätspolitik für Deutschland bestimmen und definieren und auch nach innen und außen vertreten. Diese Gefahr der Konzentration auf eine Person allein, die ist aus föderalen Gesichtspunkten unertragbar. Deshalb wollen wir wirklich mit unserem Antrag die Landesregierung bitten, darauf Einfluss zu nehmen, bis zur Gesetzesverabschiedung ihren Beitrag auch im Bundesrat zu leisten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Bundesbank zum einen gesichert ist, aber auch die Aufgabenfelder und die Kompetenzfelder der Landeszentralbanken gesetzlich verankert werden. Wir wollen, dass auch die gleichberechtigte Vertretung der Landeszentralbankpräsidenten im Bundesbankvorstand gesichert wird mit Stimmrecht und Mitverantwortung. Das ist ganz wichtig und darauf dringen wir in diesem Antrag. Wir wollen auch, dass das Kollegialprinzip in dem geplanten Vorstand auch künftig gesichert ist. Deshalb wollen wir ganz klar weg von einer zentralistischen Struktur aus der Bundesbank und weiterhin eine Stärkung der föderalen Struktur. Das ist umso wichtiger, weil Sie ja auch wissen mit Blick auf Basel 2 und neue Bewertungsrichtlinien, dass natürlich die Aufgabe der Vor-Ort-Kontrolle den Landeszentralbanken zufallen wird, um künftig Bewertungen vorzunehmen. Damit fällt eine neue Aufgabe den Landeszentralbanken zu und dies muss natürlich auch verbunden sein mit einer starken Verantwortung innerhalb der Bankenstruktur in Deutschland. Es geht aber nicht, wenn ich jetzt gleichzeitig eine Schwächung vornehme, eine Schwächung gibt es ja auch schon nominell. Sie wissen, dass im Gesetzentwurf vorgesehen ist, die Amtszeit der Landeszentralbankpräsidenten auf fünf Jahre zu verkürzen und die Amtszeit des Bundesbankpräsidenten auf acht Jahre festzuschreiben. Allein dieser Unterschied in der Amtszeit und der Verkürzung der Amtszeit bei den Landeszentralbankpräsidenten auf der einen Seite und Verlängerung oder Beibehaltung auf acht Jahre beim Bundesbankpräsidenten sichert den Landeszentralbanken keine gleiche Verantwortung in der Geldpolitik in Deutschland zu. Die können nicht mehr auf gleicher Ebene verhandeln und auf gleicher Augenhöhe auch die Länderinteressen vertreten. Das geht nicht, weil sie genauso gut wissen, kürzere Amtszeiten haben natürlich auch zur Folge, dass eher Wechselwirkungen eintreten und natürlich eine andere Politik betrieben wird. Es ist ganz wich-

tig, dass eine Dauerhaftigkeit und Verstetigung in der Geldpolitik in Deutschland vorherrscht. Mit der Schwächung auch bei der Amtszeit bei den Präsidenten ist diese Gefahr gegeben. Sie muss ja nicht eintreten, aber wir meinen aus föderalen Gesichtspunkten sollten wir auch aus Interesse des Landes Thüringen, eines jungen Landes, dafür werben und dafür sorgen, dass das Vertrauen nach innen und nach außen, also in Deutschland selbst, aber auch von außen, in die Bankpolitik von Deutschland weiter gefestigt und nicht geschwächt wird. Dass wir an diesem besonderen System - und das ist ja ein besonderes System, unsere föderale Struktur - auch im Bankenbereich festhalten und wir dafür werben und eintreten, dass auch unsere Kompetenzen und mittelbare Beteiligung selbst aus diesem Haus heraus in irgendeiner Form noch mitgesichert ist. Das steckt ja auch am Ende dahinter. Dafür werben wir mit dem Antrag. Wir meinen, dass natürlich genauso gut Ihre Partei, aber auch unsere, vor allen Dingen, und das ist unsere Bitte hier die Regierung selbst im Bundesrat Einfluss nimmt. Der Bundesrat hat ja schon mal einhellig zum Gesetz Stellung genommen und hat auch gesagt, wir wollen dieses Gesetz in dieser Form nicht haben. Darum muss man festhalten, man muss jetzt darauf Einfluss nehmen bevor es zur Verabschiedung kommt, dass gar nicht erst eine Schwächung eintritt. Das ist ein schwieriger Prozess, deswegen haben wir jetzt die Initiative hier noch einmal ergriffen und hoffen, dass unsere Vorschläge, die auch andere Landtage in ähnlicher Form äußern, mit einfließen und dass der Bundesfinanzminister - da werde ich politisch -, so lange wie er es noch ist, auch hoffentlich das Gehör der Länder aufnimmt und sagt am Ende, ich will auch die föderale Struktur in Deutschland aufrecht erhalten und ich will die Landeszentralbanken auch in der Bundesbank weiter sichern und will meinen Beitrag hierzu leisten. Dafür hoffen wir und werben deshalb um Zustimmung für diesen Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Abgeordneter Huster, Sie haben das Wort.

#### **Abgeordneter Huster, PDS:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein erster Gedanke beim Überfliegen des Antrags war, dass man dem durchaus zustimmen kann, auch wenn er in der Begründung ein wenig zu theatralisch und letztlich auch etwas populistisch ist. Es macht allerdings nichts, weil wir über den Antragstext abstimmen und nicht über die Begründung. Dann sollte man den Antrag studieren. Bei den Punkten 1 bis 6 war ich überrascht, dass ausgerechnet die CDU solch einen Antrag stellt. Möglicherweise liegt das daran, dass Herr Eichel Mitglied der SPD ist. Der von ihm kritisierte Entwurf basiert auf dem Ergebnis einer Expertenkommission unter Leitung von Herrn Pöhl, dem Ex-Bundesbankpräsidenten. Ich bin ziemlich sicher, dass auch ein Herr Waigel diesen Entwurf so ein-

gebracht hatte. Dann wäre wahrscheinlich ein Antrag von der SPD hier gekommen. Wenn das tatsächlich Ihre Motive waren, dann sind das alberne Spielchen. Ich bin bekanntlich PDS-Mitglied und deshalb interessiert mich vor allem, was in diesem Gesetzentwurf drinsteht und nicht, wer ihn gemacht hat.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Was steht nun also drin? In diesem so genannten Entwurf des Siebten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank steht drin, mit einem Satz, dass Demokratie umständlich ist. In der Begründung des Entwurfs finden sich dann doch tatsächlich solche Sätze wie, wenn ich zitieren darf: "Der mühsame Koordinierungsprozess entfällt. Der Vorstand kann Weisungen erteilen, die für die Hauptverwaltung verbindlich sind. Die Landeszentralbankpräsidenten sind deshalb nicht im Vorstand vertreten." Also insofern, Herr Mohring, das ist in Ihrer Kritik völlig zu stützen, was Sie hier gesagt haben. Ich finde, dass die Intention dieses Entwurfs unglaublich ist. Während sich die Landtagspräsidenten um eine Stärkung des Föderalismus bemühen, das Thema hatten wir gestern schon gehabt, da kommt uns die Bundesregierung mit so etwas. Natürlich ist es einfacher, wenn einer alles allein entscheiden kann und sich nicht erst mit neuen Landesbankpräsidenten abstimmen muss, aber um welchen Preis, ist doch hier die Frage. Was hier versucht wird, kann man sicher nicht mehr mit demokratischem Zentralismus umschreiben, sondern man müsste eher von undemokratischem Zentralismus reden. Wenn sich die Landesregierung im Bundesrat gegen diesen Entwurf wehrt, dann tut sie dies auch im Namen der PDS-Fraktion, das kann ich schon klar sagen. Ich sagte eingangs, dass man eigentlich diesem Antrag zustimmen könnte. Dann allerdings, und das ist schon benannt worden, hier steht unterhalb der Textziffer 6 ...

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister)

Herr Trautvetter, das habe ich auch schon überlegt. Das ist Ihnen dann richtig peinlich, wenn Sie dann ... Wie wollen Sie das Eddi erklären, dass Sie einen Gesetzentwurf ablehnen und sagen müssen, das hat aber in meinem Hause die PDS mitgetragen. Das ist eher für Sie schwierig, das räume ich ein.

Zu dem Absatz unter 6., der nun problematisch ist. Da ist schon die Frage, Herr Mohring, an Sie zu stellen, warum Sie den Zusammenschluss der drei Bundesämter Kreditwesen, Versicherungswesen und Wertpapierhandel verhindern wollen? Das geht aus Ihrer Begründung jedenfalls nicht klar hervor. In dem von Ihnen genannten Gesetzentwurf ist die Bankenaufsicht überhaupt nicht berührt. Dafür gibt es aber einen anderen Gesetzentwurf der Bundesregierung mit dem Namen "Gesetz über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht". Dort ist vorgesehen oder geregelt, dass die drei Bundesämter organisatorisch zusammengefasst werden sollen. Nun liegt es ja daran, wie

wir Realität umschreiben. Ich glaube, die Realität ist, dass die Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister enger denn je zusammenarbeiten und bereits als Allfinanzkonzerne am Markt tätig sind, und dass wir endlich auch von der Aufsichtsseite entsprechend reagieren müssen. Die Bildung einer Allfinanzaufsicht ist unseres Erachtens folglich genau richtig, und da gehen wir mit Ihrem Antrag nicht mit. Eigentlich, muss man sagen, ist dieser Schritt sogar noch zu wenig. Die Allfinanzkonzerne arbeiten bekanntlich europaweit, wenn nicht weltweit. Es wäre mindestens eine europaweite Allfinanzaufsicht erforderlich. Früher oder später werden die nationalen Befindlichkeiten auf dem Gebiet der Bankenaufsicht fallen gelassen. Da muss man kein Prophet sein, dass so die Zukunft aussieht, das sage ich ganz deutlich in Richtung der CDU-Fraktion, die ja sonst immer auf dem Laufenden der Entwicklung sein wollen. Mit ihrem Antrag sind Sie es in diesem Punkt tatsächlich nicht.

Ich fasse mal kurz zusammen: Ihr Antrag ist in Teilen sehr gut und in Teilen total falsch. Den föderalen Aspekt der Bundesbank wollen wir natürlich nicht verlieren, das ist unstrittig. Aber mit unserer Zustimmung zum vorliegenden Antrag würden wir die dringend notwendigen Änderungen bei der Bankenaufsicht ablehnen und das wollen wir nicht. Insofern ist das zu stützen, was Herr Müller vorgeschlagen hat, wir sollten uns tatsächlich die Zeit nehmen und im Haushalts- und Finanzausschuss über Ihren Antrag noch mal reden. Ich denke, wir würden auch ohne größere Zeitverzögerung zu einem akzeptablen Ergebnis kommen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Minister Trautvetter, bitte schön.

**Trautvetter, Finanzminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dankbar, dass mit dem Antrag der CDU-Fraktion an die Auffassung der Landesregierung angeknüpft wird, die wir zur Frage der Reform der Deutschen Bundesbank in mehreren Verlautbarungen, aber auch und gerade im Bundesrat vertreten haben. Wenn Herr Huster hier sagt, dass die Expertenkommission unter der Leitung eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten ein Ergebnis vorgelegt hat, da wundert mich diese zentralistische Struktur als Expertenmeinung überhaupt nicht. Sie ist immer am Amt ausgerichtet und wer einmal Präsident ist, der wird natürlich das präsidiale Amt stärken wollen. Aber eine Frage kann ich Ihnen beantworten. Ich weiß, was Waigel getan hätte, der hätte nämlich zuerst mit den Ländern geredet und hätte sich zuerst mit den Ländern geeinigt. Dann hätten wir diesen Streit überhaupt nicht und dann wäre nämlich ein einvernehmlicher Entwurf zwischen Bund und Ländern vorgelegt worden und wäre wahrscheinlich auch schon längst verabschiedet. Natürlich habe ich auf

der einen Seite die Strukturreform, auf der anderen Seite die zukünftigen Regelungen über die Bankaufsicht durch das Gesetz über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht. Aber alle Gesetzentwürfe werden das Land Thüringen und die Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen mit ihren Hauptstellen in Erfurt, Gera und Meiningen im besonderen Maße berühren. Da darf man ja vielleicht auch noch einmal daran erinnern, der Vorläufer der Deutschen Bundesbank, die am 26.07.1957 gegründet worden ist, war die Bank deutscher Länder, eine Einrichtung der Länder. Die Bundesbank ist dezentral organisiert, weil den Landeszentralbanken Vorbehaltszuständigkeiten eingeräumt sind und die Präsidenten der Landeszentralbanken sind über den Zentralbankrat im Leitungsgremium der Bank vertreten. Das ist eine stark föderalistische Struktur, weil der Bundesrat das Vorschlagsrecht für die Stellung der Landeszentralbanken besitzt. Natürlich wird Herr Welteke nicht die Länder fragen müssen für eine Entscheidung, er wird aber vielleicht für manche Entscheidung den Landeszentralbankpräsidenten fragen müssen. Wir haben nur das Vorschlagsrecht für die Position und wenn ein Landeszentralbankpräsident im Amt ist, übt er das genau in der gleichen Unabhängigkeit aus wie der Bundesbankpräsident. Mir ist in den letzten sieben Jahren nicht eine einzige Entscheidung bekannt, wo Herr Prof. Dr. Siebert oder Dr. Milow einmal in Dresden oder Erfurt angerufen hätten für eine Entscheidung. Das geht auch nicht, denn dazu sind sie unabhängig. Also, die Sorgen, Herr Dr. Müller, sind etwas unberechtigt, dass der Bundesbankpräsident in Abhängigkeit der Länder gerät. Den Landeszentralbankpräsidenten kommt eine wichtige Stellung im Gefüge der Deutschen Bundesbank zu über die Mitgliedschaft im Zentralbankrat, in dem Leitungsgremium, das die Geschäftspolitik der Bank bestimmt. Die Mitglieder dieses Leitungsgremiums werden von der Bundesregierung vorgeschlagen und damit gewährleistet diese Struktur die weit gehende Unabhängigkeit der pluralistisch zusammengesetzten Mitglieder des Leitungsgremiums.

Der Entwurf der Bundesregierung zur Deutschen Bundesbank will dies ändern. Der Zentralbankrat und ein weiteres Organ der Bank sollen durch ein neues Leitungsgremium, den Vorstand, ersetzt werden. In diesem Vorstand sind keine Landeszentralbankpräsidenten mehr vertreten. Er soll vielmehr lediglich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Bundesbank nebst vier weiteren Mitgliedern bestehen. Die weiteren Mitglieder werden vom Präsidenten im Einvernehmen mit der Bundesregierung bestellt. Da die Bestellung des Präsidenten wie des Vizepräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung erfolgt, ist den Ländern jegliche Einflussmöglichkeit auf die Besetzung des Leitungsgremiums genommen. Der Präsident der Deutschen Bundesbank ist in diesem Gesetzentwurf die zentrale Figur und die Kollegen im Vorstand sind vom Präsidenten abhängig, da sie von ihm selbst ausgesucht werden. Das ist natürlich eine effektive Struktur, aber ein Schelm, wer Böses dabei denkt, denn die Stärkung des Präsidenten geht mit der Schwächung der

Stellung der Präsidenten der Landeszentralbanken einher. So sollen nach dem Gesetzentwurf die Präsidenten ausdrücklich dem Vorstand der Bundesbank unterstellt werden. Hinzu kommt noch, dass nach dem Gesetzentwurf die Bestellung der Landeszentralbankpräsidenten vom Einvernehmen des Bundesbankpräsidenten abhängig sein soll und damit wird auch der Bundesrat geschwächt, der nach geltendem Recht allein die Landeszentralbankpräsidenten zur Bestellung vorschlägt. Aber es geht eigentlich nicht nur um die Personen in den Leitungsgremien. Auch die Landeszentralbanken selbst werden durch den Gesetzentwurf geschwächt. So werden die bislang gesetzlich vorbehaltenen Zuständigkeiten im Gesetzentwurf nicht übernommen und durch das Weisungsrecht des Präsidenten der Deutschen Bundesbank in Sachfragen wird seine Machtfülle zunehmend verstärkt. Die zentrale Stellung des Präsidenten der Deutschen Bundesbank erleichtert es der Bundesregierung, ihre Ansicht von Geldpolitik in der Deutschen Bundesbank durchzusetzen. Geldpolitik könnte so zu einem Instrument staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik verkommen und die in Artikel 108 EG-Vertrag verlangte Unabhängigkeit des Bundesbankpräsidenten beeinträchtigen.

Meine Damen und Herren, eine zentrale Organisationsstruktur der Deutschen Bundesbank führt nicht zu größeren Kosteneinsparungen. Die Deutsche Bundesbank hat etwa 15.000 Mitarbeiter und von diesen Mitarbeitern sind rund 2.500 in der Dienststelle des Direktoriums tätig. Die übrigen Mitarbeiter sind bei den Landeszentralbanken beschäftigt, in Sachsen und Thüringen ca. 1.000 Mitarbeiter. Ein Großteil der Aufgaben im Kreditgeschäft zwischen der Deutschen Bundesbank und den regionalen Kreditinstituten im Rahmen des baren und unbaren Zahlungsverkehrs und in Zusammenarbeit mit dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen bei der Bankaufsicht werden in den Landeszentralbanken erledigt. Die Organisation der Bundesbank entspricht der dezentralen Organisation der deutschen Kreditwirtschaft und wesentliche Einsparungen können daher nicht erzielt werden, ohne die Erfüllung der Aufgaben zu beschränken. Letztlich handelt es sich um eine betriebswirtschaftliche Frage, die unabhängig von der Organisationsform beantwortet werden muss.

Die Bundesregierung unterschätzt die Rolle, die den Landeszentralbanken bei der Vermittlung der europäischen Geldpolitik und dem Aufbau von Vertrauen in die gemeinsame Währung zukommt. In einem großen Flächenstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist es von besonderer Wichtigkeit, dass das Leitungsgremium der Deutschen Bundesbank über die sehr unterschiedlichen Wirkungen auf die Region informiert ist, in besonderer Weise gilt das für die Wirtschaftsstruktur der neuen Länder. Die Kommunikation in der Fläche kann nur durch Personen erfolgen, die unmittelbar im Leitungsgremium Verantwortung tragen und sich aufgrund ihrer Eigenständigkeit im Leitungsgremium Gehör verschaffen können. Nur eine dezentrale Organisation der Bankaufsicht über die mehr als 3.600 Kreditinstitute kann schließlich eine ortsnahe,

wirksame und rationale Aufgabenerledigung gewährleisten. Die maßgebliche Mitwirkung der Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen an der Bankaufsicht soll deshalb erhalten bleiben und eine Zentralisierung sämtlicher Hoheitsakte bei einer Behörde hält die Thüringer Landesregierung für unzumutbar.

Die Thüringer Landesregierung lehnt daher die Gesetzesvorlage der Bundesregierung ab. Sie hat die mehrheitlich ablehnende Stellungnahme des Bundesrats vom 13.07.2001 unterstützt und zusammen mit der sächsischen Staatsregierung hat sich die Landesregierung auf der gemeinsamen Kabinettsitzung am 18.09. letzten Jahres für den Erhalt einer föderalen Struktur der Deutschen Bundesbank ausgesprochen. Beide Landesregierungen halten es insbesondere für erforderlich, dass erstens die Landeszentralbankpräsidenten im Bundesbankvorstand mitverantwortlich beteiligt werden; zweitens, den Landeszentralbanken feste gesetzliche Zuständigkeiten zugewiesen werden; drittens, die maßgebliche Mitwirkung der Landeszentralbanken an der Bankaufsicht erhalten bleibt und ihre Befugnisse zum Erlass von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen und der Entscheidungskompetenz für regionale Kreditinstitute ausgeweitet werden; viertens, der Gesetzentwurf gemeinsam mit dem Gesetzentwurf über die integrierte Finanzdienstleistungsaufsicht behandelt wird; fünftens, die Landeszentralbank für den Bereich der Freistaaten Sachsen und Thüringen fortbesteht. Denn auch das ist für uns ein regionalpolitisches Thema. Sollte es in Zukunft nur noch fünf Landeszentralbanken geben, dann weiß jeder, dass für Ostdeutschland nur ein Standort übrig bleibt und dann gibt es den großen Kampf zwischen Leipzig und Berlin.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Reform der Deutschen Bundesbank, wie sie im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen ist, ist abzulehnen. Sie würde der föderalen Struktur Deutschlands und der dezentralen Struktur der deutschen Kreditwirtschaft nicht gerecht und sie verkennt die Rolle, die den Landeszentralbanken bei der Schaffung von Vertrauen in die gemeinsame Währung zukommt. Daher pflichtet die Landesregierung der im Antrag der CDU-Fraktion dargelegten Auffassung bei, weiterhin für die Beibehaltung der dezentralen Bundesbankstruktur und der Bankaufsicht bei den Landeszentralbanken einzutreten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Es hat noch einmal Herr Abgeordneter Müller ums Wort gebeten.

**Abgeordneter Dr. Müller, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es war schon abzusehen, dass ich noch einmal vorkommen muss, weil jetzt einige Dinge schon klarer sind als das vom Antrag her abzulesen war. Es handelt sich hier nicht um einen

AB-Konflikt, damit das auch klar gesagt ist. Es ist eigentlich ein fachliches Thema, was normalerweise nicht in diesem Gremium hier diskutiert werden kann. Deswegen hatten wir ja Ausschussüberweisung beantragt. Aber wenn das nicht sein soll, muss ich ja dann noch einmal meine Frage stellen. Ich sehe diese Föderalismusstruktur und die Bedeutung ein. Meine Frage war vorhin: Schwächen wir damit nicht den Deutschen Bundesbankpräsidenten in der EZB? Denn die geldmarktpolitischen Entscheidungen werden doch wohl - soweit ich weiß - neustens von Herrn Duisenberg verkündet. Wir sind doch eine Ebene darüber. Das ist mein Problem, passiert da etwas. Natürlich bin ich auch nicht dafür, dass wir unsere Landeszentralbank Sachsen-Thüringen verlieren. Das ist auch klar. Aber meine Bedenken - vielleicht könnten Sie noch etwas zu dem Punkt sagen.

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Wollen Sie, Herr Minister? Bitte schön.

**Trautvetter, Finanzminister:**

Die Frage lässt sich leicht beantworten. Der jetzige Bundesbankrat ist ein Kollegialorgan; der zukünftige Vorstand ist auch ein Kollegialorgan. In dem zukünftigen Vorstand hat der Bundesbankpräsident mehr Rechte als heute. Das ist ganz klar. Die Rechte des Präsidenten sind gestärkt. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob etwas föderal dezentral organisiert ist oder ob es zentral organisiert ist. Die Entscheidungen werden letztendlich immer in diesem Kollegialorgan getroffen. Nur, wie dieses Kollegialorgan berufen wird, das ist unsere Kritik. Wir wollen, dass die föderale Struktur erhalten bleibt und dass der Bundesrat ein Mitspracherecht hat für dieses Kollegialorgan Bundesbank. Das ist der einzige Unterschied.

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Jetzt gab es noch eine Nachfrage von Herrn Huster.

**Abgeordneter Huster, PDS:**

Herr Finanzminister, ich habe vorhin vergessen, das zu fragen, aber ich habe das in Ihrer Rede nicht vernommen, warum Sie aber gegen die Bildung dieser, ich sage es einmal, Allfinanzaufsicht sind, dazu haben Sie, glaube ich, noch nichts gesagt.

**Trautvetter, Finanzminister:**

Meinen Sie, dass man von Frankfurt aus ein europäisches großes Kreditinstitut in London kontrollieren muss? Dann sage ich Ihnen: Ja. Aber meinen Sie auch, dass man von Frankfurt aus -, denn die Mehrheit der 3.600 Kreditinstitute sind Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken, das sind nämlich die kleinen Regionalbanken, dann sage ich Ihnen: Nein.

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS: Aber sind sie nicht näher dran?)

Die Frankfurter sind nicht näher dran an der Sparkasse in Erfurt und in Gera und in Meiningen. Ich glaube, da ist die Sparkassenaufsicht bei den Landeszentralbanken gut aufgehoben.

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann ich die Aussprache schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Jetzt ging es erst einmal noch um Ausschussüberweisung. Der Antrag bleibt auch aufrecht erhalten? Gut, dann stimmen wir zuerst das ab. Wer für die Überweisung des Antrags in Drucksache 3/2077 stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist abgelehnt.

So können wir über den Antrag direkt abstimmen. Wer für den Antrag stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen und Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12 und rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf

**Zukunft der Fernwasserversorgung in Thüringen**

Antrag der Fraktion der CDU  
- Drucksache 3/2079 -

Herr Krauß wird den Antrag begründen.

**Abgeordneter Krauß, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zukunft der Fernwasserversorgung in Thüringen, ein Antrag der CDU-Fraktion. Nicht zum ersten Mal befassen wir uns hier in diesem Plenum mit dem Thema der Fernwasserversorgung. Eigentlich schon seit dem Beschluss 1995 zum Weiterbau der Talsperre Leibis zieht sich das Thema "Wasser- und Fernwasserversorgung" mehr oder weniger deutlich durch unsere politische Diskussion. Wir sind interessiert an pragmatischen Lösungen, die dauerhaft die Versorgung in Thüringen mit qualitativ hochwertigem Fernwasser zu akzeptablen und vor allen Dingen zu marktfähigen Preisen garantieren. Dass von der Opposition dieses Thema nun mittlerweile für Presseshowveranstaltungen genutzt wird, ist der Sache sicher nicht dienlich. Die Suche nach guten, vernünftigen und auch bezahlbaren Lösungswegen sollte eigentlich Anliegen aller Abgeordneten sein.

(Beifall Abg. Carius, CDU)

Ich glaube aber, dazu neigen einige unserer Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition zu sehr zum Ausleben ihrer Profilneurosen. Wir werden auch in dieser Aussprache dieses Faktum wieder erleben. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Das nehmen Sie an.)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Zunächst hat Herr Minister Sklenar ums Wort gebeten. Aber Sie bestätigen meine Annahme, es ist kein Sofortbericht?

(Zuruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Der kommt schriftlich.)

Gut, ich muss das doch fürs Protokoll wissen.

**Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:**

Das ist richtig, Frau Präsidentin, das ist vollkommen in Ordnung. Wir geben hier einen ganz normalen Bericht.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Thüringer Landtag hat in der 46. Sitzung am 15. Juni 2001 den Bericht der Landesregierung vom 21. Mai 2001 zur Zukunft der Fernwasserversorgung im Freistaat Thüringen - Drucksache 3/1602 - beraten und im Ergebnis die Landesregierung gebeten, regelmäßig über die Gespräche und Verhandlungen mit den an der Fernwasserversorgung beteiligten Unternehmen zu berichten.

Nach dem ersten Zwischenbericht am 11. Oktober 2001 liegt Ihnen nunmehr der zweite Zwischenbericht der Landesregierung vom 28. November 2001 in Drucksache 3/2078 zur Zukunft der Fernwasserversorgung mit den bisherigen in den Vorgesprächen erreichten Ergebnissen in den gemeinsamen Verhandlungseckpunkten für die weitere Fusionsverhandlung vor. So stehen nunmehr insgesamt drei detaillierte schriftliche Berichte zur eingehenden parlamentarischen Diskussion zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wäre sehr froh und sehr glücklich darüber, wenn jeder Abgeordnete sich an diese Berichte und vor allen Dingen an dessen Inhalt auch erinnern könnte und das dementsprechend auch aufnehmen würde, um dann in einer sachlichen Diskussion über diese Informationen, die dort gegeben werden und worden sind, zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch nicht so vermessen, zu sagen, es gäbe keine Fragen mehr, bei weitem nicht. Aber beim Studium dieser Informationen in der Drucksache dürfte eigentlich jedem klar sein, dass die Landesregierung ihrer Informationspflicht nachkommt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich immer wieder erstaunt, welche Falschmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten doch immer wieder abgesetzt werden.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Aber nicht zu beiden.)

Deshalb ist es falsch - Herr Wunderlich, genauso - zu behaupten, der Bau der Talsperre Leibis führe zu einer Kapazitätsaufweitung des Rohwasserdargebotes auf 110 Mio. m<sup>3</sup>. Sie wissen ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, die das behaupten, dass es unabdingbar ist, das Talsperrensystem Weida/Zeulenroda-Lössa aus der Trinkwasserbereitstellung herauszunehmen. Dass es eine ganze Reihe Vorschläge gibt, dies lieber heute als morgen zu tun, einmal weil es sehr schwierig ist, aus diesem Talsperrensystem ordnungsgemäßes, ordentliches, qualitätsgerechtes Trinkwasser zu erzeugen und zum anderen für die dortige Region eine Möglichkeit zu schaffen, mit diesem System an Seen ein Erholungszentrum zu schaffen, um dort eine ganze Menge für die Infrastruktur zu tun. Es geht eben nicht, obwohl dort bereits ein Hotel gebaut worden ist und man gern segeln möchte und natürlich möchte man auch im Freien baden, dass wir dem zustimmen können, weil damit die Qualität des Wassers noch weiter verschlechtert werden würde. Sie wissen auch, dass das Rohwasserdargebot aus diesem Talsperrensystem ca. 30 Mio. m<sup>3</sup> beträgt und so brauchen wir nicht erst die PISA-Studie zu bemühen, um dann auszurechnen, wenn dieses System herausgeht, dass es keine 110 Mio. m<sup>3</sup> mehr sind, sondern nur noch rund 80.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wäre auch sehr dankbar, wenn in den anderen Punkten auch immer dabei geblieben würde, was man liest und wie man informiert wird. Ich denke hier z.B. daran, dass es auch nicht wahr ist, dass die Studie der Unternehmensberatung Kienbaum nicht bekannt wäre und nicht darüber gesprochen worden wäre. In ausführlicher Weise wurde am 21.09.2001 im Umweltausschuss in einer vertraulichen Beratung diese Studie vom Autor selbst eingehend vorgestellt und jeder hatte Gelegenheit nachzufragen, und es ist auch, Herr Gentzel, und ich erneuere hier das Angebot noch mal, das Angebot gemacht worden, wenn es noch Fragen dazu gibt, dass weitere Veranstaltungen in dieser Art und Weise durchgeführt werden können. Ich finde, das ist kein guter Stil, wenn solche Angebote gemacht werden, dass man das einfach verdrängt oder vergisst und sagt, dies wäre nicht so. Aber, meine Damen und Herren, wer fordert, betriebs-

wirtschaftliche Daten öffentlich zu diskutieren, hat Datenschutz einerseits und marktwirtschaftliche Dynamik andererseits noch nicht verstanden. Sie wissen alle selbst, wir sprechen nicht zum ersten Mal hier in diesem Gremium darüber, dass die Erörterung unternehmensbezogener betriebswirtschaftlicher Daten nur nach den Regeln des § 78 Abs. 5 und 6 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags erfolgen kann.

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

Dies ist so selbstverständlich, dass es keiner weiteren Erörterung mehr bedarf. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss auch ganz einfach sagen, wir müssen aufpassen bei dieser Thematik, wir wollen nach wie vor, und ich hoffe, dass es hier in diesem Haus auch jeder andere möchte, dass wir die Trinkwasserversorgung in kommunalen Händen belassen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass es genügend private Anbieter gibt oder genügend Private gibt, die hier an der Tür stehen und anklopfen, um dieses zu übernehmen und dann dementsprechend zu vermarkten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Fernwasserzweckverband Nord- und Ostthüringen und die Thüringer Talsperrenverwaltung haben unter der Leitung des Ministeriums am 12. Dezember 2001 die Fusionsverhandlungen aufgenommen. Sie werden seit dem 9. Januar 2002 wöchentlich zügig fortgesetzt. Gemeinsames Ziel ist es, bis zum 1. Januar 2003 die Fusion mit der Maßgabe der Entschuldung durch das Land wirksam zu vollziehen. Der Fernwasserzweckverband Süd beteiligt sich nicht an den Fusionsverhandlungen und hat seinen diesbezüglichen Verbandsbeschluss vom 13. September 2001 in der Verbandsversammlung am 18. Januar 2002 noch mal einstimmig bestätigt. Der Verband vertritt die Auffassung, einen wettbewerbsfähigen Preis gleicher Größe, möglicherweise sogar niedriger als 0,61 € aus eigener Kraft zu erreichen. Entsprechende Berechnungen liegen allerdings bisher nicht vor, so dass diese Aussagen in ihrem Gegensatz zu den Berechnungen des Beratungsunternehmens nicht nachvollzogen werden können. Ich möchte aber hier nochmals betonen, die Fusionsverhandlungen sind freiwillig, es wird keiner gezwungen, diese Verhandlungen mit aufzunehmen, aber sie stehen jedem offen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das vorliegende Untersuchungsergebnis der von der Landesregierung beauftragten Kienbaum Management Consultants GmbH, die Vorgespräche und die bisherigen Fusionsverhandlungen bestätigen, dass nur durch die Fusion der beteiligten Unternehmen bei gleichzeitiger Entschuldung durch das Land auf Dauer ein wettbewerbsfähiger Fernpreis von rund 0,61 € erreicht und damit die Zukunftsfähigkeit der Fernwasserversorgung im Freistaat Thüringen gesichert werden kann. Mit diesen Daten, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurden nun neue Ideen ins Gespräch gebracht, eine Entschuldung der einzelnen Unternehmen jeweils für sich bei Verzicht auf eine Fusion. Meine sehr

verehrten Damen und Herren, dieses Modell erreicht nicht das gewünschte Ziel. Es würden, da diese Lösung auf die Neugründung eines Unternehmens verzichtet, aus den jeweils unternehmensbezogenen Einnahmen als Ergebnis der Entschuldung Steuern im Umfang von rund 40 Mio. € fällig. Fusion im Zusammenhang mit Entschuldung heißt, und hierzu verweise ich auf den Bericht der Landesregierung vom 21. Mai 2001 Sicherung der Trinkwasserversorgung für ca. 1,36 Mio. Bürger und damit für über 50 Prozent der Bevölkerung unseres Landes einschließlich der in den Regionen angesiedelten Unternehmen zu jeder Zeit nach Menge und Qualität. Um es noch einmal zu verdeutlichen, es geht immerhin in der Zukunft um Bereitstellung und Lieferung von Roh- und Fernwasser im Umfang von ca. 55 bis 60 Mio. m<sup>3</sup> pro Jahr an die kommunalen Aufgabenträger der Wasserversorgung und damit um die Bereitstellung von rund einem Drittel des gesamten Trinkwasserbedarfs unseres Landes. Wer anderes behauptet, verkennt die Bedeutung der Fernwasserversorgung für den Freistaat Thüringen, stellt die Sicherheit der Trinkwasserversorgung jetzt und für die Zukunft in unserem Land infrage. Dadurch wird zu leicht Tür und Tor geöffnet für vernebelte Diskussionen, die das angestrebte Ziel einer durchgreifenden Senkung des Fernwasserpreises verdecken. Nur fremden Interessen von Privatisierern und Liberalisierern auf dem Thüringer Wassermarkt würde so der Weg frei gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fusionsverhandlungen sind in vollem Gange; sie sollten nicht gebremst werden. Die Landesregierung und das Land sind bereit, ihren Beitrag für die vorgesehene Fusion zu leisten und werden die einmalige Chance einer dauerhaften Stabilisierung der Fernwasserversorgung fördern und finanziell unterstützen. Ich sage aber auch ganz deutlich, dass die vorgesehene Entschuldung durch das Land nur eine Seite der Medaille im Fusionsprozess ist. Es bedarf der Anstrengung aller Beteiligten, damit sich die mit der Fusion angestrebten Erfolge und hier insbesondere die maximal preisreduzierende Wirkung für das Fernwasser und damit ein wettbewerbsfähiger Fernwasserpreis auch einstellen. So, wie vom Land die Bereitschaft zu einer durchgreifenden Entschuldung im Rahmen einer Fusion besteht, so ist auf der kommunalen Seite der Solidargedanke jetzt und nicht nur gelegentlich gefordert. Diese Solidarität, die dem Verbandswesen zugrunde liegt und von allen regelmäßig hochgehalten wird, bedarf nun des praktischen Beweises. Dabei ist es notwendig, das eine oder andere durchaus verständliche kommunale Verbandsinteresse auf den Prüfstand zu stellen und sich in die Lage derjenigen zu versetzen, die nicht nur teilweise oder zeitweise, sondern ausschließlich und dauerhaft auf eine funktionsfähige Fernwasserversorgung angewiesen sind.

Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, den bisher auf der Basis Ihrer Beschlüsse eingeschlagenen Weg der Landesregierung, der beteiligten Verbände und der Talsperrenverwaltung weiterhin kritisch aber auch unterstützend zu begleiten, damit die Fu-

sion zum 01.01.2003 letztlich zum Vorteil unserer Bürgerinnen und Bürger im Lande wirkungsvoll vollzogen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Becker, Sie haben heute erneut die Möglichkeit, zusammen mit der CDU-Fraktion zu stimmen,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da möchte ich ...)

damit die Landesregierung gebeten wird, ein Finanzierungskonzept für die Entschuldung voranzutreiben und vorzulegen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das waren die Chancen ...)

Herr Gentzel, es geht doch um etwas ganz anderes. Ich glaube, Frau Becker könnte sich damit den Wunsch erfüllen, den sie in der letzten Fernsehsendung ausgesprochen hat, stärker mit an diesen Prozessen beteiligt zu sein, denn dann wäre sie ja stärker daran beteiligt, und ich kann Sie nur bitten, die Gelegenheit wahrzunehmen und unserem Antrag zuzustimmen. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ellenberger:**

Das wird uns Frau Becker jetzt bestimmt gleich sagen. Bitte, Frau Becker, Sie haben das Wort.

(Unruhe bei der CDU)

#### **Abgeordnete Becker, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, dem Antrag der CDU-Fraktion kann seitens der SPD-Fraktion leider nicht zugestimmt werden.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Schade.)

Natürlich, mit den ersten beiden Punkte sind ja vollkommen d'accord, darüber brauchen wir nicht zu reden, das ist ja auch nur eine Voraussage und eine Arbeitsaufgabe an Sie, Herr Minister, da können wir immer zustimmen. Aber im Wesentlichen sprechen drei Gründe dagegen. Der Antrag geht davon aus, dass eine Fusion der Fernwasserzweckverbände und der Talsperrenverwaltung noch in diesem Jahr stattfindet, obwohl die Entscheidungsträger in den Kommunen und in den einzelnen Zweckverbänden, Herr Minister, den Inhalt der Kienbaum-Studie nicht kennen. Ohne Fusion will man in der CDU keine Garantie für den versprochenen Fernwasserpreis von 62 Cent übernehmen. Es sind 62 Cent, Sie haben falsch umgerechnet. Zusammen mit der Verweigerung der Entschuldung soll damit ganz offensichtlich Druck auf die Fernwasserzweck-

verbände und die Kommunen ausgeübt werden, der Fusion auch in Unkenntnis der technischen und betriebswirtschaftlichen Daten zuzustimmen.

Zweitens: Darüber hinaus ist selbst das Versprechen, einen Fernwasserpreis von 62 Cent zu garantieren, was sich ebenso aus dem Kienbaum-Gutachten ergeben soll, weder für unsere Fraktion noch für die Kommunen aufgrund der Geheimhaltung des Gutachtens nachzuvollziehen.

Drittens ist die beabsichtigte Ausweitung des Verkaufs von Fernwasser, die laut Ihrem Antrag offenbar Voraussetzung für die Erfolgsberechnung des fusionierten Unternehmens sein soll, aus tatsächlichen ökonomischen und rechtlichen Gründen wirklich problematisch.

Meine Damen und Herren der CDU, zur Geheimhaltung: Das viel zitierte Kienbaum-Gutachten ist nunmehr neun Monate nach dessen Fertigstellung immer noch nicht den Fraktionen und den Kommunen bekannt gemacht worden. Auch wenn Herr Trautvetter das überhaupt nicht verstehen kann, Herr Sklenar hat es ja nun wieder begründet warum nicht. Also, die Landesregierung sollte sich auch mal darüber einig werden, ob sie es uns nun geben will oder nicht.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das gibt es doch nicht.)

Das ist doch nicht wahr, Herr Minister. 2003 laufen die Fernwasserverträge aus. Daher soll noch in diesem Jahr die im Antrag geforderte Fusion realisiert werden. Ich kann mir vorstellen, dass den Kommunen vor einer Fusion die Ergebnisse der Kienbaum-Studie, woraus sich angeblich die Fusionslösung als Lösung ergibt, wichtig sind und Sie sich dafür interessieren würden, warum Sie auf diese Fusionslösung kommen, Herr Minister.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

Ja, das sagen Sie.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass das Gutachten der SPD-Fraktion nicht zur Verfügung gestellt wurde, weder inhaltlich, geschweige denn körperlich. Die Aussagen in der vertraulichen Sitzung und ebenso die Aussagen und Behauptungen in der Begründung des vorliegenden Antrags sind nicht einmal ansatzweise begründet worden. Die Behauptung vom Dienstagabend - Sie sind auch schon darauf eingegangen - von Ihrer Pressesprecherin, uns sei der Inhalt des Gutachtens bekannt, ist dementsprechend unwahr.

(Beifall bei der PDS)

Unwahr ist dementsprechend auch, dass wir dieses Gutachten veröffentlichen wollen, ich weiß auch nicht, warum Sie nun so etwas behaupten!

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:  
Was habt ihr denn den Journalisten erzählt?)

Du kannst doch fragen, was wir den Journalisten erzählt haben, wir haben scheinbar denen genug erzählt. Außerdem möchten wir darauf hinweisen, da wir nicht im Besitz des Kienbaum-Gutachtens sind, konnten wir das natürlich auch der Presse nicht übergeben und ich frage mich wirklich, Herr Minister Sklenar, warum Sie diesem Unternehmen Kienbaum Management Consultants schreiben mussten, dass die SPD-Fraktion es wahrscheinlich veröffentlichen würde.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Ich habe das doch nicht geschrieben.)

Das steht aber so drin, die Landesregierung, da war es Herr Minister Trautvetter.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:  
Die Landesregierung hat nicht geschrieben.)

Es steht aber so in diesem Brief drin.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Leute, jetzt ist gleich Schluss!)

(Unruhe bei der CDU)

Unsere Auftraggeber zu der oben genannten Untersuchung teilten uns mit ...

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Die Aufregung lohnt sich nicht, Sie können ja dann noch einmal sprechen, Herr Minister Sklenar, aber keine Zwiesprachen.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Darf ich mal den Brief holen?

(Unruhe bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Entschuldigung, das macht keinen Sinn, dass zwei Leute auf einmal sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Bitte, Frau Abgeordnete, reden Sie weiter.

**Abgeordnete Becker, SPD:**

Es hat keinen Zweck, wir sprechen danach, Herr Minister. Es hat doch keinen Zweck.

Weder wesentliche Ergebnisse noch irgendwelche nachvollziehbare Rechnungen sind der Fraktion im Ausschuss bekannt gemacht worden. Die Vertreter der CDU scheinen möglicherweise andere Quellen zu haben. Wenn die CDU im Antrag schreibt, Modellrechnung und Bewertungen des Beratungsunternehmens hätten ergeben, dass nur eine Fusion bei gleichzeitiger Entschuldung maximale preisreduzierende Wirkung beim Fernwasser erwarten lasse, dann frage ich mich, welche Modellrechnung meinen Sie? Sicherlich kennt Herr Krauß diese Modellrechnung mehr als wir, das kann ich ja auch verstehen, dass die Opposition nicht immer über alles unterrichtet werden soll, aber Sie müssten vielleicht mal nachprüfen, was die CDU-Fraktion weiß oder ob sie nicht einfach nur diesem nachläuft und uns das vorschlägt, ohne auch diese Modellrechnung zu kennen oder Sie legen uns diese Modellrechnung auch vor. Fest steht jedenfalls, dass die immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten begründete Verweigerung der Vorlage des Gutachtens nicht nur gegenüber der Opposition - wie gesagt, das könnte ich ja noch verstehen -, sondern auch gegenüber den Kommunen, die letztlich über die Frage, Fusion oder nicht Fusion entscheiden müssen, ist vollkommen unverständlich. Gerade weil dies so unverständlich ist, gibt dies Anlass zu allerlei Spekulationen. Befürchtet etwa die Landesregierung, dass ihr Versprechen, einen Fernwasserpreis von 62 Cent zu erreichen, auf Dauer nicht realisiert werden kann, weil die Kosten des Fernwassersystems eine Bereitstellung zu diesem Preis nur auf Kosten eines Kapitalverzehr des fusionierten Unternehmens zulassen? Diesen Kapitalverzehr haben wir ja auch schon in den drei Unternehmen, um die es da geht im Moment. Was soll aber geschehen, wenn das Kapital dieses Unternehmens aufgezehrt ist? Will man dann vielleicht die Fernwasserversorgung doch meistbietend versteigern? Herr Minister, ich weiß, dass das nicht Ihr Anliegen ist, aber Sie müssen da vielleicht auf Herrn Trautvetter achten, der hat nämlich auch in der Presse diese Woche etwas anderes geschrieben.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Er hat gesagt, er träumt.)

Ja, er träumt, aber er hat es erst einmal ausgesprochen, was andere träumen. Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie zugeben, dass es keiner Kommune und keinem Zweckverband zugemutet werden kann, einer Fusion zuzustimmen, ohne wirklich sichere und nachprüfbare Zahlen zur Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu kennen. Es nützt den Kommunen wenig, wenn ihnen erst nach der Fusion die entsprechenden Daten bekannt werden sollen. Ich kann jedenfalls alle gut verstehen, wenn sie mit diesem nicht einverstanden sind und die Katze nicht im Sack kaufen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der Druck, den Sie jetzt mit Ihrem Antrag auf die Kommunen auslösen, indem Sie eine Fusion bis Ende 2003 oder vielleicht auch schon früher erzwingen wollen, ist vor diesem Hintergrund auch politisch vollkommen unverständlich. Sie machen damit den zweiten Schritt vor dem ersten und das auf Kosten der Fernwasserzweckverbände und der Kommunen. Neben den Kommunen muss auch der Landtag eine Entscheidung über diese Fusion treffen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Abgeordneter dieses hohen Hauses, außer vielleicht aus der Mitte, ohne ausreichend nachprüfbare Informationen über die Wirtschaftlichkeit des neuen Betriebs einer solchen Fusion quasi auf gut Glück zustimmen kann, um dann zu sehen, wie langfristig die Wirtschaftlichkeit doch nicht funktioniert. Also, es sind noch allerhand Fragen offen.

Nun zu Ihrem Fernwasserpreis von 62 Cent: Sie schreiben in der Begründung Ihres Antrags unter Punkt 4, dass nach Darstellung des Beratungsunternehmens ein Fernwasserpreis von 62 Cent realistisch erscheint. Da wissen Sie wieder einmal etwas mehr. Warum ist diese Prognose, von der Sie sprechen, niemals im Ausschuss vorgestellt und begründet worden? Ausreichend Gelegenheit dazu hatten Sie doch, Herr Minister, wir haben doch schon oft darüber gesprochen. Unsererseits besteht die Befürchtung, dass diese Prognose ebenso unzutreffend ist, wie bereits sämtliche vorhergehenden Prognosen zum Thema "Fernwasser in Thüringen". Es wäre schön, wenn die Landesregierung unsere Zweifel zerstreuen könnte.

Nun zur Ausweitung des Absatzes von Fernwasser: Die CDU-Fraktion setzt in ihrem Antrag ganz selbstverständlich auf die Ausweitung des Fernwasserabsatzes in Thüringen aus den Talsperren. Unklar ist allerdings, wie dies umgesetzt werden soll, denn auch bei einem Preis von 62 Cent ist für die meisten Kommunen die Nutzung von Fernwasser ökonomisch nicht attraktiv, weil in der Regel örtliche Grundwasser wesentlich billiger bereitgestellt werden können. Auch Fernwasser aus angrenzenden Bundesländern ist erheblich billiger, so ungefähr bei 40 Cent. Neben diesem ökonomischen Aspekt erscheint eine Erweiterung des Absatzes auch rechtlich problematisch. Die Ausweitung des Absatzes auf Kosten der örtlichen Grundwasser steht im Konflikt mit unserem Wassergesetz. Der § 63 Thüringer Wassergesetz geht von einer Gleichrangigkeit bzw. von einem Vorrang des örtlichen Rohwassers aus. Diese Vorschrift lässt nicht jegliche aufgezwungene Ausweitung des Fernwasserabsatzes zu, sondern nur, wenn ausreichende örtliche Wasservorkommen nicht vorhanden sind bzw. deren Nutzung wesentlich teurer ist als die Nutzung des Fernwassers oder das örtliche Wasser nicht von ausreichend guter Qualität ist oder wenn der Naturhaushalt beeinträchtigt ist.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Genau!)

(Beifall bei der PDS)

Zusätzlich muss die Versorgung mit Fernwasser im Interesse einer regionalen Wasserversorgung sinnvoll sein. Insbesondere die Kosten der Nutzung des örtlichen Wassers von ca. 45 Cent sprechen gegen eine Ausweitung des Fernwassers, vielleicht außer in Teilen von Ostthüringen, da wissen wir ja, da brauchen wir eine extra Lösung.

Erst kürzlich hat das Umweltbundesamt betont, dass der Nutzung des örtlichen Wasserangebots rechtlich noch stärker Vorrang eingeräumt werden müsse.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Wasser ist Ländersache.)

Eine wesentliche Ausweitung des Fernwasserabsatzes ist nicht plausibel, weil tatsächliche Gründe einer Ausweitung entgegenstehen:

1. Es wird zukünftig weniger Nachfrage für Fernwasser geben. Bislang sind alle Wasserprognosen immer wieder nach unten korrigiert worden. Thüringen rechnet auch in den nächsten Jahren leider mit einem erheblichen Bevölkerungsschwund, wodurch sowohl tatsächliche als auch potenzielle Kunden für Fernwasser in Thüringen wegfallen. Auch angrenzende Bundesländer haben bereits mehrfach signalisiert, dass sie nicht an der Abnahme unseres Thüringer Sperrenwassers interessiert sind wegen des Preises; auch für 62 Cent möchten sie unser Wasser nicht kaufen.

2. Die geplante Ausweitung der Fernwasserabnehmerschaft wird dadurch begrenzt, dass Fernwasser nicht überall zu verteilen ist, Herr Minister, das wissen Sie auch. Voraussetzung dafür ist der Bau von teuren Fernleitungen. Pläne und Konzepte für eine Verteilung des Fernwassers an Neukunden sind im Moment nicht bekannt und aufgrund der Kostenstruktur wohl auch wenig erfolgreich. Schließlich muss auch aus umweltpolitischen Gründen dem einfachen Ersetzen örtlichen Grundwassers durch Fernwasser eine Absage erteilt werden. Die Nutzung von örtlichem Grundwasser ist in der Regel ökologisch günstiger als die Nutzung von Fernwasser. Überdies schafft es auch Anreize für einen behutsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen vor Ort. Hier treffen Ökologie und Ökonomie zusammen.

(Unruhe bei der CDU)

Es kann festgestellt werden, dass die Probleme im Bereich Fernwasserversorgung, die von der CDU-Landesregierung jahrelang verschleppt wurden, auch jetzt nicht gelöst, sondern nur auf Kosten der Zweckverbände und der Kommunen in die Zukunft verschoben werden sollen. Wenn Sie eine Solidargemeinschaft im Bereich der Wasserverbraucher aufbauen wollen, um diejenigen, die kaum andere Möglichkeiten haben als Fernwasser zu beziehen, nicht übermäßig mit Kosten zu belasten, würden

wir uns Gesprächen sicherlich nicht verschließen. Sicher wären solche Maßnahmen politisch nicht sehr attraktiv, aber dafür ehrlicher als die Taktiererei und Geheimniskrämerei der Landesregierung bei der Sanierung des Fernwassersystems in Thüringen zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen die Studie auf den Tisch, Herr Minister. Folgen Sie Herrn Trautvetter, der uns das ja fast so pressemäßig zugesagt hat und beziehen Sie bitte alle Betroffenen in Ihre Vorgänge ein, auch uns. Wir sind gern zu Gesprächen bereit, aber nicht in nur vertraulichen Umweltausschuss-Sitzungen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das ist schlecht.)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Abgeordneter Krauß, Sie haben als Nächster das Wort. Oder haben Sie mit Herrn Carius irgendeine Reihenfolge festgelegt? Das ist mir nicht bekannt. Sie wollen lieber, Herr Carius? Bitte.

**Abgeordneter Carius, CDU:**

Sehr verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Becker - sie sitzt noch da -, zur Geheimniskrämerei: Also, so viel, wie Sie hier erzählen konnten, dann kann es mit der Geheimniskrämerei nicht allzu weit her sein.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen wurde all das, was Sie auch vorhin angefragt haben, schon im Umweltausschuss vorgestellt.

Doch nun zu unserem Antrag: Die Zukunft der Fernwasserversorgung ist mit einem wettbewerbsfähigen Preis zu sichern. Das ist das Ziel unseres Antrags. Dazu muss man sich die gegenwärtige Situation noch einmal vor Augen führen. Fernwasser wird benötigt zur Sicherstellung einer nachhaltigen und ökologischen Wasserversorgung, sowohl als Ergänzung aber auch als Hauptversorgung. Dem Fernwasser kommt dabei die Ausgleichsfunktion zwischen Gebieten mit Wasserüberschuss und mit Wassermangel zu. Ganze Landstriche und Regionen sind in Thüringen dabei vor allen Dingen auf das Fernwasser für die Grundversorgung angewiesen. Hierzu gehört mein Wahlkreis Sömmerda,

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

dazu gehört Gotha, Gera, Meiningen und es sind noch einige mehr zu nennen. Diese Grundversorgung wird abgesichert über unsere zwei Fernwasserzweckverbände und die örtlichen Verbände. Zusammen sind insgesamt 1,3 Mio. Bürger betroffen.

Zur rechtlichen Situation: Wir haben über sieben Jahre dauernde Rohwasserabgabeverträge zwischen der Talsperrenverwaltung und den Verbänden, die 2003 auslaufen. Dort ist ein Preis festgelegt, der leider, weil die Mindestabnahmemenge stets unterschritten wird, am Ende nicht mehr gehalten wird, so dass der Preis steigt, was auch negative Auswirkungen auf den Endpreis für die Bürger hat, in Nordost zum Teil bis zu 1,5 € pro m<sup>3</sup>.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, gibt es einfach zwei denkbare Alternativen: Entweder wir lassen die Fernwasserversorgung einfach absaufen - das verbietet sich allerdings schon deswegen, weil wir einige Gebiete haben, die darauf dringend angewiesen sind - oder wir greifen in das bestehende System ein mit dem Ziel, langfristig wettbewerbsfähige Preise zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat mit der Kienbaum-Studie, die im Umweltausschuss vorgestellt wurde, wo auch viele Fragen dazu gestellt wurden, den zweiten Weg vorgezeichnet, mit nicht unbeträchtlichen Anstrengungen für das Land. Das heißt erstens, wir werden mittelfristig eine Senkung des Rohwasserdargebots auf 80 Mio. m<sup>3</sup> anstreben, indem - wie der Minister auch schon dargestellt hat - das System Zeulenroda aufgegeben wird, Leibis angeschafft wird.

Und, meine Damen und Herren, es ist schon ein Hasardspiel, wenn wir uns bei der Bereitstellung genau an den jetzigen Bedarf halten würden, denn zum einen könnten wir dann unmöglich zukünftigen Entwicklungen in so mancher Thüringer Region Rechnung tragen und zum anderen könnten wir auf mögliche Qualitätsminderungen des Wassers in den Regionen nicht reagieren, die sich zurzeit hauptsächlich über Grundwasser versorgen, und das kann ja auch in denen passieren, in denen das Fernwasser jetzt nur ergänzend verwandt wird. Von der Notwendigkeit einer höheren Vorhaltemenge allein aufgrund der Erfordernisse des Hochwasserschutzes habe ich dabei noch gar nicht geredet.

Im Übrigen sei noch hinzugefügt, dass es ja gerade im Sinne nachhaltiger Politik ist, durch ein gut ausgestattetes Fernwasserversorgungsnetz die Absenkung des Grundwasserspiegels durch Übernutzung desselben etwa in Ballungsräumen - und wir alle hoffen ja, dass wir künftig auch ein paar Ballungsräume in Thüringen haben - verhindern können.

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

Das heißt doch gerade, dass wir es nur mit einer langfristig angelegten Entwicklung des Verbundwassernetzsystems sicherstellen können. Allerdings ist doch wohl klar, dass ein solches Netz nur Sinn macht, wenn wir in den Talsperren qualitativ hochwertigeres Wasser haben, als dies durch das örtliche Wasser gewährleistet ist, was die Ab-

schaltung des Zeulenrodaer Systems nur begründet.

Herr Kummer, Sie schreiben in Ihrer jüngsten Pressemitteilung zu Leibis, der Preis würde hierdurch um ein Vielfaches steigen. Er steigt um 5 bis 6 Cent, wird angenommen, und wenn Sie bei einer Erhöhung von 5 bis 6 Cent auf 61 Cent von einem Vielfachen sprechen, dann betreiben Sie einfach nur das Geschäft der Panikmache. Das ist verwerflich, schändlich.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die Landesregierung will langfristig einen Preis von 60 oder 61 bzw. 62 Cent pro m<sup>3</sup> erreichen -

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Der Preis ... und dann hinterher?)

es gibt ja dafür gute Prognosen, Sie haben das sicherlich auch im Haushaltsausschuss schon behandelt -

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein, eben leider nicht.)

um ein Neugeschäft mit ca. 8 Mio. m<sup>3</sup>, was dann sinnvoll und realitätsnah zu erreichen ist, zu erreichen. Das schaffen wir erstens, indem die wirtschaftlichen Strukturen in den beiden Verbänden, aber auch in der Talsperrenverwaltung, effizienter gestaltet werden, indem die Fusion vorangetrieben wird und - wie in unserem Antrag formuliert ist - auch hoffentlich bis Ende 2003 abgeschlossen ist - das ist eigentlich die Hauptaufgabe für das Land, und darüber wollen wir auch, dass die Landesregierung im I. Quartal berichtet - und durch die nicht ganz unbeträchtliche Entschuldung des Gesamtsystems. Die weitere Bezuschussung der Landesaufgaben für die notwendig entstehenden Kosten für Hochwasserschutz und den Mindestabfluss aus ökologischen Gründen übernimmt das Land ja zudem auch noch.

Meine Damen und Herren, ich halte dies für den einzigen Weg, für unseren Bürger langfristig erträgliche Preise zu sichern und langfristig die Wasserversorgung sicherzustellen. Sinnvolle andere Wege - wenn sie uns bekannt wären - würden wir dabei sicher auch gern diskutieren.

Meine Damen und Herren, wenn die Fusion erst einmal erfolgreich vollzogen ist und der Preis so ist, wie wir ihn uns jetzt vorstellen, dann ist bekannt, dass der Erfolg viele Väter hat. Dass er keine Mütter hat, das liegt allein an Frau Becker. Vielen Dank, Frau Becker.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch mal zu Frau Dr. Klaus. Sie meinten ja, das Gutachten enthält wahrscheinlich besonders traurige Nachrichten. Ich kann Ihnen versichern, meine liebe Frau Dr. Klaus, die Landesregierung und auch unsere Fraktion wir sind keine Kinder von Traurigkeit

und wir werden diesem Antrag zustimmen, damit wir Ihre Krokodilstränen auch in Zukunft nicht ertragen müssen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ellenberger:**

Herr Abgeordneter Kummer, Sie haben das Wort, bitte schön.

**Abgeordneter Kummer, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, jetzt bin ich schon ein bisschen verwirrt. Ich dachte, es wäre ein Antrag der Fraktion der CDU. Ist das einer der Landesregierung?

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein.)

Herr Minister hat sich vorhin so ausgedrückt: "Wir werden unserem Antrag zustimmen." Ich hatte schon die Vermutung, der hätte als Abgeordneter gesprochen, aber er kam doch eigentlich von der Regierungsbank.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Kann ich das nicht so machen?)

Na gut, von mir aus. Ich möchte aber am Anfang meiner Rede noch ein bisschen was zu meinen Vorrednern sagen, zuerst zu Ihnen, Herr Krauß. Sie haben gesagt: "Die Presseshow der Opposition ist nicht dienlich." Ich habe bei Ihnen schon den Eindruck, es wäre Ihnen am liebsten, wenn Zahlen gar nicht auf den Tisch kämen. Von der Warte her kann ich diese Meinung natürlich verstehen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Und, Herr Minister, zu Ihnen: Sie haben von touristischen Möglichkeiten im Weida-System gesprochen. Das kann ich gut verstehen, dass es Überlegungen in diese Richtung gibt, aber ich muss doch schon noch mal nachfragen. Die Sanierung der Staumauer der Weidatalsperre steht ja nun an, 40 bis 60 Mio. DM waren mal veranschlagt worden. Gibt es denn schon eine Nachfrage, ob es überhaupt einen Investor gibt, der auch diese Kosten trägt? Was nützt es uns denn, wenn wir die Talsperre aus dem Fernwassersystem herausnehmen und letzten Endes aber die Kosten weiter zu tragen haben? Ich denke, auch darüber wird man noch mal nachdenken müssen.

(Beifall Abg. Dr. Schuchardt, SPD)

Und nun zur Frage der Veröffentlichung von betriebswirtschaftlichen Daten: Sie haben vorhin gesagt, die sollten nicht öffentlich diskutiert werden. Gut, Herr Minister, da gebe ich Ihnen zumindest teilweise Recht, was die Daten der Verbände angeht. Aber warum werden sie dann nicht in

einer vertraulichen Sitzung diskutiert?

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das stimmt doch nicht.)

Herr Minister, ich darf hier über die vertrauliche Sitzung nicht berichten, sonst wäre sie ja nicht vertraulich, aber es sind uns dort keine konkreten Zahlen der Verbände gegeben worden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Es gibt ein Wortprotokoll. Dort können Sie nachlesen.)

Ich weiß, was im Protokoll steht. Ich habe dort eine Frage gestellt und die ist mir auf eine Art und Weise beantwortet worden, wo ich sagen muss ... Das können Sie auch gern im Wortprotokoll nachlesen, die dazu in der Lage sind.

Aber nun zum CDU-Antrag: Meine Damen und Herren, der Antrag ist leider von der Zeit überholt. Ich hatte eigentlich gehofft, die CDU schmeißt ihn in den Papierkorb und schreibt noch mal einen neuen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist nicht geschehen. Deshalb nutzen wir ihn als gute Möglichkeit, um noch mal über die immer akuter werdenden Probleme der Zukunft der Fernwasserversorgung zu reden und vor allem, um richtige Schritte einzuleiten. Aber zuerst ein paar Bemerkungen, warum der Antrag in den Papierkorb gehört. Die Fernwasserverbände in Thüringen, die ja laut Ihrem Antrag bis zum 01.01.2003 mit der Thüringer Talsperrenverwaltung fusionieren sollen, scheinen das nicht so richtig gut zu finden. Es gibt einen Beschluss des Fernwasserzweckverbands Südthüringen, dem u.a. auch der Oberbürgermeister der Stadt Ilmenau zugestimmt hat, der merkwürdigerweise als Aufsichtsratsmitglied in der Thüringer Talsperrenverwaltung sitzt und dementsprechend sicher sehr gut wusste, was er dort entscheidet. Aus diesem Beschluss möchte ich Ihnen jetzt am Anfang mal ein bisschen was vorlesen, damit Sie wissen, inwieweit Ihr Antrag noch aktuell ist.

Frau Präsidentin, ich zitiere: "Durch das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt wurde das Büro Fichtner/Kienbaum beauftragt, betriebswirtschaftliche Untersuchungen zum Rohwasserentgelt und Organisation der Trinkwasserversorgung durchzuführen. Die vom Fernwasserzweckverband Südthüringen eingebrachten Vorschläge, Optimierungen in regionaler Verantwortung mit zu untersuchen, wurden nicht bzw. nicht aus-

reichend berücksichtigt. Die im Bericht von Kienbaum dargestellten Ergebnisse und Vorschläge können von den Verbandsorganen des Fernwasserzweckverbands Südthüringen wegen fehlender Plausibilität nicht anerkannt werden. Eine langfristige Preisgarantie bzw. eine Bürgschaft des Freistaats Thüringen für das Erreichen des im Fusionsmodell dargestellten Fernwasserpreises von 1,20 DM pro m<sup>3</sup> konnte nicht gegeben werden.

(Beifall bei der PDS)

Der Fernwasserzweckverband Südthüringen hat grundsätzliche Zweifel an der Plausibilität der von Kienbaum dargestellten Einsparpotenziale, insbesondere auf die Mengenentwicklung des Fernwasserabsatzes in Thüringen. Der Fernwasserzweckverband Südthüringen hat deshalb mit Beschluss 4/2001 der Verbandsversammlung vom 13.09.2001 die Beteiligung an der Fusion abgelehnt. Ein Stück weiter heißt es: "Die Verbandsversammlung bestätigte den Beschluss 4/2001 der Verbandsversammlung vom 13.09.2001 über die Ablehnung der Beteiligung an der Fusion", und zwar ist das vor einer Woche passiert. Noch ein Stück weiter: "Dies nimmt der Fernwasserzweckverband Südthüringen zum Anlass, an den Freistaat Thüringen den Antrag zu stellen, die beiden Trinkwassertalsperren Erletor und Schönbrunn an den Fernwasserzweckverband Südthüringen zu übertragen. Damit wird der Fernwasserzweckverband Südthüringen in die Lage versetzt, den Rohwasserpreis in eigener Verantwortung zu beeinflussen und kostengünstiger zu gestalten."

Meine Damen und Herren, ich denke, das war deutlich. Aber auch noch ein paar Worte zum Nordostverband, nicht dass es hier nur heißt, die Südthüringer, stehen hier quer. Auch der Nordostverband stellt Forderungen. Denen ist die Landesregierung bisher ebenfalls nicht nachgekommen. Zu diesen Forderungen gehört u.a. ein zehn Jahre Garantiepreis von 62 bis 65 Cent und keine Kürzung wasserrechtlicher Erlaubnisse.

Meine Damen und Herren, vielleicht kann von Seiten der Landesregierung noch eine Ausführung gemacht werden, ob man diesen Forderungen nachkommt und ob damit eine Fusion mit Nordost möglich wäre.

Nun noch zu einem weiteren Punkt im Antrag der CDU, der mir ein bisschen Bauchschmerzen macht. Missverständlich kann man nämlich die Forderung der CDU an die Landesregierung deuten, dass die Landesregierung alles ihr Mögliche tun soll, damit die Fusion der Thüringer Talsperrenverwaltung mit Unternehmen - wo Sie leider nicht ausgesagt haben, mit welchen - bis spätestens zum 01.01.2003 erfolgt. Meine Damen und Herren, ist da u.a. auch finanzieller Druck auf die Kommunen beinhaltet?

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das ist eine Unterstellung.)

Das ist eine Frage gewesen, Herr Minister, keine Unterstellung.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das war eine Frage!)

Meine Damen und Herren, wir werden in nächster Zeit sehr genau ein Auge darauf haben, ob so etwas vorkommt.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Möglichst zwei, denn mit dem Zweiten sieht man besser.)

Weil wir gerade beim Thema Druck sind, die PDS-Fraktion kann in diesem Zusammenhang auch schon so etwas wie Druck verspüren. Das Fax von Kienbaum, das an die SPD-Fraktion ging, das haben auch wir bekommen. Meine Damen und Herren, dadurch erfuhren wir schon von einer - und da sage ich das mal wirklich ganz deutlich - unverschämten Unterstellung der Landesregierung,

(Beifall bei der PDS, SPD)

dass wir den Abschlussbericht von Kienbaum veröffentlichen wollten. Meine Damen und Herren, weil es vorhin erbeten wurde, möchte ich Ihnen das entsprechende Fax jetzt mal vorlesen, damit Sie sich eine Meinung bilden können: Überschrift: "Veröffentlichung des Kienbaum-Gutachtens zur Zukunft der Fernwasserversorgung", "Sehr geehrter Herr Ramelow, unser Auftraggeber zu der o.g. Untersuchung", also die Landesregierung eindeutig, "teilte uns mit, dass von Seiten der PDS-Fraktion gegebenenfalls beabsichtigt ist, den Kienbaum-Schlussbericht ganz oder in Teilen zu veröffentlichen. Wir möchten in diesem Zusammenhang vorsorglich darauf hinweisen, dass Kienbaum auf das Urheberrecht an diesem Bericht ausschließlich gegenüber dem Auftraggeber, der Thüringer Landesregierung, verzichtet hat. Nur die Thüringer Landesregierung ist von Kienbaum zur Veröffentlichung von Beratungsergebnissen autorisiert. Wir möchten Sie daher nachdrücklich darum bitten, von einer Veröffentlichung ohne vorheriger Konsultation mit dem Auftraggeber und Kienbaum abzusehen."

Meine Damen und Herren, wenn das keine Drohung ist, dann weiß ich auch nicht.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist doch normal.)

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Bevor wir einen solchen Bericht veröffentlichen könnten, hätten wir ihn vielleicht wirklich erst einmal bekommen müssen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Viel Lärm um nichts.)

Ich frage mich, wie kommt denn die Landesregierung zu der Meinung, dass wir das Papier hätten? Gibt es da vielleicht verdeckte Ermittlungen?

(Unruhe bei der CDU)

Ich meine, dass die PDS vom Verfassungsschutz beobachtet wird, das wissen wir ja, aber so etwas hätte ich mir auch nicht ausmalen können. Oder kommt man vielleicht darauf, weil wir einfach Zahlen haben, die vielleicht der eine oder andere CDU-Abgeordnete nicht hat?

Meine Damen und Herren, da möchte ich nur sagen, Herr Staatssekretär Illert sagte einmal zu mir, die Verbandszahlen möchte ich mir bei den Verbänden bitte selber holen. Das habe ich. Es ist nur ein Problem, wenn Herr Illert bei der Vorstellung von Zahlen aus dem Kienbaum-Bericht, die in Südthüringen stattgefunden hat, sagt, diese Zahlen wären falsch interpretiert. Meine Damen und Herren, geben Sie uns das Gutachten endlich, dann interpretieren wir die Zahlen auch selber.

(Beifall bei der PDS)

Problematisch sehe ich es auch an, wenn Zahlen der Thüringer Talsperrenverwaltung nicht herausgegeben werden. Ich habe gestern eine Mündliche Anfrage dazu gestellt und dann wurde gesagt, dass uns diese Zahlen nicht öffentlich gegeben werden.

Meine Damen und Herren, wir werden einen entsprechenden Antrag stellen und wenn sie uns nicht öffentlich gegeben werden können, dann möchten wir sie in vertraulicher Sitzung haben.

Nun noch einmal zu dieser Geheimniskrämerei und der Eile, in der die Fusion durchgeboxt werden soll. Was ist eigentlich Sinn und Zweck des Ganzen? Ich denke, Sinn und Zweck des Ganzen ist es, die desaströse Fernwasserpoltik der Landesregierung zu verschleiern.

(Beifall bei der PDS; Abg. Becker, SPD)

Ich habe eine Befürchtung - das möchte ich auch an Herrn Lenz noch einmal richten, der oben auf der Besuchertribüne sitzt -, dass mit der Fusion die finanziellen Probleme in gewohnter Weise auf die Kommunen und Beitragszahler abgewälzt werden sollen. Meine Damen und Herren, das wird es mit uns nicht geben.

Die Grundlage für den Fusionsvorschlag, also der Kienbaum-Bericht, hat vermutlich zwei große Fehler, der erste: es sind fehlende aktuelle Zahlen, z.B. von der Thüringer Talsperrenverwaltung, und der zweite: aus den vorhandenen Daten wurden falsche Schlüsse gezogen. Nur ein Beispiel dazu. Wie und wo soll denn in Thüringen mehr

Wasser abgesetzt werden?

Meine Damen und Herren, die demographischen Erkenntnisse belehren uns erstens eines Besseren, was die Bevölkerungsentwicklung angeht. Zweitens möchte ich einmal die Frage in den Raum stellen: Was wollen wir denn mit dem Mehr an Wasser machen? Wenn Sie sich das einmal ansehen, was wir zurzeit noch für Wasserverluste in den Verbänden haben. Bloß mal ein Beispiel: Erfurt 40 Prozent, Gera - als zweites Beispiel - ca. 30 Prozent. Da haben wir noch Einsparpotenziale, die ungeahnt sind. Da brauchte man eigentlich keine neue Talsperre bauen.

(Beifall bei der PDS; Abg. Becker, Abg. Dr. Klaus, SPD)

Auch die Wirtschaftsentwicklung, meine Damen und Herren, sieht nun wirklich nicht so rosig aus, dass man befürchten müsste, dass die Wirtschaft demnächst wahn-sinnig viel Trinkwasser abnimmt. Wenn ich mir mal ansehe, was wir an Brauchwasser verkaufen, da haben wir noch jede Menge freie Kapazitäten. Je länger wir uns mit dem Problem beschäftigen, desto mehr Abgründe tun sich auf. Ich habe z.B. Informationen, dass es einen Verlustvortrag des Fernwasserzweckverbands Nordostthüringen gibt in Höhe von ca. 18 Mio. €. Meine Damen und Herren, wie kann denn so etwas bei kostendeckenden Wasserpreisen passieren und wie aktuell sind denn dann die Wasserpreise des Fernwasserzweckverbands mit 2,10 DM, von denen die Kienbaum-Studie wahrscheinlich ausgegangen ist?

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist, dass wir mit der Suche nach Lösungsansätzen im Bereich Fernwasserversorgung neu anfangen müssen. Dazu ist es wichtig, dass wir uns erst einmal Daten beschaffen. Diese Daten müssen wir für alle an den Fragen Beteiligten beschaffen. Dem wird ein Antrag der PDS-Fraktion im nächsten Plenum dienen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: So ein Aufwand.)

Meine Damen und Herren, es muss auch über andere Möglichkeiten als eine große Fusion nachgedacht werden. Das Südthüringer Modell könnte z.B. auch für andere Regionen Charme haben, vielleicht unter Einbeziehung der Wasser-/Abwasserzweckverbände. Herr Minister, wenn Sie sagen, Berechnungen zu diesem Südthüringer Preis von 1,20 DM liegen nicht vor. Bloß ein Beispiel dazu, was den Südthüringern eigentlich immer so im Kopf rumspukt, weil sie es ja mit einer Nachbarregion zu tun haben. Im Fernwasserzweckverband Oberfranken kostet der Kubikmeter Rohwasser 5 Pfennig.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Was?)

Meine Damen und Herren, wenn der Kubikmeter Rohwasser in Thüringen mit 5 Pfennig abgegeben würde, dann hätten wir jetzt in Südhüringen schon einen Preis von 1,25 DM und wären fast da, wo wir hinwollten. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Krauß zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Krauß, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kummer, Frau Becker, in Abwandlung eines gestrigen Tagesordnungspunkts kann ich Ihnen nur sagen: Willkommen in der Denkfabrik. Schön, dass Sie auch schon aufgewacht sind. Nun ärgern Sie sich kräftig, dass Sie dieses Problem, eigentlich ein originäres Problem der Opposition, bis heute nicht erkannt und auf die Tagesordnung gebracht haben.

(Unruhe bei der PDS)

Gerade Sie, Frau Becker, die von 1994 bis 1999 mit in der Regierungsverantwortung gesessen hat, die die Probleme von Anfang an kennen musste, stellen sich heute hier hin und spielen die Dumme. Das fällt Ihnen nicht schwer, das ist mir klar,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: He, he langsam.)

aber das ist unredlich.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Herr Krauß, mäßigen Sie sich in Ihren Ansprachen der Abgeordneten.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ein Verweis.)

**Abgeordneter Krauß, CDU:**

Man muss bei einem Trinkwasserversorgungssystem natürlich das Gesamtsystem beachten. Das wissen auch Sie ganz genau. Was hier gemacht werden soll, soll nach diesen endlosen Prozessen gegen die Talsperre Leibis, die zum Schluss für den Weiterbau ausgegangen sind, ein neuer Anlauf genommen werden, um dieses Thema wieder hochzukochen und vielleicht noch einen letzten Versuch zu machen, dieses in Ihren Augen unsägliche Projekt zum Fall zu bringen. Das wird Ihnen nicht gelingen, davon bin ich 100-prozentig überzeugt.

Die ominöse Kienbaum-Studie - Sie wissen genauso gut wie ich, dass diese Studie eine Grundlage war, auf der sich die komplette Arbeit aufgebaut hat. Wir haben in unserer Fraktion, wenn auch am Anfang im kleinen Kreis, schon seit Anfang des Jahres 2000 über die notwendigen Änderungen und die in der Fernwasserversorgung bestehenden Risiken gesprochen. Da hat das von Ihnen in der Opposition offensichtlich noch niemanden interessiert. Wir wissen natürlich, dass es Bestrebungen gibt, die heißen, wir setzen auf Eigenwasserversorgung, die heißen, wir bohren neue Tiefbrunnen. Ich kann Ihnen dazu eigentlich nur sagen, wie das ausgehen kann, das sehen wir an Sichelreuth. Dort wurde ein Tiefbrunnen gebohrt und wurde 1998 in Betrieb gesetzt und 1999 außer Betrieb gesetzt und 400.000 Mark für das Bauwerk in den Sand gesetzt. Und es wird, wenn man dieses zum Prinzip erhebt, dazu führen, dass die Verbände entsprechende Rücklagen für Schäden und Entschädigungen zu bilden haben, und dann ist die Legende von dem ganz billigen Grundwasser zumindest erst einmal zu Ende gedacht.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Sie hätten ja für 1 Mio. eine Fernwasserleitung bauen können!)

Im Übrigen, wenn unsere Altvorderen genauso vorausschauend gewesen wären wie Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, stünden wir heute sicher noch auf dem Dorfanger am Ziehbrunnen und würden dort unser Wasser holen.

(Beifall bei der CDU)

Billiges Wasser von außen: Sicher wird es Anbieter von außen geben und die Privaten stehen auch an den Grenzen Thüringens. Natürlich bieten sie billige Einstiegspreise, und was ist dann in fünf oder zehn Jahren? Was ist dann, wenn diese Privaten oder Außenanbieter ihre Preise erhöhen und an die Kosten anpassen? Dann sind die Kommunen nämlich diejenigen, die sich selber gezwickt haben, die können dann nämlich nicht mehr weg. Unser Ziel ist nach wie vor nicht bloß das Kommunale in der Fernwasserversorgung, sondern auch möglichst einheitlich in Thüringen.

Nun wird uns Geheimniskrämerei vorgeworfen. Ich sage einmal ganz ehrlich, glauben Sie denn ernsthaft, dass wir mit jeder Idee, jedem Gedanken, bevor er denn zu Ende gebracht wird, nach außen gehen und den in die Presse bringen und dann von Ihnen eventuell nicht ganz sicher belegbare Zahlen und Gedanken zerreden, verdrehen zu lassen, sozusagen zermatschieren? Das können Sie vergessen!

(Beifall bei der CDU)

Man muss bei solchen Sachen immer das Komplexe, das Ganze sehen. Herr Höhn, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Skandal, die Landesregierung, der Umweltausschuss und die CDU interessiert das Geld alles nicht und

von Schweinsgalopp und von durchpeitschen ist die Rede. Ich muss Ihnen einmal ganz ehrlich sagen

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Zitieren Sie mich bitte richtig!)

- Sie haben dieser Pressemitteilung nicht widersprochen -, die Ernsthaftigkeit Ihrer Bemühungen in diesem Bereich etwas mitzutun, etwas mitzubewirken, die tendiert gegen null.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das können Sie gar nicht beurteilen!)

Auf der anderen Seite, ich frage mich doch einmal ganz ehrlich: Wie wollen wir denn, entweder die Landesregierung oder auch wir als Abgeordnete, die Fernwasserverbände zu einer Fusion zwingen? Das können wir überhaupt nicht, das wissen Sie aber auch ganz genau. Es wird uns aber einfach unterstellt und der Landesregierung wird jahrelange Verschleppung dieses Themas vorgeworfen wider besseres Wissen und am Ende heißt es dann, gründen wir erst einmal noch eine neue Kommission, berechnen wir das alles noch einmal, wir haben ja noch so viel Zeit. Sie wissen ganz genau, dass die meisten Verträge im nächsten Jahr auslaufen, neu verhandelt werden und diejenigen in den Zweckverbänden, die auf die Fernwasserversorgung zwingend angewiesen sind, werden dann nämlich die Dummen sein.

(Beifall bei der CDU)

Die werden dann nämlich mit dem Gesamtkostensystem belastet. Genau das wollen wir nicht. Wir sind der Meinung, nur wenn wir in der Fernwasserversorgung einen marktfähigen Preis erzielen, nur dann haben wir auch eine Chance, eventuell mehr Fernwasser abzusetzen, zumindest aber den Absatz zu stabilisieren. Noch eines dazu: Die 80 Mio. m<sup>3</sup>, die wir dann vorhalten können, werden wir natürlich nicht zu 100 Prozent verkaufen können, das wissen wir auch. Es gab 1994/95 eine Expertenrunde, als es um den Weiterbau von Leibis ging, da wurden Experten von der CDU und von der SPD benannt und es hieß, der Weiterbaubeschluss kann nur positiv gefasst werden, wenn diese Experten ein einstimmiges Votum für den Weiterbau abgeben. Dieses Votum war einstimmig. Da wurden auch Zahlen genannt, die waren nicht wesentlich abweichend von den heutigen aktuellen Zahlen, und heute soll das plötzlich alles nicht mehr stimmen. Heute weiß z.B. die SPD nichts mehr davon, von Herrn Dittes rede ich in dem Zusammenhang nicht, er war eh immer dagegen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Sehen Sie, damals war es uns doch schon bekannt.)

(Unruhe bei der PDS)

Auf der anderen Seite frage ich mich natürlich ganz klar, meinen Kolleginnen und Kollegen, wird es nicht viel anders gehen, was können wir denn in dieser Frage an vernünftigen und hilfreichen Vorschlägen von der Opposition erwarten? Ich sage, nichts! Und warum? Da gibt es eine Umweltexpertin, die durch die Medien geistert und Pressemitteilungen herausgibt, die weder Hand noch Fuß haben, aber reißerisch klingen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Aber die SPD hat wenigstens einen Umweltexperten!)

Dann gibt es andere auf dieser Seite, die die Thüringer Lande durchpflügen wie ein nach Edelpilzen suchendes, Ringelschwanz und Rüssel tragendes Borstentier,

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Und was soll das sein?)

immer auf der Suche nach dem so genannten Skandal. Und warum? Nicht um dieses Land zu fördern, nicht um diesem Land zu helfen, nein, um es in Misskredit zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Ein hervorragender Erfolg bei der ganzen Geschichte war natürlich, dann dem Fernsehpublikum die frohe Botschaft zu verkünden, man könne schon mit Messer und Gabel essen. Das ist natürlich schon eine Leistung. Meine Damen und Herren, wir konnten uns heute überzeugen, was die Opposition an ohnmächtigem Gerede - ich drücke mich vorsichtig aus, ich wurde ja schon ermahnt - hier abgesehen hat. Zum Beispiel sollen wir doch unsere Vorschläge und unseren Antrag in den Papierkorb werfen. Dann verbreitet sich der Herr Kummer hier mit dem Verlesen von irgendwelchen Papieren,

(Heiterkeit bei der PDS, SPD)

wobei uns der Beschluss Südthüringen doch sehr wohl bekannt ist. Auch ich habe persönlich mit Herrn Kummer gesprochen, er hat seine Gründe dargelegt, warum im Zweckverband Süd dieser Beschluss so gefallen ist. Ich meine, es gibt hier eine unglückliche Verquickung von Namen, entschuldigen Sie bitte, ich meine natürlich den Oberbürgermeister von Suhl und Verbandsvorsitzenden. Ich sage das auch ganz unumwunden, der Oberbürgermeister Dr. Kummer ist ja in einer komfortablen Situation. Wer kann es ihm verdenken, das können selbst wir nicht, wenn er sagt, ich bin besser in meiner Preisgestaltung, in meinem Management, als der Zweckverband Nordost. Ich bin der Meinung, ich könne das auch selbst schaffen und ich kann abwarten. Das ist ja eigentlich der Beweis für unsere These und unsere Aussage, dass wir niemanden zwingen. Er sagt, ich kann abwarten. Was ist dahinter? Ich warte jetzt erst einmal ab, geht es gut, kann ich dann noch auf den Zug aufspringen, geht es nicht gut, kann ich sagen, ha, ha, ich habe es ja schon immer gewusst. Das ist eine Möglichkeit

und eine ganz menschliche Reaktion auch der Bürgermeister, die diesen nicht vorzuwerfen ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir die Pflicht und Schuldigkeit haben, uns hier intensiv Gedanken zu machen, wie wir diese Misere, diesen drohenden Preissprung im Wasserpreis verhindern können. Sie wissen genauso gut wie wir, wenn wir nichts tun und die Hände in den Schoß legen, dann wird dieser Preissprung kommen, Ihnen sicher zur Freude, Wasser auf Ihre Wahlkampfmaschine, aber für uns zählt zunächst erst einmal der Bürger, dann zählt der Wahlkampf - erst das Land, dann alles andere.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich Abgeordneter Gerstenberger zu Wort gemeldet.

### Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren der CDU, gestehen Sie das Herrn Krauß einfach zu, er hat sein Bestes gegeben, aber viel hat es nicht genützt.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Herr Krauß, Sie müssen sich entscheiden: Wenn wir von nichts gewusst haben, dann konnten wir nicht dagegen sein. Wenn wir dagegen waren, waren wir diejenigen, die das Land in Misskredit bringen. Jetzt, wo Sie dagegen sind, haben wir nicht ausgeschlafen. Wissen Sie eigentlich noch, wovon Sie reden, wenn Sie versuchen, irgendwelche Sachverhalte, die in der Vergangenheit von Oppositionsseite angesprochen wurden, hier durch schöne Rederei zu verschleiern? Ich habe meine Zweifel, deshalb versuche ich noch einmal ein paar Klarstellungen.

Noch einmal zum Hergang, damit Sie es auch noch einmal in Erinnerung bekommen. In Thüringen gab es eine Reihe von Bürgerinitiativen.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Die gibt es noch.)

Richtig, die gibt es noch, weil das Problem nicht gelöst ist. Die beschäftigen sich mit der Problematik des Trinkwasser- und des Fernwasserpreises eben aus dem Grund, weil diese Landesregierung genau diese Situation beschworen hat, mit der die Bürger dieses Landes nicht zufrieden sind - Punkt 1.

(Beifall Abg. Kummer, PDS)

Punkt 2 - auch das als Erinnerung: In der Haushaltsdebatte 2000 habe ich hier an diesem Pult gestanden, als es darum ging, den Kostenblock zur Rohwasservorhaltung,

der von Landesseite zu dem damaligen Zeitpunkt mit 14,5 Mio. DM bezuschusst und auf 10,5 Mio. DM heruntergefahren wurde, per Änderungsantrag zu begründen, dass das eine unzulässige Größenordnung ist, die zusätzlich den Trinkwasserpreis in Thüringen in Schwierigkeiten bringt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Da hat diese Mitte des Hauses, und da saßen Sie hier, lautlos gelacht und diesen Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf aus der PDS-Fraktion: Denn sie wissen nicht, was sie tun.)

Ja, das wäre der zutreffende Spruch "denn sie wissen nicht, was sie tun", aber, meine Damen und Herren, es kommt ja noch schlimmer.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: ... das Schlimme kommt ...)

"Irgendwelche Papiere" hat Herr Krauß gesagt, Herr Krauß, nur zur Erinnerung, in dem Papier steht, dass die Landesregierung böswillig der Opposition dieses Landes unterstellt, sie würde mit Daten umgehen, wie das von Regierungsseite vermutet wird. Böswillige Verleumdungen von Regierungsseite sind für Sie irgendwelche Papiere, so wie das ja irgendeine Opposition ist. Es genügt ja, wenn die Mitte des Hauses sagt, wo es langgeht, eine Opposition können wir offensichtlich in Thüringen abschaffen.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU)

Genau das war die Begründung, na, selbstverständlich, Herr Krauß. Denken Sie doch einmal zu Ende, was Sie gesagt haben, oder müssen Sie auch erst hören, was Sie sagen, bevor Sie wissen, was Sie gedacht haben?

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Genauso wenig, wie Sie zur Sache ...)

Nun einmal Schluss mit der Polemik, sondern zu ein paar sachlichen Problemen, meine Damen und Herren. Ich habe immer gedacht, wenn Verbände und Strukturen in Schwierigkeiten sind, da gibt es ein paar goldene Regeln in der Wirtschaftspolitik, mit denen man vorgeht: Als Erstes stellt man die Fakten zusammen, als Zweites betreibt man eine Ursachenforschung, als Drittes bestimmt man die Änderungspotenziale und als Viertes versucht man dann anschließend die Lösung umzusetzen. Lesen Sie einmal Ihren Antrag. Sie haben die Lösung schon, bevor Sie die Probleme überhaupt kennen. Die Fusion ist nämlich das einzige Mögliche, was sich in diesem Desaster, was Sie angeordnet haben im Fernwasserbereich, offensichtlich noch

anbietet.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU)

Ja, der Rest fehlt, Herr Krauß.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Das ist an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten, was Sie da erzählen.)

Zur Verlogenheit kommen wir noch einmal. Verlogen ist, meine Damen und Herren, nach der Ansicht von Herrn Krauß, dass der Fernwasserzweckverband ein Verschuldungsproblem durch Verlustverträge in nahezu einer Größenordnung von 40 Mio. DM hat. Die sind entstanden durch kostendeckende Preisbildung innerhalb des Fernwasserzweckverbands. Wenn es also - noch einmal wegen der Verlogenheit - so ist, dass über kostendeckende Preise eine Verlustsituation von knapp 40 Mio. DM entsteht, so ist das tatsächlich verlogen, weil es dann nämlich keine verlustdeckenden Preise sind, aber das ist nicht uns geschuldet, sondern anderen Problemen.

Das Zweite: In der Talsperrenverwaltung gibt es offensichtlich ein Verschuldungsproblem durch unterschiedliche Situationen. Das kann mit Leibis zusammenhängen, das kann auch mit mehr zusammenhängen. Wie gesagt, die Studie liegt uns nicht vor, es sollen ja ein paar Zahlen drinstehen, hat der Minister gesagt, aber gesagt hat er sie uns noch nicht. Diese Probleme in der Talsperrenverwaltung sind offensichtlich auch aufgrund von jahrelangem Anfallen von Kostenblöcken, die nicht gedeckelt waren, entstanden und nun sollen diese beiden Schuldenorganisationen fusioniert werden, damit hinterher keine Schulden mehr da sind. Das ist ein betriebswirtschaftlicher Kniff, den müssten Sie einigen Unternehmern verraten, die wären ungeheuer daran interessiert, wie Sie das lösen wollen.

(Beifall bei der PDS)

Aber dazu kein Ansatz, meine Damen und Herren, noch nicht einmal ein Denkansatz, geschweige denn eine nachvollziehbare Rechnung, wie das Ganze gehen soll.

Als Drittes: Die Absatzvolumina werden kritisiert und Herr Carius hat das mit "leider" kritisiert. Ich finde das gar nicht so schlimm, wenn Wasser gespart wird. Herr Carius hat nämlich gesagt, leider sind die Mindestabnahmemengen, die festgelegt wurden, nicht zu halten, deshalb tritt ein Preis von bis zu 1,5 €/m<sup>3</sup> ein. Das ist das Dreifache des jetzt festgelegten Abgabepreises, was im Umkehrschluss darauf hindeutet, dass wir vielleicht nur ein Drittel des tatsächlich vorgehaltenen und durch die Fernwasserzweckverbände abzunehmenden Wassers brauchen. Wie sollte sonst der Preis entstehen? Wenn wir aber nur ein Drittel brauchen, haben wir zwei Drittel Reserve für zukünftige

Entwicklungen. Dort müssen Sie mir Mehrbedarf in Anbetracht der demographischen Entwicklung, die wir in Thüringen haben, erst einmal erklären, wenn die Reserven so gewaltig sind, dass wir heute den dreifachen Preis des ursprünglich festgelegten, also nur ein Drittel des Ausgabevolumens besitzen. Als Zweites, Herr Carius, haben Sie gesagt, nein, das war Herr Krauß, das war die richtige Aussage von Herrn Krauß, stimmt, 2003 laufen die Verträge aus.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, wenn 2003 die Verträge auslaufen und der Fernwasserzweckverband Ostthüringen tatsächlich nur noch reichlich 30 Mio. m<sup>3</sup> Fernwasser braucht von seinen 49 Mio. m<sup>3</sup>, die er zum gegenwärtigen Zeitpunkt per Knebelvertrag abnehmen muss, dann, meine Damen und Herren, frage ich: Was passiert mit den 19 Mio. m<sup>3</sup>, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht brauchen? Die Frage haben Sie bisher nicht beantwortet.

Die letzte Frage in diesem Zusammenhang, die an den Minister geht: Es ist richtig, dass wir das Talsperrensystem Weida aus der Trinkwasserversorgung herauslösen können, meinetwegen auch müssen. Das Problem, meine Damen und Herren, steht im Weiterbetrieb dieser Talsperre. Indem man das aus der Trinkwasserversorgung herauslöst, steht die Talsperre noch da, dann fallen die Unterhaltungskosten an und dann fallen auch die Sanierungskosten an. Solange man nicht klar und deutlich sagt, wie man diesen Kostenblock, über den man bisher überhaupt nicht gesprochen hat, in die Reihe bekommen will, ob man den von Landesseite auch in die Entschuldungsblöcke mit aufnehmen will, dann ist das eine völlig unsinnige Aussage, denn ich erinnere einmal daran, bereits zum heutigen Zeitpunkt hat die Thüringer Talsperrenverwaltung in Größenordnungen Talsperren, die nicht der Trinkwasserversorgung zur Verfügung stehen und für die Trinkwasserversorgung benötigt werden, in ihrer Verwaltung. Es käme also nur noch eine weitere Talsperre in diesem Verwaltungskomplex dazu. Interessanterweise passiert natürlich eines wegen Kostenklarheit und Kostenwahrheit. In der Talsperrenverwaltung gibt es offensichtlich keine Übersicht über die Kostenblöcke zur Betreibung und Unterhaltung der Trinkwassertalsperren und für die Kostenblöcke zur Betreibung und Unterhaltung der Brauchwassertalsperren. Das wäre der erste Schritt, um Kostenklarheit und Kostenwahrheit zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich will es an der Stelle mit den Problemlisten erst einmal genug sein lassen, aber ich glaube, es hat eines deutlich gemacht. Mit dem Ziel der Fusion, hier ein Berichtersuchen zu machen, trägt dem Problem nicht Rechnung, trägt der Situation im Freistaat nicht Rechnung und ändert nichts an der Belastung des Geldbeutels der Thüringer Bürger durch verfehlte Landespolitik von dieser CDU-Regierung, meine Damen und Herren. Deshalb ist der Antrag abzulehnen, Herr Krauß.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Richtig, ich glaube Ihnen doch gern, dass Sie das als Quaselei auffassen. Ich mache mal die Bewegung für alle anderen nach. Ja, Herr Krauß, genau das haben Sie hier abgeliefert, anstatt den Bürgern einen Lösungsansatz zu bieten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Es gibt mehrere Redemeldungen. Herr Abgeordneter Wunderlich, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Wunderlich, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Gerstenberger, Sie haben vollkommen Recht, wir müssen von der Polemik weg kommen. Aber was Sie in Ihrem Redebeitrag gemacht haben, das war eben Polemik. Ich erinnere an die Abgeordneten, vor allem in der 2. Legislaturperiode, da denke ich an die Kollegen der SPD, die zusammengesessen haben, als wir damals dieses Expertengutachten differenziert diskutiert haben, aber letzten Endes zu einem Konsens gekommen sind.

Es wird heute diskutiert, ob das Fernwasser 65 Cent oder 60 Cent oder das Modell hier vielleicht 6 Cent weniger kosten sollte. Aber sollten wir nicht eventuell mal die Bürger fragen, ob sie nicht ein hochwertiges Nahrungsmittel bekommen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen das ganz ehrlich, es gibt sehr viele Regionen, gerade die Region, aus der ich komme, wenn sie diese Diskussion verfolgen, die Sie hier machen, da sage ich ganz ehrlich, da wird immer wieder darüber gesprochen, wir diskutieren über hochwertige Nahrungsmittel und diskutieren dann noch in einer polemischen Art und Weise, welches Nahrungsmittel stellen wir ihnen denn zur Verfügung. Wer Regionen kennt, gerade aus dem Ostthüringer Raum, das war ja damals auch, Frau Dr. Klaus, die Diskussion über die eisenhaltige Verkalkung gerade aus dem Grundwasser heraus usw. Herr Kummer, da mache ich mit Ihnen einen ökologischen Vergleich zwischen dem Wasser, was wir erst gehabt haben und dem Wasser, was wir jetzt bekommen. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich, den ökologischen Vergleich machen wir mit und den haben wir damals auch diskutiert, Frau Dr. Klaus, das wissen Sie auch.

Zum Talsperrensystem Weida, Herr Gerstenberger: Ich weiß nicht, ob Sie damals das Gutachten überhaupt gelesen haben. Das Weidasystem hatte nur eine Chance, wenn Wasser von der Talsperre Leibis dazu gemischt wird. Da gab es überhaupt gar keine Differenz. Da gab es Konsens, nur dann hat nämlich Weida eine Überlebenschance, weil das Weidasystem überhaupt kein Trinkwassertalsperrensystem ist. Es eignet sich nicht dazu. Es lässt

sich auch leicht darüber diskutieren: Wir holen unser Wasser vom Grundwasser. Wir waren sehr oft in Ostthüringen, gerade im Saale-Holzland-Kreis oder im Saale-Orla-Kreis. Darüber wird leicht diskutiert - Grundwasser -, da sage ich mal zu den Jenaern, die sollen auf ihrem eigenen Marktplatz Tiefbrunnen bohren. Wo holen sie denn Ihr Grundwasser her? Sie holen es aus dem Saale-Holzland-Kreis aus diesen Brunnen. Und wer trägt denn dann dafür die Verantwortung? Es ist die Bevölkerung im ländlichen Raum, die Einschränkungen dafür in Kauf nehmen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn wir eine Bilanz aufstellen, dann müssen wir ehrlich miteinander umgehen und dann sollten wir die Menschen, die Gesamtheit der Bevölkerung in Betracht ziehen und dann nicht solche lächerlichen Preise um dieses wichtigste Nahrungsmittel Trinkwasser überhaupt diskutieren, 5 Cent hoch oder 5 Cent weniger. Den Weg, den die Landesregierung hinsichtlich einer Fusion eingeschlagen hat, ich kann nur sagen, davon dürfen wir nicht abkommen, den Weg müssen wir weiter gehen, um ein preiswertes Nahrungsmittel und vor allem auch ein hochwertiges Nahrungsmittel, nämlich Trinkwasser, zu erreichen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Schugens, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Schugens, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich denke, es ist schon etwas provozierend, wie die Diskussion von der Opposition geführt wird. Ich will es auch begründen. Es ist für mich unverständlich, dass das, was der Landesregierung im Moment als Problem, ob in der Talsperrenverwaltung oder in dem Wasserbereich, angetragen und angedichtet wird, vergessen wurde. Das ist so wie gestern die Diskussion mit dem Schnee. Das ist ein großes Problem.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS)

Herr Ramelow, Sie können es gar nicht wissen, was eigentlich die Ursachen sind. Die Ursachen sind eben, und ich will es hier noch einmal ganz klar auflegen, ich spreche vom Saale-Orla-Kreis, da gab es Wasser für die Kinder aus der Seltersflasche. Das war 1986,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD: Das hat mit Trinkwasser aber nichts zu tun.)

glaube ich, das ZDF berichtet, da kannten die DDR-Bürger noch gar nicht das Problem.

Da gab es eine Bergbauwirtschaft um Altenburg und Leipzig herum, die die DDR veranlasst hat, das ganze Kas-kadensystem um Leibis herum zu beginnen. Es sind schon zu DDR-Zeiten über 600 Mio. Mark verbaut worden. Das hat doch die Landesregierung nicht verursacht. Es macht auch Sinn, dass man das zu Ende bringt. Ich will bloß mal erinnern, unsere Väter waren klüger, die haben aus verschiedenen Gründen Saaletalsperren gebaut. Ich will an noch etwas erinnern. Hat man denn vergessen, beson- ders auf der Seite der PDS, wo ja einige zumindest noch aus der SED kommen, dass die SED der Meinung war, Getreide und Wasser ist eine wichtige Waffe des USA-Imperialismus? Hat man vergessen, dass in der ganzen Welt Trinkwasser ein Problem ist? Hat man vergessen, dass die Zukunft unserer Kinder hier auf dem Spiel steht?

(Beifall bei der CDU)

Bei Abfall spielt das alles keine Rolle. Da hinterlassen wir Altlasten.

Meine Damen und Herren, ich kann nur der Regierung für das bisherige Handeln danken, für den Bericht. Ich hoffe, wir setzen das, was als Vorlage hier vorliegt, um. Wenn Sie nicht mitgehen wollen, dann bleiben Sie draußen. Wir werden es eines Tages erwähnen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die Landesregierung hat sich Minister Dr. Sklenar zu Wort gemeldet.

#### **Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Diskussion. Das hat mir wieder mal deutlich gezeigt, dass keiner die Berichte und kei- ner das gelesen hat, was wir bis jetzt schon darüber ge- sprochen und geredet haben.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Herr Minis- ter, Herr Krauß hat es bestimmt gelesen.)

Ich bin erstaunt, die Diskussion war gerade so, als wür- den wir heute zum ersten Mal darüber reden.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Das war Herr Krauß.)

Dabei ist schon oft darüber geredet und gesprochen wor- den.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Aber nicht über die Zahlen.)

Was Kienbaum betrifft, darauf muss ich noch mal zu- rückkommen. Es ist im Ausschuss in einer internen Sitzung ausführlich darüber gesprochen worden. Es gibt dazu ein Wortprotokoll und ich bitte Sie ganz einfach, darüber nach- zulesen.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Herr Minister, ich gucke noch mal ins Protokoll.)

Es ist auch angeboten worden, weiter darüber zu spre- chen, aber das Angebot ist bis jetzt noch nicht angenom- men worden. Es wäre vernünftig und es wäre richtig - ich habe das eingangs schon gesagt, ich sage das jetzt noch mal -, wenn wir das noch mal miteinander machen würden und uns noch mal darüber verständigen würden. Es sind eine ganze Reihe von Dingen darin beschrieben und berechnet worden und es sind Überlegungen ange- stellt worden, in welche Richtung es gehen soll. Wir haben vorgeschlagen, eine Fusion auf der Basis der Freiwillig- keit durchzuführen. Wer nicht mitmachen will, macht nicht mit und Nordost hat sich das schon gut überlegt, wenn die mit uns in Verhandlung sind. Aber jetzt schon zu verlan- gen, die Ergebnisse der Verhandlungen vorzulegen, wo ge- rade zum zweiten Mal die Kommission getagt hat, das ist ein bisschen vermessen. Aber ich nehme das nicht wei- ter übel, weil das ja auch ein bisschen Strategie ist, genauso, jetzt schon den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Herr Gerstenberger verlangt jetzt schon eine vollständige Konzeption über den Rückbau oder den Abbau der Tal- sperre Weida-Zeulenroda-Lössa. Da haben wir zum Glück, muss ich sagen, noch drei, vier Jahre Zeit, um das dem- entsprechend vorbereiten zu können und das zu machen, denn erst einmal muss ja Leibis fertig sein. Wenn die fertig ist, dann können wir uns darüber verständigen, wie wir das in dieser Richtung machen. Ich denke, wir bekommen das in den Griff. Dass irgendwelcher Druck auf die Kom- munen gemacht wird, da wüsste ich nicht, wo der Druck herkommen soll und wie der gemacht werden sollte bei der ganzen Geschichte, Herr Kummer. Ich verstehe auch die gesamten Bedenken, die hier vorgetragen worden sind, nicht. Denn wenn wir, gerade was Wasser und Abwasser betrifft, das nicht so, sagen wir einmal, mit der Überle- gung durchgeführt hätten in den letzten Jahren, wären wir noch nicht so weit. Wir haben von Seiten der EU keine Einlassung in irgendeiner Richtung bekommen, dass wir noch nicht genau in dem Fahrplan liegen, was die Kläranla- gen betrifft.

(Beifall Abg. Wunderlich, Abg. Krauß, CDU)

Das muss man auch einmal sehen bei der ganzen Ge- schichte und es fällt wahrlich dem Freistaat nicht leicht, das mit diesen Anforderungen, die da stehen, alles ord- nungsgemäß durchzuführen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich für die Diskussion bedanken. Ich weiß, dass sie sehr emotional geführt worden ist. Wir sollten weiter gemeinsam darum ringen, denn der Grund kann nur sein, wir brauchen bezahlbare Fernwasserpreise.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aufpassen - und ich sage es noch einmal -, wenn wir weiter so diskutieren, wie wir hier diskutiert haben, ist ganz schnell das Wasser weg. In welche Hand wir uns dann begeben, das wissen wir jetzt noch nicht. Was dann auf uns zukommt, das wissen wir auch nicht. Also sollten wir doch versuchen, gemeinsam Wege zu finden, denn Wasser ist wirklich das höchste Gut.

Ich möchte mich hier noch recht herzlich bei Gerd Wunderlich bedanken. Wasser ist nun einmal das Hauptnahrungsmittel Nummer 1 und wenn Sie die Umweltberichte lesen, Wasser wird zu Waffe. Herr Schugens hat es auch noch einmal angesprochen, also sollte man doch bitte schön auch daran denken und das in dieser Richtung betrachten. Ich habe einmal einen kleinen Einblick in die Berichte von 1895 oder 1894 genommen, als es darum ging, die Talsperre Tambach-Dietharz zu bauen. Auch damals hat man so diskutiert, wie wir heute diskutiert haben, zwar auf einem etwas anderen Niveau und Sie sehen, die Talsperre ist 100 Jahre alt und wird immer noch gebraucht. Es ist gut so, dass wir sie haben.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir sind uns sicher alle in der Einschätzung einig, dass es hier um ein Problem geht, was dringend einer Lösung bedarf.

(Beifall Abg. Kummer, PDS)

Ich habe aber den Eindruck, dass da schon ziemlich die Einigkeit aufhört. Ich möchte nur einige Worte noch zu meinen Vorrednern sagen, zu einigen zumindest. Herr Krauß, Ihnen kann ich nur empfehlen, wenn Ihre Rede gedruckt ist, lesen Sie es einfach noch einmal durch und lassen Sie es auf sich wirken oder geben Sie es einmal Ihrer Frau zu lesen, sie würde eine bittere Enttäuschung erfahren, wenn sie sich das zu Gemüte führt.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Das Zweite, wenn man Herrn Schugens hört, da kann man ja fast glauben, dass hier gleich die Katastrophe droht und die armen Kinder wieder mit irgendwelchen Mine-

ralwasserflaschen versorgt werden müssen. Gott sei Dank sind wir weit weg davon. Ich habe immer den Eindruck, wenn Sie nicht weiterwissen, dann bemühen Sie die 40 Jahre SED, denn das ist nach wie vor für alles gut. Ich denke einmal, das hören wir in 20 Jahren immer noch.

(Beifall bei der PDS)

Sie müssen sich einmal daran gewöhnen, für die vergangenen Jahre, es sind inzwischen schon 12, auch eine gewisse Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ja und die Krönung war der Abgeordnete Wunderlich, der ja offensichtlich den Saale-Holzland-Kreis und Saale-Orla-Kreis besucht hatte, dort offensichtlich festgestellt hat, dass Stadtroda schon im Erdboden versunken ist, weil die Jenaer dort das Wasser wegtrinken.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Ja, ja.)

Herr Wunderlich, ich will Ihnen einmal eines sagen, weltweit ist es üblich, dass Städte, egal ob in Deutschland oder sonst wo, ihr Wasser, unter anderem auch ihre Nahrungsmittel, da sind wir ja ganz dankbar dafür, ihre Energie von außerhalb beziehen. Soll Ihr Plädoyer jetzt lauten, Jenaer versorgt euch gefälligst selbst, jeder wieder seinen Gemüsegarten, oder heißt es, wir stehen nach wie vor zu unseren Städten und nicht bloß zu unseren Gemeinden?

(Beifall bei der PDS, SPD)

Übrigens ist es eine ganz neue Interpretation des Ausdrucks, jetzt weiß ich vielleicht sogar, was gemeint ist, warum Herr Fiedler immer so betont, wir heißen aber in Thüringen Gemeinde- und Städtebund. Offensichtlich hat man hier irgendwelche Vorbehalte gegen Städte. Im Übrigen haben Sie vergessen zu erwähnen, dass - wie es überall üblich ist - natürlich, wenn Trinkwasserschutzzonen sind und Belastungen da sind, für die Landwirtschaft auch Ausgleichsmaßnahmen gezahlt werden. Wenn Landwirte allerdings keine Daten vorlegen können, wie ihre Belastungen sind, können sie auch nichts bekommen. Das gehört übrigens auch zu marktwirtschaftlichen Kriterien.

Jetzt sage ich aber noch etwas zu dem Antrag. Meine Damen und Herren, es ist schon traurig, wenn einer großen staatstragenden Fraktion hier im Lande so etwas unterläuft wie dieses. Ich kann der Fraktion nur dringend anraten, einmal ein Wort mit den Umweltpolitikern zu reden. Wenn man das liest, dann ist dieser Antrag geprägt von dem Prinzip glaube und hoffe, die Regierung wird es schon richten. Von Wissen und Kontrolle der Regierung, was ihre Aufgabe ist, ist da überhaupt nichts enthalten.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Vertrauen.)

(Beifall bei der SPD)

Das zum Ersten. Jeder einzelne dieser Punkte - ich erspare mir das, weil vieles schon angesprochen wurde - kann hier schlicht und einfach in seine Bestandteile zerlegt werden. Was das Tempo betrifft - das ist ja der letzte Anstrich auf Ihrer Seite -, also von Tempo kann ja wohl hier überhaupt keine Rede sein. Das Problem ist mindestens, sage ich einmal, seit 1995 ziemlich deutlich sichtbar und seitdem ist überhaupt nichts passiert, außer dass offensichtlich seit 1998 in der Talsperrenverwaltung die Katastrophe so groß ist, dass man es der staunenden Öffentlichkeit nicht zeigen will. Nun gibt es da in Südthüringen einen Kummer, der macht Ihnen wirklich großen Kummer. Unser Parlaments-Kummer, da hören Sie manchmal nicht hin, was der Ihnen so erzählt, aber auf diesen Kummer müssen Sie nun einmal hören. Der hat sich nämlich in aller Ruhe überlegt, was für ihn Marktwirtschaft bedeutet und Ihnen geht ja immer der Ruf voraus, die CDU habe es mit der Marktwirtschaft und die SPD und PDS, die Deppen, die können die Zahlen nicht zusammenrechnen.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Soziale Marktwirtschaft.)

So, soziale Marktwirtschaft, genau. Herr Wunderlich, ich mache Ihnen jetzt einmal den Vorschlag: Sie wollen bei mir ein Auto kaufen. Ich sage 20.000 € kostet das. Daneben steht eins für 30.000 €, nehmen Sie das. Da werden Sie zu mir sagen, das kommt überhaupt nicht in Frage. Genau das muten Sie aber den Verbänden zu. Die haben für 40 Cent Grundwasser und Sie behaupten, es ist marktwirtschaftlich und marktfähig, denen für 62 Cent das Fernwasser anzudrehen. Wo da die Marktwirtschaft bleibt, das frage ich mich allen Ernstes.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist doch logisch.)

Herr Kummer in Südthüringen hat das sehr wohl verstanden und er ist in der komfortablen Lage, das wurde vorhin schon gesagt, die Verträge laufen aus, er kann sich getrost zurücklehnen und sagen, ich will marktwirtschaftliche Preise von euch. Wenn dann hier in diesem Antrag noch geschwafelt wird von Neukundenwerbung, die müssten ja restlos dämlich sein, die Neukunden, wenn sie zu diesen Preisen kaufen würden. Also wir haben jetzt lange genug Marktwirtschaft in Thüringen. So weit können die Leute allemal rechnen. Trauen Sie denen das zu.

Wenn hier irgendetwas getan werden soll, ich kann es mir jetzt nicht verkneifen, wenigstens noch einen Satz aus dem Kiembaum-Gutachten hier zum Besten zu geben. Da steht nämlich, vielleicht lässt Sie es die Regierung ja

auch einmal lesen, dass die Fernwasserzweckverbände in den vergangenen Jahren keine gravierenden betriebswirtschaftlichen Fehler gemacht haben. Das können Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Also, können wir davon ausgehen, dass Sie das Gutachten haben.)

Es gibt nur noch einen Dritten im Bunde, das ist die Thüringer Talsperrenverwaltung. Da frage ich mich besorgt, irgendeiner muss doch die gravierenden Fehler gemacht haben, die können nach Adam Ries nur dort liegen, sage ich einmal. Genau dort liegt das Problem. Sie wollen Folgendes machen und das halte ich ja strategisch gar nicht für so dumm: Die Talsperrenverwaltung ist betriebswirtschaftlich platt wie eine Flunder - das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen - und Sie denken, die Kommunen sind so blöd und übernehmen das hausgemachte Problem der Landesregierung in ihre Verantwortung. Überlegen Sie sich doch einmal wie praktisch das ist. Sie behaupten hier, Sie garantieren irgendwelche Preise, aber nur, wenn derjenige, dem Sie den Preis garantieren, mit der Garantiegeber ist. Da kann man ja wirklich sagen, das ist doch Schwachsinn im Quadrat, so kann es nichts werden. Machen Sie es der Reihe nach, stellen Sie sich eine ordentliche Prognose für den Verbrauch. Ich sage einmal, in Ostthüringen brauchen wir perspektivisch 25 Mio. m<sup>3</sup>, jetzt sind wir bei 30, Bevölkerungsrückgang ist gesagt worden, übrigens in Jena 8 Prozent Steigerung, wer hat das sonst in Thüringen, immerhin, insgesamt ganz klar ein Bevölkerungsrückgang. Machen Sie da einmal eine sinnvolle betriebswirtschaftliche Analyse,

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Machen wir auch.)

führen Sie die Korrekturen durch, kommen Sie dann zu den Einheiten, die da geklärt werden müssen, reden Sie dann über Entschuldung und über das Geld, was Sie tatsächlich haben und wenn das dann alles geregelt ist, kann man vielleicht auch über ein Fusionsmodell reden, aber vermauscheln Sie nicht die ganzen Probleme. Das würde kein guter Unternehmer tun. Also, wie gesagt, stellen Sie das Ganze vom Kopf auf die Füße, ein bisschen mehr Ehrlichkeit kann dem Problem nur gut tun. Vielen Dank.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Da will ich 1 Mio. Steuern wieder haben.)

(Beifall bei der PDS, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Schwäblein zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Schwäblein, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Ratschlag, den Frau Dr. Klaus Herrn Krauß gegeben hat, würde ich gern zurückgeben. Lassen Sie Ihre Rede bitte aber Ihren Mann lesen. Wenn er mutig genug ist, wird es ihm wahrscheinlich dann nicht sehr gut gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD hat heute behauptet, das Kienbaum-Gutachten nicht zu kennen. Gehört jetzt meine Vorrednerin nicht der SPD an, denn ich habe deutlich gehört, dass sie daraus zitiert hat?

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Herr Schwäblein, Sie müssen ...)

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sollten Sie das einmal intern verteilen, vielleicht sollten Sie die Fraktionsspaltung irgendwann einmal überwinden, was auch immer, aber behaupten Sie bitte hier nicht so einen Kram, es sei Ihnen nicht bekannt. Am Ende kommt raus, das ist ja doch der Fall.

Dann hat Herr Kummer, Landtags-Kummer, behauptet, in Erfurt seien die Wasserverluste noch bei 40 Prozent, das sind fast die DDR-Werte, da lagen wir bei knapp 50 Prozent. Zurzeit, Herr Kummer, ich sehe ihn jetzt gerade nicht, sind es noch 28 Prozent, Tendenz sinkend, erfreulicherweise. Ein Problem bleibt es weiterhin, eine der üblichen Erblasten, über die wir ja eigentlich nicht mehr reden dürfen, aber es darf gelegentlich einmal wieder gesagt werden.

Herr Wunderlich ist auf den Flächenverbrauch der Stadt Jena in fremden Gefilden eingegangen, der unnötig ist, weil Jena ein ausreichendes Dargebot an Fernwasser hat. Das gleiche Problem hatte die Stadt Erfurt, in der ich mich sehr gut auskenne. Hier darf bitte einmal eine Gesamtbetrachtung angestellt werden. Häufig sind die Verbände ja nur dabei und sehen ihres, sehen die Preisunterschiede zwischen dem Eigenwasser, das sie aus der Erde rausholen, gelegentlich nicht nach der Qualität und vor allen Dingen nicht nach den Folgekosten fragen. Sie müssten nach den Folgekosten fragen, weil der Bürger und die Unternehmen natürlich am Ende alles bezahlen müssen. Was passiert jetzt hier in Erfurt? Gesundheitlich ist das Wasser in Ordnung. Durch den sehr hohen Kalkgehalt haben die Hauseigentümer und die Unternehmen Kosten, die in diese Betrachtung nicht eingehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Rohrleitungssysteme, die Wasseraufbereiter haben eine deutlich geringere Nutzungsdauer.

(Beifall bei der CDU)

Jeder Einzelverbraucher hat erhöhte Aufwendungen, seine Kaffeemaschine zu reinigen, eine Teemaschine, die Armaturen. Jetzt lachen Sie bitte nicht, Frau Kollegin, bedenken Sie bitte, wie viel Waschmittel zusätzlich bei den Härtegraden von 28 und 29 durch die Gewässer und die Abwässer und die Kläranlagen gejagt werden müssen,

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe im Hause)

um den Entkalkungsgrad zu sichern. Bedenken Sie bitte bei dem heutigen Ausstattungsgrad an Geschirrspülern, wie viel Salz da zusätzlich aufgewandt werden muss, um allein diese Geschirrspüler tatsächlich in der Funktionsfähigkeit zu halten. Dann addieren Sie das einmal alles auf, ich sage Ihnen voraus, dann ist der erhöhte Fernwasserpreis mehr als kompensiert. Diese Gesamtbetrachtung muss man anstellen, wenn man redlich handeln will. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Es gibt eine weitere Redemeldung von Herrn Abgeordneten Krauß, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Krauß, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist halt so gekommen, wie ich es bei meiner Antragsbegründung schon vermutet habe. Ich bin mir sehr sicher, wir werden von der Opposition dieses Hauses zu dem Thema "Lösung der Probleme der Fernwasserversorgung" keine Hilfe zu erwarten haben. Machen wir uns also stark, gehen wir es an und lösen die Probleme selbst.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Unge-  
wohnterweise.)

Frau Dr. Klaus, eines sage ich Ihnen hier oder ich verspreche es Ihnen hier ganz klar: Ich werde diese Rede, die abgedruckte Rede, meiner Frau zu lesen geben und werde Ihnen über ihre Reaktion wahrheitsgemäß berichten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Mit liegen keine weiteren Redemeldungen mehr vor, so dass ich die Aussprache schließen kann. Ich habe aber noch nicht die Plenarsitzung geschlossen. Eine Überweisung an Fachausschüsse ist nach meinem Kenntnisstand nicht vorgenommen worden. Demzufolge kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 3/2079. Wer diesem Antrag zustimmt,

den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Mit einer Mehrheit von Stimmen ist dieser Antrag angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 13 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 14**

### **Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen**

Beratung der Großen Anfrage  
der Fraktion der PDS und Antwort  
der Landesregierung  
- Drucksachen 3/1554/1792 -  
auf Antrag der Fraktion der PDS  
dazu: Unterrichtungen durch die  
Präsidentin des Landtags  
- Drucksachen 3/1958/2065 -

In der Beratung hat sich als Erster für die Landesregierung Herr Minister Schuster zu Wort gemeldet.

### **Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Thüringer Wissenschaftslandschaft ist eng verbunden mit der Thüringer Wirtschaftslandschaft. Ein intensiver Technologie- und Wissenstransfer zwischen Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und Unternehmen garantiert eine starke, weil innovative Wirtschaft in Thüringen. Die Forschungs- und Technologiepolitik der Landesregierung orientiert sich an zwei Maßgaben, einerseits an national und international erkennbaren Schwerpunkten, andererseits an den in Thüringen vorhandenen oder zu entwickelnden Kompetenzen. Bereits 1994 hat die Landesregierung zur Ausarbeitung technologiepolitischer Förderschwerpunkte eine Strategiekommision Forschung und Technologie eingesetzt. 1997/1998 wurden die für Thüringen relevanten Technologiefelder erneut analysiert und entsprechend den weiterentwickelten Wirtschaftsstrukturen und der technologischen Entwicklungsdynamik fortgeschrieben. Selbstverständlich werden die nationalen und internationalen forschungspolitischen und technologischen Entwicklungen kontinuierlich im Hinblick auf Schlussfolgerungen für Thüringen beobachtet und bewertet.

Für Thüringen sind Technologieschwerpunkte bei folgenden Schlüsseltechnologien gesetzt: Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, neue Werkstoffe, Optik und Optoelektronik. Schwerpunkte sind auch bei weiteren Wachstumsfeldern gesetzt: der Produktionstechnik, der Mikrosystemtechnik und der Biotechnologie. Ebenso sind übergreifende Technologiefelder wie Umwelttechnik, Medizintechnik, Bau- und Baustofftechnologie eingeschlossen. Die Landesregierung erstellt gegenwärtig eine Technologiekonzeption zur Weiterentwicklung der Technologiepolitik für die nächsten vier bis fünf Jahre. Vertreter der Industrie, der Hochschulen

und der Forschungseinrichtungen entwickeln im Hinblick auf die zu erwartenden globalen Entwicklungstrends, vorhandene Thüringer Forschungspotenziale, auch des zukünftigen Bedarfs der Wirtschaft und der verfügbaren Ressourcen, real erreichbare neue Zielvorgaben. Außerdem erarbeiten Fachgruppen aus Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft Vorschläge mit dem Ziel, das gesamte Thüringer Technologiepotenzial zu stärken und zu verbessern. Die Ergebnisse sollen bis Mitte dieses Jahres vorliegen. Im Anschluss daran wird die konsequente Umsetzung der Konzeptionen im Vordergrund stehen.

Mit zielstrebigem Forschungs- und Technologiepolitik haben wir in den vergangenen Jahren eine gute Ausgangsposition erreicht. So hat sich im Rahmen eines tief greifenden strukturellen Umbaus eine völlig neue Forschungs- und Technologielandschaft in Thüringen herausgebildet. Wichtige Fortschritte sind bei der weiteren Entwicklung der Forschungs- und Technologieinfrastruktur erreicht worden, die gezielt in unserem Technologiedreieck Erfurt-Jena-Ilmenau ausgebaut wird. Es versteht sich von selbst, dass auch künftig die Förderung des Ausbaus der Infrastruktur von Forschung, Hochschulen und Technologie mit höchster Priorität stattfinden wird. Ziel unserer Politik sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Lande, die dem internationalen Vergleich standhalten und mit individuellem Profil eine angesehene Position in der Forschung einnehmen. Ziel sind auch Hochschulen, die Absolventen hervorbringen, um die sich der Arbeitsmarkt reißt. Ziel ist auch, Forschungseinrichtungen aufzubauen, die in der Region integriert sind und dort wirtschaftliche Entwicklung unterstützen. Nur so wird erreicht, dass Forschungsergebnisse in der thüringischen Wirtschaft auch genutzt, das heißt, zu innovativen Produkten und Verfahren umgesetzt werden. Die Thüringer Hochschulen haben diesen Prozess des Neuaufbaus in weiten Teilen abgeschlossen und in diesem Rahmen ihre Forschungsschwerpunkte und Profile neu bestimmt. Sichtbare Ergebnisse sind u.a. mehrere Sonderforschungsbereiche, Forschungsgruppen, Graduiertenkollegs, die Integration von sieben Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft, Forschungszentren und die Mitarbeit in zahlreichen nationalen, regionalen und zunehmend auch internationalen Forschungsschwerpunkten. Fachhochschulen sollen ihre Aufgaben durch anwendungsbezogene Lehre und entsprechende Forschung erfüllen. Demgegenüber zeichnen sich Universitäten durch stärkere Grundlagen- bzw. erkenntnisorientierte Forschung aus. Angesichts der insbesondere in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern stattfindenden Beschleunigung der praktischen Anwendung von Ergebnissen der Grundlagenforschung sind diese Grenzen jedoch fließend. Da in den neuen Ländern Industrieforschung noch weitgehend fehlt, nehmen beide Hochschulformen in Thüringen in verstärktem Maße auch Aufgaben stark anwendungsorientierter Forschung wahr. Mit Blick auf die außerordentliche Bedeutung des Mittelstands in Thüringen müssen wir erkennen, der große Aufwand für Forschung und Entwicklung kann von einer mittelständisch geprägten Wirtschaft allein nicht getragen werden. Darin liegt

der Gegensatz zu Großunternehmen. Dafür ist eine leistungsfähige Vernetzung der Forschung zwischen den Hochschulen einerseits und mit den thüringischen Unternehmen andererseits Voraussetzung. Im Hochschulbereich erfolgt sie auf der Basis einer Vielzahl gemeinsam durchgeführter Forschungsverbundprojekte, gemeinsamer Forschungsschwerpunkte und Kompetenzzentren sowie der gemeinsamen Teilnahme an branchen- oder technologiebezogenen Netzwerken.

Die Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen basiert auf direkten Kontakten, sie funktioniert beispielsweise im Rahmen von Auftragsforschung, Praxissemestern oder Praktikumsplätzen für Studierende, im Rahmen von Lehraufträgen von Beschäftigten der Wirtschaft an Hochschulen oder durch die Bereitstellung privater Mittel für Zwecke von Forschung und Lehre, etwa durch Finanzierung von Stiftungslehrstühlen. Darüber hinaus hat sich das TMWFK mit der Förderung von Verbundprojekten für ein effizientes Instrumentarium zur Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft entschieden. Als Verbundprojekt wird dabei die arbeitsteilige fachliche Zusammenarbeit von mindestens einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung und mindestens einem kleineren oder mittleren Thüringer Unternehmen gefördert. Durch diese Förderung besteht die Möglichkeit, den Weg von der Forschungsidee bis zum Produkt bzw. zur Förderungstechnologie zu verkürzen und den Übergang sowohl für Ideen als auch für Personen zwischen der Hochschule und der Wirtschaft weiter zu erleichtern.

Ein wesentliches Potenzial für Innovationen liegt in der mittel- und langfristigen Vernetzung vorhandener Potenziale im privaten und öffentlichen Bereich und in der disziplinenübergreifenden Zusammenführung von Wissen und Methoden verschiedener Fachgebiete. Zur Bündelung vorhandener Kräfte ist dabei die Konzentration auf Forschungsschwerpunkte und die Bildung von Kompetenznetzwerken unerlässlich. Nur so kann die gewünschte überkritische Masse erreicht werden. Dabei werden konkrete praxisbezogene Fragestellungen bearbeitet, deren Nutzung in der Wirtschaft oder den Gebietskörperschaften von vornherein angestrebt ist.

Die Hochschulen verfügen in Studierenden mit stark praxisbezogenem Studium über ideale Mittler zur regionalen Wirtschaft. Eine positive Wirkung der Hochschulen auf die regionale Entwicklung ergibt sich neben konkreten Einzelprojekten insbesondere durch die Vernetzung der regionalen Akteure in branchen- und technologiespezifischen Netzwerken. Durch das TMWFK selbst wurden in den Jahren 1999 und 2000 insgesamt 10 besonders innovationsträchtige Unternehmensgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erfolgreich gefördert. Das TMWFK und das TMWAI unterstützen darüber hinaus gemeinsam mit dem BMWF im Wege der Projektförderung das Netzwerk "GET UP" der Regionen Jena, Schmalkalden, Ilmenau. Es wurde be-

kanntlich im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs "Exist-Existenzgründer aus Hochschulen" prämiert. Die Gesellschaft zur Förderung neuer Technologien in Thüringen (GNT) leistet Hilfestellung. Die mit GET UP kooperierende Thüringer Existenzgründungsinitiative THEI unterstützt weitere technologieorientierte Existenzgründungen. Die außeruniversitäre Forschung wird geprägt von den Instituten der Max-Planck-Gesellschaften, der Fraunhofer Gesellschaft, den vom Land geförderten Forschungsinstituten und von der Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Leibniz. In Thüringen hat die Max-Planck-Gesellschaft drei Institute gegründet; 1993 das Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, 1996 das Institut für chemische Ökologie und 1997 das Institut für Biogeochemie. Diese drei Max-Planck-Institute sind in Jena angesiedelt. Sie befinden sich noch im Aufbau. Das MPI zur Erforschung von Wirtschaftssystemen hat seinen Neubau bereits bezogen. Für die noch in Provisorien untergebrachten beiden anderen Institute können die Neubauten für Chemische Ökologie voraussichtlich noch in diesem Jahr, für die Biogeochemie Mitte nächsten Jahres bezogen werden. In den drei Instituten sind derzeit etwa 265 Mitarbeiter beschäftigt, im Endausbau werden es etwa 650 sein.

Die Fraunhofer Gesellschaft unterhält in Thüringen das Fraunhofer Institut für Optik und Feinmechanik in Jena und gründete im Jahr 2000 in Ilmenau eine Fraunhofer Arbeitsgruppe für elektronische Medientechnologie. Bei positiver Begutachtung soll aus dieser Arbeitsgruppe ein selbständiges Fraunhofer Institut entstehen. Darüber hinaus betreibt die Fraunhofer Gesellschaft an der TU Ilmenau seit mehreren Jahren ein außerordentlich erfolgreich arbeitendes Anwenderzentrum für Systemtechnik mit den Schwerpunkten Energiemanagement, Trinkwasserbereitungswirtschaft, Abwasser und Talsperrensteuerung. Das IOF erfüllt seit Jahren die inhaltlichen und finanziellen Kriterien für ein Fraunhofer Institut in hervorragender Weise und gehört diesbezüglich zu den leistungsfähigsten in Deutschland. Darüber hinaus existieren in Thüringen derzeit folgende Blaue-Liste-Einrichtungen bzw. Außenstellen solcher Einrichtungen: das Institut für molekulare Biotechnologie in Jena, die Forschungsstation Quartärpaläontologie in Weimar, der Institutsteil Kühnhäuser bei Erfurt für das Institut für Gemüse und Zierpflanzenbau, Großbeeren. Bei der Gesamtevaluierung der Blauen Liste durch den Wissenschaftsrat wurde allen vorgenannten Einrichtungen ihre überregionale Bedeutung und das gesamtstaatliche Interesse an ihrer Förderung bestätigt. Damit ist eine Empfehlung zur weiteren Förderung gegeben. Das Hans-Knöll-Institut für Naturstoffforschung in Jena wird nach erfolgreicher Evaluierung durch den Wissenschaftsrat ab 2003 in die Blaue Liste aufgenommen werden. Mit dem Institut für physikalische Hochtechnologie in Jena, dem Institut für Bioprozess- und Analysetechnik in Heiligenstadt und dem Institut für Mikroelektronik und Mechatroniksysteme in Ilmenau verfügt das Land über weitere leistungsfähige Forschungsinstitute, deren Profile in besonderem Maße auf den Bedarf der regionalen Wirtschaft ausgerichtet sind.

Bemerkenswert sind inzwischen auch wieder die Forschungskapazitäten der Industrie selbst, die nach ihrem dramatischen Rückgang Anfang der 90er-Jahre auf rund ein Fünftel der bisherigen Kapazität seit 1996 wieder einen stetigen Zuwachs zu verzeichnen haben. Ende 2002 waren wieder fast 4.400 Forscher und Entwickler in den Unternehmen tätig. Allerdings liegt Thüringen bezogen auf die F- und E-Beschäftigten je 1.000 Erwerbstätigen immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der alten Länder, wenn auch an der Spitze der neuen Länder. Ein Indikator für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist zweifellos die Anzahl der Patentanmeldungen. Die Zahl der aus Thüringen stammenden Patentanmeldungen ist in den letzten Jahren von 565 im Jahr 1996 auf zuletzt 762 gestiegen. Thüringen liegt damit bei der Zahl der Patentanmeldungen, bezogen auf die Einwohnerzahl, an der Spitze der neuen Länder. Der wesentliche Strukturwandel von der nicht überlebensfähigen sozialistischen Planwirtschaft zur modernen, auf die offenen Weltmärkte hin orientierten Marktwirtschaft, hat in den vergangenen 10 Jahren deutlich sichtbare Ergebnisse gebracht und ist weit vorangekommen, aber noch nicht abgeschlossen. Das starke Engagement des Landes zeigt sich schon quantitativ an den mehr als 700 Mio. DM, die allein das Wirtschaftsministerium für den Ausbau der Technologieinfrastruktur sowie für betriebliche Innovationen und die Einführung neuer Technologien in Thüringen in den Jahren 1996 bis 2000 bereitgestellt hat. Dafür steht ein bewährtes Förderinstrumentarium zur Verfügung:

1. die einzelbetriebliche Technologieförderung,
2. die Förderung wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen,
3. der Ausbau der Technologieinfrastruktureinrichtungen,
4. die Technologieberatung und der Technologietransfer.

Die Technologieförderung steht sicher ganz im Vordergrund der Wirtschaftspolitik insgesamt. Unser erklärtes Ziel ist es, für kleine mittlere Unternehmen notwendige Innovationspotenziale durch eigene Anstrengung der Unternehmen bzw. durch ergänzende Hilfen des Staats und vor allen Dingen durch entsprechende Aktivitäten der Hochschulen zu steigern. Sie alle wissen, wir haben vier Universitäten, vier Fachhochschulen, eine Berufsakademie, die genannten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wir verfügen auch über ein Netz von 19 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und F- und E-Dienstleistungsunternehmen, über fünf technologiespezifische branchenorientierte Technologietransferzentren sowie acht moderne Technologie- und Gründerzentren und drei spezifische Applikationszentren. Ich brauche diese Zentren im Einzelnen nicht vorzustellen. Es kommt noch hinzu, dass Technologie- und Forschungsparks bei uns eine zunehmend wichtigere Rolle einnehmen bei der Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur einerseits und Regionalstrukturen andererseits. Im Zusammenhang mit der Förderung von Forschung und Technologie wird nicht selten die Befürch-

tung geäußert, dass mit der fortschreitenden technologischen Entwicklung aufgrund der damit einhergehenden Rationalisierung ein Verlust an Arbeitsplätzen die Folge sei. Die Landesregierung teilt angesichts der weltweit zu beobachteten Entwicklung solche Befürchtungen nicht. Sie setzt, wie in prosperierenden Regionen erfolgreich demonstriert wird, auf Forschung und Innovation. Bisherige Erfahrungen und Wirkungsanalysen haben gezeigt, dass Innovationen per Saldo eher zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beigetragen haben, als zu deren Abbau. Durch Innovationen und neue Technologien kommt es naturgemäß zum Wegfall einzelner alter Arbeitsplätze, aber auch zur Schaffung eben immer neuer Arbeitsplätze in verschiedenen Bereichen, und zwar neuer, in der Regel auch qualitativ hochwertiger und zukunftssicherer und eine größere Wertschöpfung erwirtschaftender Arbeitsplätze.

Das Ziel der Landesregierung besteht folglich weiterhin darin, durch besonders wettbewerbsfähige Unternehmen und Produkte Arbeitsplätze im Freistaat zu schaffen, aber auch zu erhalten. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass ein Verzicht auf Rationalisierung und Innovation zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde, ohne eine Chance auf neue Arbeitsplätze zu haben. Die besondere Förderung von Forschung und Entwicklung ist deshalb unverzichtbar, weil wir so Kompetenzen ausbauen können, die Thüringen für Investitionen und Beteiligungen an in- und ausländischen Unternehmen attraktiv macht.

Meine Damen und Herren, in den kommenden Jahren kommt es nach Auffassung der Landesregierung darauf an, das schon erreichte solide Gebäude weiterzubauen, indem einerseits technologisch führende Großunternehmen zur Ansiedlung bewegt und gewonnen werden und andererseits die bereits existierenden Unternehmen im Lande in ihren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen so unterstützt werden, dass sie sich auf umkämpften Märkten durchsetzen können. Auch die aktuellen Empfehlungen der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" speziell zum Stellenwert der zukünftigen F- und E-Förderung sowie der Innovationsförderung betonen die Bedeutung der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen. Die Enquetekommission gab für die zukünftige Ausrichtung der Förderpolitik Empfehlungen zum Aufbau der F- und E-Infrastruktur und zur Intensivierung einer leistungsorientierten FuE-Projektförderung. Darüber hinaus empfiehlt sie, das Instrument der Clusterförderung weiterzuentwickeln, die Schaffung von Wirkungsketten zwischen Forschung, Innovation, Produktion, Markt und Qualifizierung zu unterstützen sowie Kapazitäten der Forschung und Entwicklung in zukunftsweisenden Innovationsfeldern zu bündeln. Insofern wird auch durch diese aktuellen Empfehlungen der seit langem eingeschlagene Weg in der Forschungs- und Technologiepolitik aufs Neue bestätigt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet für die PDS-Fraktion Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba.

**Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben heute die Aussprache zur Großen Anfrage zur Forschungs- und Technologiepolitik beantragt, d.h., zur Antwort der Landesregierung. Die Antwort der Landesregierung ist sehr umfangreich und sie gibt einen Überblick über das bisher Erbrachte an Leistungen auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik und, ich denke, das ist in Thüringen schon sehr viel. Minister Schuster hat eben noch einmal die Ziele der Landesregierung vorgestellt und auch das Erreichte noch einmal charakterisiert. Unsere Aufgabe als Opposition ist es natürlich nicht, das zu wiederholen, sondern auch auf einige Defizite hinzuweisen. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn ich bei der Natur der Sache bin, will ich gleich sagen, ich wollte eigentlich sagen, Forschungs- und Technologiepolitik haben sozusagen als Investition in die Zukunft für Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Thüringen wirklich eine große Bedeutung und werden nach unterschiedlichen Aspekten diskutiert. Was die Politik anbelangt, will ich mich gleich an dieser Stelle ein wenig korrigieren: Das gilt vielleicht für die Gesamtpolitik des Landes, aber nicht für alle Politiker, was wir an der Anwesenheit hier im Raum erkennen können.

(Beifall bei der PDS)

In einem waren wir uns jedenfalls in allen vergangenen Debatten einig, dass Forschung und Technologie für Innovation, Wachstum und für Arbeitsmarktentwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Die Dinge, die Sie benannt haben, die sich aus Rationalisierungseffekten und Ähnlichem ergeben, sind ja anders zu diskutieren und auch in einem anderen Kontext. Ich glaube aber, wir müssen das hier noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir das auch befördern wollen. Ich denke auch, wenn man über diese exponierte Stellung von Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen sprechen will, dann müsste man das sehr weit begründen. Das kann man in einer Parlamentsrede nicht, ich will es deshalb nur thesenhaft darstellen.

Wir gehen davon aus, dass die Thüringer Wirtschaft nur bedingt auf einem guten Weg ist. Das haben Sie sicher auch von uns nicht anders erwartet. Der Finanzminister hat einen Nachtragssparhaushalt angekündigt. Vorerst setzt das Wissenschaftsministerium einen Erlass des Finanzministeriums um, der auf sämtliche Haushaltstitel der Hochschulen eine 20-prozentige Sperre verfügt.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU)

Vorerst habe ich gesagt. Die Hochschulen sind sowieso mehr Gestalter des Mangels als Gestalter von freier Entwicklung. Darüber muss man reden. Man muss über die Einstellung von Mitteln für diesen Bereich reden, wenn man über Forschungs- und Technologiepolitik spricht, auch für den Nachtragshaushalt. Der Thüringer Innovationsfonds ist leer, das haben wir gestern der Presse entnehmen können. Damit werden natürlich die von Minister Schuster angekündigten und auch geforderten Unternehmensgründungen für kleine und mittelständische Unternehmen kompliziert bzw. vakant. Die Arbeitslosenquote in Thüringen liegt immer noch bei 15,4 Prozent. Das ist im Dezember die höchste seit September vergangenen Jahres. Damit reiht sich Thüringen in die ostdeutsche Gesamtentwicklung ein. Das will ich hier sagen bei allem Positiven, aber man muss auch die Realitäten mit im Auge behalten und das Ost-West-Gefälle bleibt bestehen. Das Wirtschaftswachstum in den ostdeutschen Bundesländern ist niedriger als das der westdeutschen Bundesländer und die Frage ist schon zu stellen, ob die wirtschaftspolitischen Instrumente ausreichend sind oder ob sie ausgereizt sind oder welche neuen man auch in Angriff nehmen kann.

Ich könnte jetzt noch einiges sagen zum UN-Komitee, das gesagt hat, dass der anhaltend niedrige Lebensstandard in Ostdeutschland, die hohe Jugendarbeitslosigkeit - übrigens in Thüringen bei 12,9 Prozent - sehr kritisch zu bewerten sind, dass wir, was die Pro-Kopf-Wirtschaftskraft anbelangt, den armen Regionen Portugals, Italiens und Griechenlands zugeordnet werden, aber das sind Dinge, die hier auch zu dieser Stunde wohl zu weit führen können.

Jetzt haben aber alle Parteien, das haben wir auch den ganzen Vormittag schon gemerkt, die CDU und die SPD, die Entwicklung Ostdeutschlands als Wahlkampfthema erkannt. Da ist hier heute Morgen schon in aller Konsequenz zugeschlagen worden. Wenn die PDS das macht, wird ihr vorgeworfen, dass sie die Interessen der Ostdeutschen vertritt

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Wir auch!)

oder in unserem Fall vielleicht der Thüringer. Ich will nur sagen, ich freue mich, dass jetzt alle Parteien das Thema für sich in Anspruch nehmen und voranbringen wollen,

(Beifall bei der PDS)

das hoffe ich auch für dieses Politikgebiet. Wir wollen natürlich weder Nullwachstum, Schrumpfung oder soziale Abwärtsentwicklung und sehen deshalb wirklich einen Ausweg im konsequenten Aufbau von Forschung und Technologie. Dafür trägt der Bund viel Verantwortung, das wissen wir, aber auch das Land. Ich sage es noch einmal, es geht zuallererst um die Bereitstellung von Mitteln, es geht aber auch um qualifizierte Menschen, die Ideen entwickeln und umsetzen können. Ich will mich jetzt nicht

auch noch zur PISA-Studie äußern, das lasse ich weg, das bringt ja hier heute nun nichts mehr. Aber die Begleitforschung des Transformationsprozesses durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist eingestellt worden, obwohl Deutschland noch keine wirtschaftliche Einheit bildet. Deshalb, denke ich, sind eigene Analysen zu den Gegebenheiten in Thüringen notwendig. Da halte ich z.B. die Ergebnisse der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung in Thüringen" für relevant als auch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Forschungs- und Technologiepolitik als auch die Aussage dazu.

Ich möchte einiges zu unseren Auffassungen zu Grundsätzen und Schwerpunkten der Forschungs- und Technologiepolitik sagen. Minister Schuster hat bereits darauf verwiesen, dass 1994 eine Strategiekommision Empfehlungen dazu auf den Tisch gelegt hatte. Jetzt haben wir das Jahr 2002 und glücklicherweise ist jetzt die Beauftragung durch Wirtschaftsministerium und STIFT gemacht worden, dass eine aktuelle Technologiekonzeption für Thüringen erarbeitet werden soll, in die viele Experten einbezogen werden. Das begrüßen wir sehr. Ich erinnere Sie daran, wir hatten ungefähr vor einem Jahr so etwas gefordert, da kam aus der Mitte des Hauses die Planwirtschaft angewandelt, aber wir freuen uns, dass jetzt eine Technologiekonzeption erarbeitet werden soll.

(Beifall bei der PDS)

Ich will aber noch etwas dazu sagen, ich glaube, dass man diese Technologiekonzeption nicht nur mit Experten beraten sollte, sondern dass man auch darüber öffentlich informieren muss, weil Forschung, Wirtschaft und Technologie kein Selbstzweck sind. Sie werden letztlich für Menschen gemacht und ihre Ausrichtung orientiert sich an den Zielen einer Gesellschaft. Die Brisanz, die in diesen Fragen steckt, zeigen die aktuellen Debatten um Gentechnologie und Biotechnologie. Wenn ich die Aussagen der Frau Ministerin betrachte und die Aussage des Ministers auf der anderen Seite zu diesem Thema, dann zeigt sich dort schon allein, dass es einer Debatte bedarf, und zwar einer öffentlichen Debatte.

(Beifall bei der PDS)

Uns wird von Forschern wie Unternehmern immer wieder gesagt, Thüringen sollte an dem anknüpfen, was es kann. Minister Schuster hat bei allen Feldern auch die Optik benannt; Laserforschung, Laseranwendung kommen in der Beantwortung der Großen Anfrage z.B. nicht vor, aber, ich denke, sie sollten in Strategiepapieren vorkommen. Vielleicht ist das einfach nur vergessen worden, die technologische Praxis ist anders im Land. Ich denke, das müsste man mit erfassen.

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Es ist dabei!)

Sie sagen, es ist dabei, dann ist das okay. Uns wurde von Akteuren dieser Prozesse auch die Frage gestellt, ob Optik-, Laserforschung nicht eventuell sogar mehr zu fördern oder zu befördern wären als Informations- und Kommunikationstechnologien. Das betrifft die Frage der Schwerpunktsetzung. Dann habe ich eine Frage: Uns wurde von informierter Seite gesagt, es hätte die Möglichkeit gegeben, in Thüringen ein viertes Max-Planck-Institut anzusiedeln. Diese Ansiedlung wäre durch die Landesregierung nicht begleitet worden und es hätte sich jetzt in Bayern angesiedelt. Wenn diese Aussage wahr ist, hätte ich darauf gern eine Antwort.

In der Antwort auf die Große Anfrage teilt die Landesregierung ohne Begründung mit, zur Orientierung und Bewertung von Forschung will man keine Ethikkommission. Spätere Fragen zur Technologiefolgenforschung und -bewertung werden damit beantwortet, dass das auf der Bundesebene gemacht wird. An dieser Stelle will ich ganz entschieden sagen, das sehen wir anders. Ich verweise noch einmal auf die Dinge, die ich vorhin schon benannt hatte, was die Diskussion um Gentechnologie und Ähnliches anbelangt. Ich denke, ein Dialog von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit muss sein, den wollen Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaftler und Wirtschaftspolitiker selbst. Das habe ich mir nicht ausgedacht. Wir haben mit den Leuten gesprochen und, ich denke, dazu sollte auch eine geeignete Form gefunden werden. Ich glaube auch fest, dass sie gefunden wird. Wer sie findet, das ist dann eine andere Sache, aber es wäre gut, wenn die Landesregierung sie finden würde.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Chancen und Nöte, die sich aus neuen Forschungsgebieten und -ergebnissen ergeben in Bezug auf Verwertbarkeit und Anwendung, müssen öffentlich diskutiert werden, davon bin ich überzeugt. Wenn ich mir ansehe, das hängt dann auch mit den Mitteln zusammen, die man einstellt, die Dinge, die in der Genforschung gemacht werden und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen sofort veröffentlicht werden, in das Netz gestellt werden. Werden sie in der Industrie gemacht, ist das nicht notwendig. Deshalb halte ich diesen Diskurs mit allem, was rechtliche Fragen betrifft, alles was drumherum gehört, ethische Fragen usw. für notwendig.

(Beifall bei der PDS)

Die neuen Leitlinien zur Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen sollten auch eine Orientierung geben, wie es der Wirtschaft gelingen kann - Sie hatten darauf verwiesen, dass das sein muss -, Forschungs- und Technologiepolitik künftig besser selbst entwickeln zu können. Unternehmen, die als verlängerte Werkbank in Thüringen agieren, werden selbst keine Forschungskapazitäten bereitstellen. Deshalb, denke ich, ist die Gründung eigener Unternehmen eine ganz wesentliche Sache, um einen selbsttragenden Aufschwung für Thüringen zu ini-

tieren. Das schätzen auch Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände selbst ein, die sagen, dass Firmen, die selbst so agieren, eine Innovationsrate von zwei bis 100 Prozent haben und eine Produkterneuerungsrate von bis zu 27 Prozent. Herr Minister, ich denke, das sollte die Landesregierung beflügeln, den Thüringer Innovationsfonds wieder aufzufüllen oder zu reaktivieren. Das wäre unsere Aufforderung an die Landesregierung.

(Beifall bei der PDS)

Sie hatten selbst schon gesagt, dass man eine Innovationsoffensive braucht und dafür auch einen Mix von kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Bei den großen Unternehmen haben wir ja ein Problem, bei den kleinen und mittleren haben wir auch Probleme, aber wir haben welche. Ich denke, dass diese Vernetzung notwendig ist, um eine Basis für ein hinreichendes endogenes Potenzial von Forschung und Entwicklung der Wirtschaft Thüringens zu schaffen.

Sie hatten auch über die erfolgreichen Netzwerkgründungen, Clustergründungen etc. gesprochen. Ich glaube, darüber besteht ja auch Einigkeit, dass das erfolgreich ist. Aber ein Problem für einen weiteren technologischen Schub wurde uns immer wieder benannt, das möchte ich hier auch artikulieren. Das Problem wurde benannt als ein Problem der unterschiedlichen Förderrichtlinien in benachbarten Bundesländern, in den ostdeutschen Bundesländern, dass es dort schwer zu einer Abgleichung kommt, um sozusagen auch über die Landesgrenze hinaus agieren zu können. Es gibt diesen Druck von unten, dort politisch mehr aufzumachen. Dazu fordern wir die Landesregierung auch auf. Vielleicht gibt es auch schon Aktivitäten in dieser Beziehung. Ich frage einfach, ob Sie schon Initiativen dazu entwickelt haben, um diese Hemmnisse aufzulösen.

An dieser Stelle möchte ich dann auf ein landesinternes Problem hinweisen, auf das wir immer wieder hingewiesen haben und es auch heute tun wollen. Forschungs- und Technologiepolitik an den Leuchtturmstandorten sind etwas sehr Positives. Das kann ich hier nur so darstellen. Herr Seela nickt geneigt mit dem Kopf.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Nicht zustimmend.)

Wir kommen ja beide aus der gleichen Stadt. Ich weiß natürlich auch, welche hohen sozialen und kulturellen Effekte so eine Standortentwicklung haben kann. Aber ich denke, Thüringen kann sich nicht Leuchttürme an der einen Stelle und Brachen an der anderen Stelle leisten.

(Beifall bei der PDS)

Dort sollten Entwicklungen gemacht werden. In der Antwort auf die Große Anfrage wird gesagt, man muss natürlich erst einmal die Potenziale entwickeln und der Sinn der Förderung wäre nicht zuallererst Regionalför-

derung im Bereich der Forschung. Aber, ich denke, es muss miteinander korrespondieren.

Ich wollte jetzt noch einiges zu den Erhöhungen sagen, die auf vielen Gebieten notwendig sind. Das lasse ich jetzt mal weg, aber ich gehe noch einmal auf den Hochschulbereich zurück. Ich möchte hier deutlich sagen, diese vorläufige Kürzung der Mittel auf 80 Prozent behindert die Hochschulen deutlich. Sie ist laut KTS verbunden mit einem Wiederbesetzungsstopp für frei gewordene Stellen. Das geht zulasten der Ausbildung der Studenten und ich fordere Wissenschafts- und Finanzministerium dazu auf, dort zu einer Lösung zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt auf einige wenige Einzelheiten in der Antwort der Großen Anfrage beziehen und beginne mit einem Teil, der eigentlich in der Frage und auch in der Beantwortung an der letzten Stelle der Großen Anfrage stand, und das ist der Teil "Frauen in Forschung und Entwicklung". Dazu möchte ich zuallererst zwei Fragen stellen. Wenn es bei hochkarätigen Wissenschaftsorganisationen, wie der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gesellschaft Gleichstellungspläne gibt, warum ist es dann nicht an Thüringer Hochschulen möglich, diese Gleichstellungspläne aufzustellen?

Und meine zweite Frage ist die: Die Universität Erfurt, wird ausgesagt, plante für das Jahr 2001 eine größere Tagung zur Vernetzung von Frauenforschung. Heute ist das Jahr 2002 schon weit fortgeschritten und die Frage ist ganz einfach: Wann findet diese Konferenz statt? Bis jetzt hat sie - soweit wir wissen - nicht stattgefunden.

Zu den anderen Aussagen zu diesem Thema in der Antwort der Großen Anfrage möchte ich zuerst eine Aussage machen, die den Gleichstellungsbeauftragten aufgefallen ist. Die Antwort auf die Große Anfrage ist durchgängig in der männlichen Sprachform gemacht. Nun bin ich auch nicht jemand, der jedesmal das große "I" schreibt, aber man könnte natürlich auch "Professorin" schreiben, statt "Professor", wenn es sich um eine Frau handelt. Sprache ist ja auch immer Ausdruck von Denken. Wenn dann die Gleichstellungsbeauftragten zwar an Berufungsverfahren teilnehmen und zuhören, aber nichts mitentscheiden dürfen, ist das Ergebnis so, ich will es deutlich machen: Der Frauenanteil bei Berufungen C 4, C 3, C 2 betrug 1997 16,7 Prozent - die anderen Jahre lasse ich weg -, 2000 17,6 Prozent. In absoluten Zahlen heißt das: 1997 - von 78 Professoren waren 13 Professorinnen und 2000 - von 74 waren wieder 13 Professorinnen. Das ist natürlich ein geringer Anteil. Das Manko wird noch viel besser, und zwar wenn es um die Besetzung von Leitungspositionen geht. Von zehn Rektoren war immer eine Frau dabei; eine Rektorin war eine Frau, bis zu diesem Jahr. Von 18 bzw. 20 Prorektoren gab es vier Frauen, 2000 waren es erstmalig fünf. Kanzler, wie auch in der Politik - das wissen Sie - werden Frauen nicht, immer nur Männer.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen mal eins, Herr Seela. Wenn die CDU das so handhaben würde wie die PDS, mindestquotiert in allen Bereichen, vielleicht auch in der Politik, was meinen Sie, wie sich das Bild in der Mitte des Hauses hier verändern würde.

(Beifall bei der PDS)

Das wäre doch ein Beitrag. Nehmen Sie das mal in Angriff.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Da muss man Bewerberinnen haben.)

Das weiß ich nicht, das müssen Sie sich überlegen. Ich kenne Ihre Frauen nicht, die könnten jetzt beleidigt sein. Ich denke also, dass Maßnahmen zur Frauenförderung, die die Ministerin ja sehr befürwortet, auch im Landeshochschulplan sehr befördert, sich aber nicht nur nach dem Prinzip orientieren sollten, bei gleicher Eignung werden bevorzugt Frauen eingestellt. Ich denke, Frauen brauchen deutlich eine besondere Förderung auch in diesen Bereichen. Wenn ich Sie so ansehe, weiß ich, dass es stimmt, das muss ich mal so sagen.

(Beifall bei der PDS)

Die Landesregierung sagt aber in der Großen Anfrage, dass sie die Zielvorgaben zu Frauenanteilen für ungeeignet hält, da sie mit dem Prinzip der Bestenauslese kollidieren. Soviel dazu. Nur noch eine Zahl. Der Frauenanteil insgesamt im Bereich Forschung und Entwicklung beträgt 18 Prozent. Eine Prognose durch die Landesregierung wird dazu nicht gegeben. Ich glaube, das sagt doch schon einiges über die Situation aus. Ich bin auch gern bereit, dass wir uns dazu vielleicht nachher noch mal etwas ausführlicher verständigen.

Zur Forschung an den Hochschulen: Ich hatte schon auf diese Mittelkürzung hingewiesen. Wir wissen alle, dass dort ein hoch qualifiziertes Humankapital für die Entwicklung unserer Gesellschaft verankert ist. (Ich muss jetzt mal ein bisschen meine Zettel sortieren, sonst komme ich durcheinander. Das würde Sie ja freuen, das glaube ich Ihnen gern.) Aber wir haben auch eine Tendenz zu beobachten, dass bei steigenden Studierendenzahlen die Anzahl der Wissenschaftlerstellen stagniert bzw. sich etwas verringert. Das geht natürlich auch zulasten der Forschungskapazität. Die Rektoren monieren das, wir monieren das, Sie monieren das vielleicht im stillen Kämmerlein auch. Aber, ich glaube, wir brauchen dort eine bessere Stellenausstattung insgesamt.

Das zweite Problem, was wir haben, ist die Bezahlung in diesen Bereichen an den Hochschulen und Instituten. Es wird uns immer wieder gesagt. Das kann ich Ihnen auch anhand von Stellungnahmen zur Großen Anfrage sagen, dass sich natürlich das unterschiedliche Bezahlungsniveau zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Forschungs-

einrichtungen zum gravierenden Problem entwickelt. Dazu kommt dann noch ein Ost-West-Problem, das ist wirklich ein gravierendes Problem; und ein Institutsdirektor hat die Aussage getroffen, dass viele Leute nur noch in der Forschung bleiben, weil die Wirtschaft hier noch nicht in ausreichendem Maße gut bezahlte Arbeitsstellen zur Verfügung stellt. Darüber muss man, glaube ich, nachdenken, wenn man diesen Bereich entwickeln will.

Zu Drittmitteln, das lasse ich weg, Sie sind schon sehr unruhig. Aber, ich denke, allein aus der Drittmittelförderung können sich diese Einrichtungen nicht finanzieren.

Jetzt habe ich eine grundsätzliche Frage an die Landesregierung, die hätten wir auch gern beantwortet. Welche Priorität nimmt die Forschungs- und Technologiepolitik insgesamt im Verhältnis zu anderen Politiken des Landes Thüringen ein? Diese Frage hätte ich gern beantwortet und die Beantwortung dieser Frage müsste sich auch im Haushalt niederschlagen.

Wenn es Frau Schipanski gelingt, die Mittel auf gleicher Höhe zu behalten, was letztlich für Forschungseinrichtungen, für Universitäten einen Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel bedeutet, dann fordern wir, dass diese Mittel aufgestockt und erhöht werden. Die Frage stellt sich mir und ich hätte sie gern beantwortet, auch wie sich das im Haushalt, vielleicht auch in diesem Nachtragshaushalt eigentlich dann darstellen soll.

An dieser Stelle möchte ich noch eine Aussage treffen zur territorialen Ausweitung von Forschungs- und Ausbildungskapazitäten. Das wird vielleicht den einen oder anderen wundern, ich komme ja aus Jena. Die Fachhochschule Jena hat ihren Standort immer heldenhaft verteidigt und wir ihn auch. Aber, ich denke, Ostthüringen braucht deutlich auch einen Standort für Ausbildung und Forschung. Ich könnte mir z.B. sehr gut vorstellen, dass für den Ostthüringer Raum an vorhandene Kapazitäten angeknüpft werden kann, indem man meinetwegen dort ein Forschungsinstitut hinbaut - ein kleines - oder hinbauen muss man es vielleicht noch nicht einmal, es steht genug leer. Oder aber, dass man dort einen Studiengang auslagert, der sich an die dort vorhandenen Potenziale anbindet, die im Bereich der verarbeitenden Industrie liegen könnten. Das würden wir sehr begrüßen, wenn die Landesregierung das tun würde.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt wollte ich eigentlich doch noch etwas zur PISA-Studie sagen. Das mache ich nicht. Aber wir hatten eine Frage zur Bildungsforschung gestellt. Die ist natürlich hier sehr unzureichend beantwortet. Ich möchte mir an dieser Stelle doch einmal das Recht nehmen, Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten, kurz einen der Institutsdirektoren zu zitieren, welche Probleme und welche Ansätze er sieht. Wir haben heute Morgen lang und breit über Bildung geredet. Aber es gibt natürlich nicht nur im Bildungs-

bereich Vorstellungen darüber, sondern es gibt darüber auch Vorstellungen bei denen, die die Folgen von Bildung tragen oder abbekommen oder nutzen. Ich lese das einmal vor: "Nach Ansicht vieler Kolleginnen und Kollegen bringen immer weniger Gymnasiasten die notwendigen Voraussetzungen und Kenntnisse für ein Hochschulstudium mit. Wenn man beispielsweise einem Studenten in naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen Grundkenntnisse des Physikunterrichtes während des Studiums beibringen muss, liegt das wohl nicht immer an den Studenten und sicher nicht an den Lehrern. Meines Erachtens muss über die Lehrpläne so schnell wie möglich nachgedacht werden, müssen diese verändert werden. Ich habe hier am Standort schon verschiedenste Angebote an Gymnasien gemacht, sie reichen von Lehrerweiterbildung über die gemeinsame Einrichtung von Collegs bis zur Begabtenförderung, und höre immer wieder, dass man wirklich interessiert ist, aber die Lehrpläne zu wenig flexibel sind. Änderungen sind meines Erachtens erforderlich sowohl hinsichtlich größerer Flexibilität, aber ganz entscheidend auch in Richtung der Vermittlung naturwissenschaftlich-technischer Erkenntnisse."

Ich denke, über diesen Satz eines der Folgenträger von Bildungspolitik sollten wir sehr genau nachdenken und auch darüber, ob man nicht vielleicht doch Experten hört zur Bildungspolitik z.B. in einer Enquetekommission und nicht nur in Form einer Anhörung.

Eine Helmholtz-Gesellschaft, das hatten wir hier schon einmal gefordert, würden wir gern in Thüringen haben. Es gab hierzu eine Auskunft, dass daran gedacht wird, sie anzusiedeln. Wie weit der Stand ist, das wissen wir nicht. Vielleicht könnte das hier heute noch mal gesagt werden.

Zu den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und Unternehmen - Sie hatten schon einmal etwas dazu gesagt, ich will das hier nicht alles wiederholen, das wäre Unfug. Aber es gibt aus unserer Sicht und aus der Sicht der Betroffenen ein Riesenhindernis und das ist die Bürokratie. Passen Sie auf, ich mache das deutlich. Sie haben das nämlich auch deutlich gemacht. Am 27. November hat die STIFT einen Erfahrungsaustausch zur Beantragung von europäischen Forschungsförderungen durchgeführt. Die Redner haben berichtet, sie haben zweieinhalb Kilo Beantragungen einreichen müssen, zweieinhalb Kilo! Wissen Sie, was das für einen Wissenschaftler bedeutet. Da werden die schon verrückt, wenn die die Zettel bloß angucken. Wenn die Bürokratie in Kilo gemessen werden muss, dann spricht das nicht für sich. Das sind natürlich auch europäische Förderbedingungen, aber auch in Thüringen gibt es da immer wieder ...

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Bei 2,5 Metern hätte ich wehleidig gestutzt.)

Nein, zweieinhalb Kilo. Die haben das gewogen.

Ich habe noch eine weitere Frage an die Landesregierung. Die Landesregierung beklagt die geringe Kapitalausstattung der Unternehmen und die Zurückhaltung der Banken und die geringen Möglichkeiten eines Zugriffs auf Risikokapital. Das ist sicher auch richtig so. In der Antwort ist kein Wort über die Aufbaubank gefallen. Vielleicht war das schon sozusagen der prophetische Blick über das, was nun mit dem Innovationsfonds passiert ist. Ich mache es jetzt mal ein bisschen spickig. Sie können ja darauf antworten. Aber was kann und tut die Landesregierung wirklich für die Förderung von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen in diesem Bereich? Also, da würde ich auch gern nach der Wagniskapitalgesellschaft fragen.

Zum Technologietransfer - der Minister hat etwas dazu gesagt. Die Aussagen hier in der Antwort sind sehr vage. "Erste Früchte", "fortlaufend ausgebaut", "wirkungsvoll", das ist natürlich nicht analytisch. Ich kann das als kritisch hinnehmen, wenn ich das abstupe. Aber es ist nicht analytisch. Diese Analyse hätten wir uns an dieser Stelle gewünscht und wenn das Wirtschaftsministerium sagt, es kann keine Aussagen über Ausgründungen von technologisch orientierten Unternehmen aus Wirtschaftsunternehmen treffen, dann müssen wir uns eben an die IHKS wenden, um diese Auskunft zu erhalten und um auch dort zu einer Bewertung zu kommen.

Dann hatten wir noch einen Punkt abgefragt: Internationale Zusammenarbeit. Dort geht aus der Antwort etwas ganz Erstaunliches hervor, dass die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich Forschung und Technologieentwicklung - ich nehme jetzt die nackte Antwort der Landesregierung - sich vorrangig im Bereich der ehemaligen sozialistischen Staatengemeinschaft vollzieht. Wir haben natürlich nichts gegen diese Projekte einzuwenden, aber die Frage ist trotzdem, warum ist nur diese Ausrichtung hier beschrieben worden. Delegationen des Landes Thüringen waren in Japan, in den USA überall und die Frage ist natürlich, welche Effekte hat das für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen gebracht.

Meine Damen und Herren, wir sind alle erschöpft. Ich möchte anschließend der Landesregierung für die Beantwortung der Großen Anfrage danken. Ich verhehle aber nicht, dass wir sie uns etwas kritischer gewünscht hätten. Wir werden aber die Forschungs- und Technologiepolitik weiterhin in Thüringen kritisch begleiten. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion hat sich Abgeordneter Kretschmer zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter T. Kretschmer, CDU:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will nicht spekulieren, Frau Dr. Kaschuba, mit welcher Absicht die PDS-Fraktion die Große Anfrage erstellt hat. Aber, ich denke, entscheidend ist das Ergebnis, was uns hier durch die Landesregierung vorgelegt wurde zur Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen, eine sehr umfangreiche Beantwortung, die von Ihnen auch schon recht wohlthuend gewürdigt worden ist. Ich denke, es ist ein Verbundprojekt zwischen Frau Wissenschaftsministerin und Herrn Wirtschaftsminister. Eine sehr umfangreiche Schau auf die letzten 10 Jahre erfolgreicher Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen. Der Erfolg ist belegt worden sowohl durch die Ausführung der Enquetekommission "Wirtschaftsförderung", sie wird begleitet durch den Antrag der CDU-Fraktion "Konsequente Weiterentwicklung der Förderung der Verbundforschung im Freistaat Thüringen", und, meine Damen und Herren, auch innerhalb der Union durch einen Leitantrag "Thüringen innovativ und wirtschaftlich stark". Eine gute Gesamtschau also in diesem Feld, einem für die Wirtschaft in Thüringen wichtigen Feld. Thüringen hat in den vergangenen Jahren eine gute Ausgangsbasis geschaffen, sich zu einer erfolgreichen Wachstumsregion zu entwickeln, die vor allem auf einer gelungenen Kombination von wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Kompetenz sowie weiteren innovationsfördernden Standortfaktoren beruht.

Thüringen kann im Wettbewerb letztendlich nur auf die Qualifikation und die Kreativität seiner Menschen, die Qualität seiner Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, die unternehmerischen Potenziale seiner Bevölkerung und die Innovationskraft der Unternehmen setzen. Leider, das hat der Wirtschaftsminister bereits vorgetragen und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussion, vergrößert sich der Abstand zwischen den alten und den neuen Ländern. Das Ost-West-Gefälle wird in einzelnen Bereichen bzw. in Regionen sogar wieder vergrößert. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist dieser Abstand Ost-West weit aus größer als auf wissenschaftlichem Gebiet. In Teilbereichen der Grundlagen- und angewandten Forschung hat Thüringen sogar schon Spitzenleistungen erreicht. Generell gilt allerdings, dass die Forschungskapazitäten insbesondere in der Industrieforschung in Thüringen und in den anderen neuen Ländern deutlich schwächer ausgelegt sind als im übrigen Bundesgebiet. Wachstumschancen wird Thüringen auf Dauer nur haben, wenn es gelingt, Produktionen aufzubauen, die das angestrebte hohe Lohnniveau durch eine entsprechende Wertschöpfung rechtfertigen. Thüringen investiert deshalb besonders in Wissen, Technologie und Innovation.

Der Schwerpunkt unternehmerischen Handelns wird sich stärker als bisher auf die Entwicklung und Markteinführung überlegener Produkte und Dienstleistungen sowie Prozessinnovation verlagern müssen. Verstärkt wird es darauf ankommen, qualitative Standortfaktoren zu mobilisieren wie Anstrengungen im Bereich der Aus- und

Weiterbildung seitens der Wirtschaft und des Freistaats.

Die Enquetekommission "Wirtschaftsförderung" hat festgestellt, dass die Wirtschaftsstruktur Thüringens stark von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, die aufgrund ihrer schmalen Ressourcenbasis nur geringe Möglichkeiten für die Durchführung eigenständiger Forschung und Entwicklung haben. Die vorhandenen Filialbetriebe auswärtiger Großunternehmen verfügen häufig ebenfalls über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. So ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt und der Beschäftigung aufgrund der hohen Zuwachsraten der 90er-Jahre zwar höher als in den anderen neuen Ländern, jedoch deutlich niedriger als in Westdeutschland. Hinzu kommt, dass die schmale industrielle Basis Thüringens nur vergleichsweise geringe Kapazitäten in Forschung und Entwicklung trägt, Herr Minister Schuster hat dazu vorgetragen, ich will es jetzt hier nicht noch einmal wiederholen.

Die Thüringer Hochschul- und Forschungseinrichtungen haben den Neuaufbau weitgehend abgeschlossen und ihre Profile neu bestimmt. Auch hier ist bereits vorgetragen worden über die Rolle der vier Universitäten und der anderen Einrichtungen. Ich werde im Sinne einer optimalen Zeit darüber hinweggehen, aber die Thüringer Forschungseinrichtungen haben neben der Grundlagenforschung vor allem - und das ist ja durch den Antrag der CDU-Fraktion, den ich bereits zitiert habe, gelungen - im Bereich der Verbundforschung gemeinsam mit den Industriepartnern beachtliche Erfolge erzielt. Die erfolgreiche Bioregio-Initiative hat beispielsweise zur Gründung einer Vielzahl von innovativen Unternehmen beigetragen. Wissenschaft und Forschung legen die Grundlagen für Innovation und Wirtschaft und Gesellschaft und sind damit für die Zukunft Thüringens wichtig. Sie sind der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Die Leistungen der Wissenschaft werden immer wichtiger für die Leistungskraft der Wirtschaft. Also, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft ist notwendig, um erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer zu praktizieren.

Meine Damen und Herren, eine höhere Transferrelevanz von Forschung lässt sich vor allem durch frühzeitige Einbeziehung der Unternehmenssicht in den Forschungsprozess erreichen. Die Zusammenarbeit der Universitäten mit der Wirtschaft ist immer noch stark durch die kurzfristig orientierte, zielgerichtete Auftragsforschung geprägt. Dagegen werden die strategischen Kompetenzen der Universitäten für anwendungsorientierte Forschung noch zu wenig für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft genutzt, d.h., Unternehmen müssen stärker auch für die Finanzierung solcher mittelfristig angelegten Forschungsarbeiten gewonnen werden, indem ihnen eine Mitwirkung bei der Formulierung von Forschungsprojekten und die prioritäre Nutzung umsetzungsrelevanter Forschungsergebnisse ermöglicht wird. Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen müs-

sen weiterhin zielgerichtet die fehlende Industrieforschung kompensieren.

Die Praxisnähe durch entsprechende Einstellungsforderungen für das Lehrpersonal, enge Kontakte durch Praktika und Diplomarbeiten zu betrieblichen Problemen sowie ihre regionale Einbindung machen insbesondere die Fachhochschulen und die Berufsakademie zu bevorzugten Kooperationspartnern für die kleinen und mittleren Unternehmen und sie tragen in besonderer Weise zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region bei, indem sie die Unternehmer bei der Erarbeitung innovativer Lösungen unterstützen, u.a. durch die gemeinsame Nutzung von modernen Laboreinrichtungen bzw. die Durchführung von Laboruntersuchungen im Vorfeld der Entwicklung innovativer Technologien.

Meine Damen und Herren, Innovationspolitik ist weitaus mehr als Wirtschaftsförderung im traditionellen Sinn, Frau Dr. Kaschuba. Also nicht nur die Frage von Geld und Fördermitteln, sondern sie umfasst im weiteren Sinn die staatliche Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die ordnungspolitischen Regelungen für die Verwertung technischen Wissens, da insbesondere, wie von Herrn Minister Schuster angeführt, die Patentpolitik, die Technologiepolitik und die technologierelevante Innovationsförderung. Im engeren Sinne sind alle staatlichen Maßnahmen zuzurechnen, die auf die Förderung der Entwicklung und Verbreitung von Innovationen abzielen und von der Förderung der Forschung bis zur Unterstützung der Einführung von marktfähigen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen reichen. Was nicht möglich ist, Frau Dr. Kaschuba, ist, dass man mit Innovationspolitik regionale Politik betreiben kann. Wir müssen Abschied nehmen von einer Flächendeckung oder von der regionalen Ausdifferenzierung im Gegensatz zur Konzentration der Wachstumspole. Die Forschungspolitik ist kein Instrumentarium der Regionalpolitik.

Meine Damen und Herren, die Wissenschaftspolitik muss sich an den Wendungen des Markts orientieren und nicht vom Arbeitsmarkt her aufbauen. Das sind genau, glaube ich, auch Unterschiede in der Betrachtung, die zu Ihrem Vortrag hier benannt werden sollen. Den Thüringer Unternehmen, die eigene Forschung und Entwicklung betreiben, fehlt ein professionelles Innovationsmanagement. Die staatlichen Fördereinrichtungen und die mit staatlichen Mitteln unterstützten Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft sollen die Unternehmen verstärkt bei deren Anstrengungen zur Professionalisierung ihrer Forschung und Entwicklung und dabei insbesondere bei der professionellen Markteinführung ihrer neuen und verbesserten Produkte unterstützen. Die internationale Orientierung der kleinen und mittleren Unternehmen sollte durch gezielte Maßnahmen unterstützt werden, ebenso die gemeinschaftlichen Anstrengungen von Unternehmen bei der Markteinführung von Produkten.

Ich übergehe jetzt meine Ausführungen, die insbesondere darauf abzielen, technologieorientierte Existenzgründungen zu unterstützen, insbesondere aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen heraus. Ich gehe kurz darauf ein, dass die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen über relativ große zusammenhängende Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verfügen, und dass sie damit Quelle zahlreicher Ausgründungen sein können und die Funktion von Kooperationsmaklern, Netzwerkinitalatoren und Organisatoren erfüllen können. Sie sind also Anbieter von Forschungsergebnissen der Vorlauftforschung, von Auftragsforschungsleistungen und Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, vorwiegend für kleine und mittlere Unternehmen. Zum Teil übernehmen sie damit im Innovationssystem die Rolle von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen. Eine, denke ich, kritische Frage in dem Zusammenhang ist die Vergabe von institutionellen Fördermitteln an diese Forschungseinrichtungen. Sie muss wie bei den anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen dabei an die Erfüllung wissenschaftlicher Kriterien und an den nachweisbaren Bedarf gebunden sein und ein besonderes öffentliches Interesse rechtfertigen. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die anteilige Grundfinanzierung der hohen Flexibilität und Dynamik der Einrichtungen Rechnung trägt und sie unterstützt, meine Damen und Herren. Die Projektförderung hat für die gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen eine große Bedeutung. Die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationsprojekten ist wichtig zur Realisierung von Grundlagen- und Vorlauftforschung. Auf mittlere Sicht ist im Bereich der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen in Deutschland eine einheitliche Projektförderung anzustreben. Die Technologie- und Gründerzentren sind wichtige Repräsentanten des Netzwerks der Innovationszentren und damit geachtete Partner in Thüringen und zugleich effiziente Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung und Technologieförderung.

Ich möchte im Folgenden das Bild der Imagekampagne "Denkfabrik Thüringen" ansprechen. Es ist, meine Damen und Herren, sicher einfach, sich zu amüsieren, zu belächeln und zu belustigen. Ich schaue einmal gerade, Herr Kollege Schemmel hat gestern wahrscheinlich die Grundlage für eine Büttenredenkarriere gelegt, möglicherweise ist er jetzt gerade wieder unterwegs, um Büttenreden zu halten.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Er zieht gerade ein Narrenkostüm an.)

Nur, meine Damen und Herren, dieses Zerreden des Motivs "Denkfabrik Thüringen" hat für den Standort überhaupt keinen positiven Wert, es wird eher negativ sein. Ich denke, es kommt darauf an, dieses gute Bild "Denkfabrik Thüringen" auch mit Inhalten zu füllen, also mit Leitbildern. Deshalb möchte ich zum Schluss meiner Ausfüh-

rungen auch auf solche Leitbilder hinweisen.

Wenn Sie das Bild einer Fabrik vor dem geistigen Auge sehen, dann wissen Sie, dass es für ein erfolgreiches Unternehmen auch wichtig ist, dass Leitbilder im Unternehmen, Firmenphilosophien da sind. Wenn Sie so ein Unternehmen betreten, sind diese Leitbilder meistens schon im Eingangsbereich auch schriftlich dokumentiert. Ich meine, in der "Denkfabrik Thüringen" sind mindestens drei Leitbilder zu benennen - das ist einmal das Leitbild eines unternehmerischen Landes, das ist das Leitbild eines innovativen Landes und das ist das Leitbild eines lernenden Landes.

(Beifall bei der CDU)

Ich will zu den zwei letztgenannten Leitbildern, weil es eben in den Rahmen der Aussprache zur Forschungs- und Technologiepolitik passt, einige kurze Ausführungen bringen.

Das Leitbild "innovatives Land": Der Erfolg bei der Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung von Innovationen hängt ganz wesentlich von so einem innovationsfreundlichen Leitbild in der Gesellschaft ab. Es ist von Welt-offenheit, von Experimentierfreudigkeit,

(Beifall Abg. Carius, CDU)

von Technikakzeptanz, von unternehmerischem Handeln, Leistungswillen, Dynamik und Flexibilität sowie sozialem Konsens und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen geprägt. Deshalb ist es für Thüringen wichtig, die Schaffung eines günstigen gesellschaftlichen Klimas für unternehmerische Betätigung und für technische Innovation zu schaffen. Es muss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als zentrale Aufgabe verstanden werden, beginnend mit der Ausbildung bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit von Wirtschaft und Politik.

Das Leitbild "lernendes Land" ist von Bildungskompetenz und Lernfähigkeit in der gesamten Gesellschaft und während der gesamten Lebenszeit der Bürger sowie von Eigenverantwortlichkeit für Qualifikation und Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten geprägt. Das Konzept eines lernenden Landes soll für möglichst breiten Wissensaustausch regional, überregional und interdisziplinär sorgen. Es steht sozusagen für eine neue Kultur des Lernens, die immer stärker durch eine Hinwendung zum lebenslangen Lernen gekennzeichnet ist.

(Beifall bei der CDU)

Wichtige Gestaltungselemente sind die zeitliche und inhaltliche Konzentration der Erstausbildung und ergänzend geeignete alters- und qualifikationsadäquate Weiterbildungsmodule sowie neue Lernarrangements, Lernkonzepte und Lernformen im Zusammenhang mit lernenden Bil-

dungsorganisationen und lernenden Unternehmen. Bildung, Weiterbildung, Forschung und Wirtschaft müssen besser verzahnt werden, um den veränderten Anforderungen in Arbeit und Beruf Rechnung zu tragen. Die Wissenschaftseinrichtungen sollen weit mehr als bisher zum Weiterbildungspartner für Wirtschaft werden und mit firmenspezifischen Angeboten Einkünfte auch erzielen.

Meine Damen und Herren, ein Hochtechnologieland, also eine "Denkfabrik Thüringen" - in dieser "Denkfabrik Thüringen" ist das Gleichgewicht zwischen handwerklichen und akademischen Berufen wichtig. Es kommt in einem Land ohne materielle Rohstoffe entscheidend darauf an, dass die Kreativität des Einzelnen zu fördern, gesellschaftliche Akzeptanz für nachhaltige Technologie zu schaffen und damit die Spitzenforschung zu ermöglichen ist. Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind hier zur Allianz gerufen. Schule und Hochschule gehen uns alle und immer an und nicht erst in Mangelsituationen.

Meine Damen und Herren, Wissen und Bildung sind der nachhaltigste Wettbewerbsfaktor.

Zum Schluss erlaube ich mir die Bemerkung, es ist schon atemberaubend, wie vermehrt und verbreitet sich neues Wissen darstellt. Da geht es uns wie den englischen, portugiesischen und spanischen Seefahrern an der Schwelle zur Neuzeit. Wir brauchen neue Karten, Fixpunkte und Orientierung, um uns in dieser Terra inkognita zurechtzufinden. Politik muss dabei helfen, sie muss Mut und nicht Angst vor der Zukunft machen

(Beifall bei der CDU)

und sie muss mit Augenmaß vorangehen und damit natürlich auch Bildung in die Mitte stellen. Wir werden das neue Jahrhundert erst dann meistern, wenn wir die technisch-wissenschaftlichen Spitzenleistungen mit Bildungsverbindlichkeiten, Bürgersinn und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die PDS-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Dr. Stangner zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordnete Dr. Stangner, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, in Kapitel II unserer Anfrage und in den Antworten der Landesregierung zu diesem Kapitel wird die Bildung als Voraussetzung für die Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen thematisiert. Ich möchte dazu einige Anmerkungen machen, werde mich in meinen Anmerkungen aber auf die Hochschulen eingrenzen.

Ich möchte mit einer Binsenwahrheit beginnen, weil ich manchmal den Eindruck habe, dass auch in diesem Hause Binsenwahrheiten ausgesprochen werden müssen. Die Binsenwahrheit heißt: Ohne hoch qualifizierte Fachkräfte gibt es keine und schon überhaupt nicht eine Forschung mit Spitzenleistungen - die Betonung liegt auf Spitzenleistungen. Gleiches gilt natürlich für die Technologieentwicklung. Solche Spitzenleistungen sind aber in einer Denkfabrik, da, denke ich, kann man auch Einigkeit über die Fraktionen hinaus erzielen, unerlässlich. Aus den Thüringer Hochschulen müssen sehr gute Absolventen in hinreichendem Umfang kommen und sie müssen angemessen bezahlte Arbeit in Thüringen finden. Hier liegt oder, ich kann natürlich auch sagen, läge ein wichtiger Ansatz für eine "Denkfabrik Thüringen".

Meine Damen und Herren, die Bedingungen für Studierende, die künftig Spitzenleistungen in Forschung und Technologie in Thüringen hervorbringen sollen, sind aber nun einmal nicht optimal. Nehmen wir als Beispiel die Technische Universität Ilmenau. Es ist erfreulich, wie die Zahl der Studierenden an dieser Universität in den letzten Jahren anwuchs. Ich will auch ausdrücklich auf die erfreuliche Qualität der Ausbildung an dieser Universität hinweisen. Die Uni ist zu Recht stolz, unter anderem auf die Rankingplätze, die sie in den letzten Jahren in Vergleichen immer wieder belegt hat. Jetzt aber fehlen Räumlichkeiten, die Betreuung der Studenten durch die Wissenschaftler wird bemängelt. Dabei geht es nicht um die Qualität der Betreuung, sondern es geht um die Betreuungsverhältnisse. Auch die Sprachenausbildung ist nach Aussagen der Studenten unzureichend.

Natürlich wurde im Vergleich zu anderen Thüringer Hochschulen viel Geld in die Sanierung und den Ausbau der Hochschule gesteckt. Das ist richtig, aber offensichtlich reicht es nicht. Ich erinnere Sie, im Dezember 2000 führten die Studierenden einen Sternmarsch für einen neuen Hörsaal durch. Und vor wenigen Tagen protestierte der Studentenrat mit einer Plakataktion "Kahlschlag in der Denkfabrik" gegen die völlig unbefriedigende personelle Situation an der Technischen Universität Ilmenau.

Jetzt ist zu vernehmen, meine Kollegin, Frau Dr. Kaschuba hat das vorhin schon angesprochen, dass alle Hochschulen im Freistaat, neben anderen haushalterischen "Verordnungen" eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre für alle freien oder für alle frei werdenden Stellen verhängt bekommen haben. Was bedeutet denn das für die Hochschulen? Das bedeutet einen weiteren Rückschlag in der Lehre und einen Schlag gegen die Interessen der Studierenden, denn Lehrpersonal wird den Studierenden in den betroffenen Fällen mindestens, und da setze ich ein Fragezeichen dahinter, ein Semester länger fehlen. Ja, nun kann man sagen, die Unis sollen umschichten, das ist so eine beliebte Orientierung, aber eine Bettdecke hat nun mal nur eine bestimmte Länge und egal wo man sie dann hinzieht, immer friert man an irgendeiner Stelle des Körpers. Ich kann auch nicht beliebig umschichten in einer Hoch-

schule, weil eine Hochschule nicht mit einem Lichtschalter zu vergleichen ist. Heute mache ich eine Fachrichtung zu und dafür eine andere auf und morgen umgedreht. Das sind Prozesse, die - wie in der Bildung insgesamt - längerer Zeiträume bedürfen, um sich zu entwickeln und sie funktionieren nicht wie beispielsweise in einer Fabrik an einem Fließband.

Es hilft auch nicht, wenn man die Lage schönredet, indem man z.B. auf das verweist, was getan wurde. Ich habe mich ja vorhin anerkennend dazu geäußert. Jetzt muss wirklich schnell und unbürokratisch eine Besserung herbeigeführt werden. Vielleicht greifen Aktivitäten einfach zu spät.

Meine Damen und Herren, manchmal entsteht der Eindruck, die Landesregierung versucht einige Probleme an den Hochschulen auszusetzen, weil es in ca. 10 Jahren weniger Studienanfänger geben könnte. Diese Erwartungen sind unseres Erachtens nach unbegründet. In Thüringen studieren weder heute noch künftig nur Thüringer, sondern auch Studierende aus anderen Bundesländern und Ausländer. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass im Landeshochschulplan für 2008 ca. 50.000 Studierende für die Thüringer Hochschulen anvisiert sind. Ich will diesen Ansatz, diese Zahl nicht kommentieren, möchte aber auf einen Bundesvergleich aufmerksam machen. In der jüngsten Statistik der Kultusministerkonferenz mit den Zahlen von 1999 - es gibt augenblicklich keine jüngeren, mindestens sind sie mir nicht bekannt - kann man nachlesen, der Anteil der Studierenden an den Hochschulen, gespiegelt an allen Personen im entsprechenden Alter, ist für Thüringen mit 8,3 Prozent ausgewiesen. Der Durchschnitt für die neuen Bundesländer beträgt 10,7 Prozent und wenn ich andere Flächenstaaten hernehme, ich will Berlin oder andere Stadtstaaten völlig herauslassen, so liest man für Nordrhein-Westfalen eine Relation von 14,2 oder für Hessen von 13 Prozent. Ich denke, diese Zahlen machen Entwicklungsbedarf deutlich für die Denkfabrik Thüringen und auch für die Wissenschaftsgesellschaft an sich.

Vor dem Hintergrund sich immer schneller vollziehender wissenschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Entwicklung, Herr Kretschmer, er ist nicht da, aber er hat das Problem eben angesprochen, verkürzen sich die Zyklen in der Wissenschaft, auch die der Erneuerung von Forschungs- und Kommunikationsinstrumenten. Auch die Weiterbildung wird in Thüringen stark an Bedeutung gewinnen; Frau Ministerin, Sie haben mehrfach Ihren Willen bekräftigt, dies auch entsprechend zu befördern. Aber das alles wird auch Investitionen erfordern. Im Hochschulbereich wird also eine Kürzung der Finanzen nicht zu rechtfertigen sein, eher das Gegenteil.

(Beifall bei der PDS)

Abschließend möchte ich anmahnen, auch trotz und gerade wegen des angekündigten Nachtragshaushalts, die

Landesregierung sollte ihren Willen zu einer kritischen Würdigung, zur Korrektur und zur Verbesserung der Bedingungen an den Hochschulen des Landes stärken. Das betrifft in besonderer Weise den Hochschulbau, die Personalausstattung und, ich denke, auch infrastrukturelle Maßnahmen, die die Lebenssituation der Studierenden betreffen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Das Wort hat jetzt die Landesregierung, Frau Ministerin Professor Schipanski.

**Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind hier einige Hinweise gekommen zu den Aussagen auf die Große Anfrage der PDS, die ich richtig stellen möchte.

Frau Kaschuba, Sie haben am Anfang gesagt, wir hätten die Lasertechnologien nicht mit berücksichtigt. Ich muss darauf hinweisen, dass das Wort Optomatronik, das ein Kunstwort ist, aber beinhaltet, dass optische Materialien für die Elektronik eingesetzt werden und dass optische Materialien weiter entwickelt werden, wie eben auch für die Lasertechnik, die sind in diesem Schwerpunkt enthalten. Sie haben ferner gesagt, dass Ihnen die Experten sagen, dass wir mehr in die Optik investieren sollten als in die Informationselektronik. Erstens ist es so, dass sehr häufig, je nachdem welchen Spezialisten man fragt, er natürlich sein Gebiet in den Vordergrund stellen und sagen wird, also dort muss ganz entschieden mehr investiert und gefördert werden. Auf der anderen Seite ist das aber so, dass gerade die Optik ein Teil der Informationselektronik ist und dass sich beide gegenseitig bedingen und dass wir sowieso im Moment ganz deutlich sehen, dass verschiedene Fachgebiete sich gegenseitig durchdringen, dass dort auch die neuen Produkte und die Innovationen entstehen. Aus diesem Grund erscheint es mir nicht gerechtfertigt zu sagen, ich möchte das eine oder andere mehr betonen. Die Förderrichtlinien und die Grundsätze, die wir in der Thüringer Förderpolitik haben, beruhen in erster Linie darauf, dass wir eine gute Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft wollen. Wir haben deshalb verschiedene Cluster und Netzwerke gefördert und gegründet hier in Thüringen. Wenn ich auf das Beispiel von der Informationselektronik zurückkommen kann, da hängt es sehr entschieden davon ab, wie viele Betriebe auf diesem Gebiet dann auch hier tätig werden, wie viele Ausgründungen wir auf diesen Gebieten haben, so dass wir dann dort verstärkt fördern, wo sich aus der Wissenschaft heraus eben auch diese wirtschaftliche Belebung zeigt. Das ist einer der Grundsätze, die wir in den vergangenen Jahren ganz gezielt hier in Thüringen durchgeführt haben. Ich möchte dieses Cluster "Optomatronik" als beispielhaft dafür nennen. Denn von diesem Cluster aus, wo wir verschiedene

Knotenpunkte haben, die in der Wirtschaft und in der Wissenschaft liegen, stärken wie die Verbindungen zwischen diesen Knotenpunkten.

(Beifall bei der CDU)

Ich betone immer wieder, ein Netz ist nur so gut, wie gut seine Knotenpunkte sind und wie gut seine Verknüpfungen sind. Deshalb finde ich es hervorragend, dass wir auch, wie es in dieser Antwort zur Anfrage zum Ausdruck kommt, Wirtschaft und Wissenschaft in dieser Weise miteinander verbinden und auch auf die Anforderungen der Industrie dadurch besser eingehen können. Es wird sich also für die Zukunft zeigen, ob bei uns die Informationselektronik ein größeres Gewicht bekommt oder die optische Industrie. Wenn Sie mich fragen, ich sage, beide werden sich im gleichen Maße entwickeln und wir haben ein Gebiet dabei überhaupt noch nicht benannt, das ist die Biotechnologie, die sich auch in einem ganz entscheidenden Maße weiterentwickelt und wieder Verknüpfungen zur Optomatronik bieten wird.

Ihre Frage zum Max-Planck-Institut: Ich bin im Senat der Max-Planck-Gesellschaft, es hat nie zur Debatte gestanden, ein viertes Max-Planck-Institut nach Thüringen zu bringen. Wenn Sie die Gepflogenheiten der Max-Planck-Gesellschaft kennen, dann wissen Sie, dass die Max-Planck-Gesellschaft von Zukunftsstrategien ausgehend bestimmte Themenfelder für die Zukunft belegt, die ausgewählt werden in sehr intensiven Diskussionen innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft. Dann tritt man mit dem Land in Verbindung, wo man meint, die besten Bedingungen zu finden, um entsprechend mit einer Universität zu kooperieren. Bei uns ist niemals ein Antrag für ein viertes Max-Planck-Institut eingegangen.

Ihre Bemerkung zur Ethik: Ich teile Ihre Auffassung, dass es wichtig ist, das wir die Biotechnologie, die Gentechnologie, dass wir überhaupt unsere technologischen Entwicklungen, unsere technologischen Forschungen auch ethisch begleiten. Genau aus diesem Grund habe ich ange-regt, dass die Friedrich-Schiller-Universität Jena ein Ethikzentrum gründet und in Verbindung mit Naturwissenschaftlern, mit Theologen, mit Philosophen dann die Probleme, die sich aus wissenschaftlichen Ergebnissen ergeben können, diskutiert, bewertet und in einen Diskurs mit der Öffentlichkeit tritt. Einen ersten Schritt auf diesem Weg zum Diskurs in die Öffentlichkeit hat der Verein Bioregio e.V. in Jena gemacht, indem er die Bevölkerung Jenas und die Wirtschaft eingeladen und Veranstaltungen angeboten hat, bei denen Ergebnisse und Forschungsarbeiten vorgestellt wurden und man in die Diskussion gekommen ist. Das ist ein erster Ansatzpunkt, den wir in den nächsten Jahren entschieden vorantreiben wollen und auch werden.

Sie sehen, wir haben auf die Dinge, die uns in der Gesellschaft bewegen, schon vorzeitig und frühzeitig reagiert, auch hier an der Universität Erfurt. Es werden eine

ganze Reihe von Vorlesungen zu aktuellen Problemen unserer Zeit für die Bevölkerung angeboten. Die Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt hat ebenfalls eine Reihe ins Leben gerufen, bei der solche Probleme angeboten und diskutiert werden können. Sie sind frei für jedermann aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte auf die Existenzgründungsproblematik doch hier kurz eingehen, weil ich der Auffassung bin, dass gerade die Hochschulen und Fachhochschulen Thüringens Exzellentes geleistet haben. Wir haben bei der Existenzgründung aus Universitäten und aus Hochschulen zusätzliche Seminare angeboten. Wir haben interdisziplinäre Zusammenarbeit neu ins Leben gerufen, um Existenzgründer zu unterstützen und auch, um überhaupt den Gedanken der Existenzgründung, der lebensnotwendig ist für Thüringen, damit wir unsere Wirtschaft erweitern können, auch den Studenten zu vermitteln, um ein bestimmtes Gründerklima an Hochschulen und an den Technologie- und Gründerzentren zu aktivieren. Die Ergebnisse können sich auf diesem Gebiet sehen lassen.

Sie hatten angemahnt, dass die Förderrichtlinien nicht genügend aufeinander abgestimmt seien. Gerade auf diesem Gebiet der Existenzgründung haben wir eine ausgezeichnete Verbindung zwischen den eigenen Förderrichtlinien und den Förderrichtlinien, die vom Bund aufgestellt worden sind, so dass wir in der Initiative "get up" das Gesamtpotenzial, glaube ich, hervorragend ausschöpfen.

Die nächste Sache, die von Ihnen angesprochen worden ist, war die Frauenförderung an den Hochschulen bzw. an unseren außeruniversitären Instituten. Sie haben einige Zahlen genannt. Ich habe mir die Zahlen bringen lassen aus meinem Ministerium, um Sie alle darüber zu informieren, wie der Anteil von weiblichen wissenschaftlichen Kräften und von weiblichen Professoren hier in Thüringen ist, auch im Verhältnis zur gesamten Bundesrepublik. Der Anteil von Frauen am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal liegt bei 28,6 Prozent. Der Durchschnitt in der Bundesrepublik ist 25,4 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

In Mathematik und Naturwissenschaften haben wir einen Anteil in Thüringen von 19 Prozent, der Durchschnitt in der Bundesrepublik ist 18,1 Prozent. Bei den Ingenieurwissenschaften haben wir einen Anteil von 15,7 Prozent, in der Bundesrepublik ist der Durchschnitt 11,2 Prozent. Die Professoren, die hier angesprochen worden sind: Wir haben insgesamt in Thüringen einen Durchschnitt von 12 Prozent an Professorinnen, in der Bundesrepublik ist der Durchschnitt 10,4 Prozent. Wir liegen in all diesen Werten über dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir ein Programm aufgelegt haben, dass insbesondere Frauen in wissenschaftlichen Karrieren befördern soll. Dieses Programm ist so angelegt, dass

nicht Beratungsstellen oder irgendwelche Anlaufstellen geschaffen werden, wo man sich beraten lassen kann und wo einem gesagt wird, machen sie dies oder das oder jenes. Wir haben es ganz gezielt so angelegt, dass Frauen, die sich qualifizieren wollen, die z.B. eine Habilitation anstreben, dass sie finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie wissenschaftliche Kongresse besuchen, dass sie finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie bestimmte Workshops besuchen sollen, die wichtig sind für ihre eigene Ausbildung, die sozusagen ihren Wert auf dem wissenschaftlichen Markt erhöhen. Was ist Wert auf dem wissenschaftlichen Markt, dass man eine bestimmte Anzahl von Veröffentlichungen hat, dass man eine Reihe von Vorträgen aufzuweisen hat und dass man bestimmte spezifische Qualifikationen hat. Genau an diesem Punkt haben wir angesetzt in Thüringen, ganz gezielt. Diese Programme werden von den Frauen sehr gut angenommen. Wir haben noch eines ganz speziell aufgelegt und weisen immer wieder darauf hin, dass Frauen, die in der Familienphase sind, Telearbeitsplätze eingerichtet bekommen, damit sie entsprechend in wissenschaftlicher Verbindung bleiben und ihre Karriere eben nicht unterbrechen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, hier hat Thüringen Hervorragendes geleistet und ich möchte das hier einfach nur noch einmal herausstellen. Sie hatten gesagt, dass die Zusammenarbeit sich in erster Linie auf die ehemals sozialistischen Länder konzentriert. Das kann ich für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich überhaupt nicht konstatieren. Wissenschaft an sich ist international. Wir haben nach 1990 Kontakte in die USA, nach England, nach Italien, nach Spanien, nach ganz Europa aufgebaut. Es sind Kontakte nach Mexiko, die letzten Bilder, die ich gesehen habe von meiner eigenen Universität, von der Technischen Universität Ilmenau, da war Herr Höhn in Mexiko und hat dort Vorlesungen gehalten. Da gibt es vielfältige wissenschaftliche Kontakte von allen Wissenschaftseinrichtungen.

Ein Letztes zu den Bemerkungen, die die Technische Universität Ilmenau und die Studentenproteste betreffen: Die Technische Universität Ilmenau hat im Rahmen der Hochschulbaufördergesetzgebung in diesem Verfahren ihre Prioritäten und ihre Gebäude angemeldet und diese Gebäude und die Prioritäten sind in Zusammenarbeit mit dem Ministerium akzeptiert worden, eingereicht worden. Es gibt eine langfristige Planung für jede Hochschule. Kurzfristige Beschleunigung innerhalb des HWFG-Verfahrens vorzunehmen, gibt das Gesetz nicht her. Deshalb liegt es im Moment in der Verantwortung der Hochschule zu reagieren und zu versuchen, in der Hochschule Lösungen anzubieten. Das hat die Hochschule gemacht, sie hat darauf reagiert. Es ist eine Übergangszeit, aber ich nehme an, dass der Bau des Hörsaals binnen kurzem beginnen wird, wenn die Witterungsbedingungen das zulassen und dann ist auch dieser Engpass an der Technischen Universität Ilmenau behoben. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass es nicht so ist, dass die Technische Universität Ilmenau personell

mangelhaft ausgestattet wäre. Wir haben an der Technischen Universität in Ilmenau Personal vorgehalten über Jahre als sehr wenig Technikstudenten da waren,

(Beifall bei der CDU)

um gewappnet zu sein, wenn sich wieder mehr Studenten für Technikwissenschaften entscheiden und das ist jetzt der Fall. Der größte Teil der Studierenden hat sich in den medienwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben. Genau die haben wir ganz exzellent ausgestattet. Es gibt das größte medienwissenschaftliche Institut an der Technischen Universität Ilmenau im Verhältnis in der Bundesrepublik und sie wird in der Lage sein, mit dieser Professoren-ausstattung auch die Studenten entsprechend auszubilden. Die Sprachausbildung liegt in der Kompetenz der Universität selbst. Die Kompetenz der Universität hat sich nicht konzentriert auf weitergehende Sprachausbildung. Als ich Rektorin war, konnten sie noch japanisch an der Universität lernen. Das hat sich verschoben und das liegt in der Verantwortung der Uni, nicht in der Verantwortung des Ministeriums.

Insgesamt möchte ich sagen, dass die Universitäten und die Fachhochschulen hier im Land und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine sehr gute Entwicklung genommen haben. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass Forschungspolitik eben keine Regionalpolitik ist, aber dafür mit den Fachhochschulen regionale Gesichtspunkte berücksichtigt wurden - eine Fachhochschule in Mittelthüringen, eine Fachhochschule in Südthüringen, eine in Nordthüringen, eine in Ostthüringen. Wir sind im Moment dabei zu überlegen, wie wir den Fachhochschulstandort Ostthüringen stärken können. Das heißt, dass wir auch dort Knoten- und Netzverbindungen machen, um das ganze Gebiet Ostthüringen besser mit Forschung zu versorgen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Es hat sich weiter zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD-Fraktion.

**Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister Schuster hat hier in großer Breite und durchaus auch nachvollziehbar zum Inhalt der Beantwortung der Großen Anfrage Stellung genommen. Ich kann das meiste von der Sache her so unterstreichen, gar keine Frage. Ich habe mich nur gefragt, warum haben Sie eigentlich in dieser Fülle vorgelesen aus den Antworten zur Großen Anfrage. Die Dinge sind ja in der einschlägigen Drucksache alle veröffentlicht und trotz PISA-Studie gehe ich davon aus, dass die Abgeordneten dieses Hauses lesen können. Ich habe bis heute keinen Anlass gehabt, daran zu zweifeln. Wenn man diesen Gesichtspunkt

einmal abhakt, ist möglicherweise Ihre Überlegung gewesen, naja, wer wird eine Drucksache dieses Umfangs zu Technologieförderung und -forschung schon gelesen haben. Vielleicht glaubten Sie, das deswegen vorlesen zu müssen, dass auch die, die es nicht gelesen haben, davon Kenntnis nehmen. Ich fürchte nur, Herr Schuster, die es nicht gelesen haben, die werden jetzt auch nicht so richtig intensiv zugehört haben. Also das Fragezeichen dieser langen Zitate bleibt bei mir erhalten.

Eine zweite Sache hat mir nicht so ganz gefallen bei Ihren Ausführungen. Sie haben das nicht so direkt gesagt, aber es klang so, als ob all diese innovativen Dinge, von denen Sie berichtet haben, nun so in den letzten zweieinhalb Jahren auf den Weg gebracht worden seien. Sie haben das nicht gesagt, aber es klang ein bisschen so. Um so dankbarer bin ich Herrn Kretschmer, dass er dort auf eine Kontinuität in der Forschungs- und Technologieförderung in den letzten zehn Jahren hingewiesen hat. Herr Kretschmer, eine Sache möchte ich bei Ihnen doch anzweifeln. Sie sagten, Forschungsförderung ist kein Instrument der Regionalförderung. So absolut stimmt der Satz schon. Aber es ist auch nicht das Gegenteil der Fall, man kann das auch nicht ausschließen. Natürlich geht es in erster Linie um Exzellenz bei Forschungsförderung. Es werden Effekte erwartet, wie man heute so sagt, nachhaltige Effekte. Aber auch die Frage zur Regionalförderung sollte man nicht ganz aus dem Gesichtspunkt lassen. Ich komme gleich auf diesen Punkt.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:  
Ich kann als Mühlhäuser mitreden.)

Ja, ja, das verstehe ich. Ich hatte nun erwartet, dass Sie, Frau Ministerin Schipanski, die Gelegenheit nutzen, um uns noch ein paar Ausführungen zu, ich weiß nicht genau welcher Punkt es in der Drucksache ist, jedenfalls Punkt Landeshochschulplan, darzubieten. Denn in der Beantwortung der Großen Anfrage stand, dass ein Zeitproblem steht, damals ganz richtig, es befindet sich noch in der Ressortabstimmung. Das war die Antwort. Da dieser ganze Bereich, der dort dargestellt ist, irgendwie zu diesem Thema gehört, hatte ich mich bis nach Ihren Ausführungen gedulden wollen, falls hier noch etwas zu bewerten wäre seitens der Opposition. Sie sind nicht ausführlich auf den Landeshochschulplan eingegangen. Ich gehe also davon aus, dass dieses Thema irgendwann noch einmal kommt und dann können wir uns ja über diesen und jenen Punkt auch noch auseinander setzen.

Meine Damen und Herren, in Punkt I.10 steht eben diese Passage, die Abgeordneter Kretschmer hier interpretiert hat, also Forschungs- und Regionsförderung, dass das kein korrespondierendes Paar wäre, etwas genauer steht dort, nicht prioritär. Auf der anderen Seite gibt es den Punkt II.10. Dort geht es um die Hochschulen und Forschung. Dort ist sehr deutlich gesagt, welche große Bedeutung die Hochschulen haben, gerade um Netzwerke zu bilden, branchentypische Netzwerke, regionalbedeut-

same Netzwerke, d.h., dort ist von der großen Bedeutung insbesondere von Hochschulen für Regionalentwicklung letzten Endes die Rede durchaus in dem Kontext Forschung/Forschungsnetzwerke/Forschungsförderung.

Ich habe es ja nicht ins Gespräch gebracht, sondern Frau Ministerin Schipanski, die jetzt gerade von der Fachhochschule Ostthüringens sprach. Ich nehme an, Sie meinen damit Jena. Ist das richtig?

(Zuruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Ja.)

Gut. Also ich streite natürlich überhaupt nicht ab, dass Jena in Ostthüringen liegt, aber die Leute in Gera und Altenburg, die sehen das natürlich ein bisschen anders. Für den Raum Gera-Altenburg ist Ostthüringen eigentlich das, was östlich der A 9 so etwa liegt. Ja, Herr Kölbel, Sie können mir das bestätigen.

(Zuruf Abg. Kölbel, CDU: Das ist so.)

Das ist so. Wir müssen uns also wirklich über diesen großen Raum von der A 9 östlich über Gera, Altenburg ernsthaft unterhalten, über das Projekt Fachhochschule Ostthüringen, östlich des Hermsdorfer Kreuzes. Da ist es wirklich sehr interessant, wenn man sich noch einmal in den Landeshochschulplan vertieft. Ich gebe ja zu, ich hätte in der 2. Legislaturperiode auch gern die Gründung einer Fachhochschule in Ostthüringen, damit meine ich also Altenburg-Gera;

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Östliches Ostthüringen.)

Altenburg-Gera ist Ostthüringen, Herr Schwäblein. Oder sind Sie anderer Meinung? Man kann ja bei Ihnen nie wissen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Östliches Ostthüringen.)

Was? Das Letzte habe ich nicht gehört, aber vielleicht ist es richtig, was Sie sagen.

Ich hätte das auch gern auf den Weg gebracht. Bloß in der 2. Legislaturperiode war es in der Tat so, dass die Studierendenzahlen, insbesondere also auch die Zahlen der Studienanfänger, aufgeschlüsselt auf die Jahre, diese Gründung nicht zuließen. Es wäre ein Missverhältnis gewesen. Ich habe damals prognostiziert, es gibt nichts, was dieser Prognose bis heute ernsthaft widerspricht, dass die Studierendenzahlen ab dem Jahre 2000 die Gründung einer Fachhochschule Ostthüringen, also Gera-Altenburg, durchaus zulassen. Wenn man sich einmal in den Landeshochschulplan vertieft, erkennt man, dass die Schaffung von flächenbezogenen Studienplätzen von 6.298 im Jahr 2000 auf 9.400 zum Prognosezeitraum 2008, also um rund 3.000 flächenbezogene Studienplätze zunehmen wird. Meine Da-

men und Herren, merken Sie sich mal einen kurzen Moment die Zahl, Zuwachs um 3.000 flächenbezogene Studienplätze. Nun gibt es vom Wissenschaftsrat, zumindest von Vertretern des Wissenschaftsrats, eine Aussage, wie groß sollte eine Fachhochschule sein - Obergrenze - und wie groß muss eine Fachhochschule mindestens sein - Untergrenze. Obergrenze 5.000, Mindestanforderung 1.400 bis 1.500 flächenbezogene Studienplätze, nachzulesen im Gutachten zur Gründung der Fachhochschule Ostthüringen. Dieses Gutachten liegt in Ihrem Hause vor. Ich habe mir es übrigens dankenswerterweise aus Ihrem Hause noch einmal zureichen lassen.

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Herr Schuchardt, es ist in der letzten Wirtschaftsratssitzung eine neue Empfehlung zu den Fachhochschulen verabschiedet worden. Genau diese ...)

Gut, also das kann ja sein, dass in der letzten Zeit die Zahlen relativiert worden sind, dann wäre einmal von Interesse, wie diese Relativierung aussieht. Jedenfalls der bisher veröffentlichte Kenntnisstand ist also Untergrenze 1.400 bis 1.500 flächenbezogene Studienplätze. Wenn man nun sieht, dass wir einen Zuwachs haben von 3.000 flächenbezogenen Studienplätzen in diesem und den nächsten Jahren, dann ist es in der Tat eine politische Entscheidung, ob man mit diesem Zuwachs an flächenbezogenen Studienplätzen bestehende Hochschulen, bestehende Fachhochschulen ausbauen oder eine weitere Fachhochschule in Ostthüringen gründen möchte.

Meine Damen und Herren, das ist kein parteipolitisches Thema, das ist ein Thema des politischen Willens. Was will man hier? Will man lediglich die Studierendenzahlen auffangen oder will man die Studierendenzahlen auffangen und etwas für die Regionalentwicklung tun. Ich erlaube mir ein kurzes Zitat aus der Studie GEWI-Plan zur Bewertung der Verbundforschung. Im Kapitel Erweiterung der Netzwerke von Wissenschaft und Wirtschaft ist dort zitiert: "Leistungsfähige und zeitlich beständige Netzwerke von Partnern von Wissenschaft und Wirtschaft haben sich bisher nur in wenigen Regionen mit überkritischen Potenzialen ausgebildet, vor allem in Jena und Ilmenau. Dieser Prozess sollte gezielt räumlich ausgeweitet werden." Richtig - und es kommt jetzt wirklich darauf an, aus vielen solchen Aussagen auch die Konsequenzen zu ziehen und noch einmal zu überdenken, ob man sich aus dem Reservoir der Neuschaffung von 3.000 flächenbezogenen Studienplätzen doch noch einmal wohlwollend der Region Gera-Altenburg annimmt. Frau Kaschuba, ich kann Ihnen nicht beipflichten, dass die Verlagerung von Fachbereichen oder von bestimmten Gruppen der Fachhochschule Jena in diesen Raum eine Lösung wäre, das wäre Flickschusterei.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Aber nicht alle.)

Doppelstandorte sind übrigens absolut negativ zu bewerten für Fachhochschulen. Glauben Sie mir, Herr Jaschke, ich hätte es mir damals einfacher machen können, als die Frage stand: Nordhausen-Mühlhausen, dort ein Kleckschen und dort ein Kleckschen - beide wären glücklich gewesen, aber das wäre keine vernünftige Entscheidung gewesen. Solche Flickschusterei hier, wir geben da ein kleines Tröpfchen hin und da sind die still, das wäre also überhaupt keine Lösung.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Aber die ganze Schule von Jena nach Gera.)

Meine Damen und Herren, ich plädiere dafür, dass dieser Landtag sich bei nächster Gelegenheit dieser Frage noch einmal intensiv widmet. Der Raum Altenburg-Gera braucht eine solche Fachhochschule, es ist mit dieser Abteilung der Berufsakademie nicht getan. Das ist kein Äquivalent zu einer Fachhochschule und das ist auch damals bei der Gründung dieser Abteilung - Herr Kölbl, Sie nicken zustimmend, es ist ganz einfach so - es ist immer gesagt worden, dass das keine Alternative zu einer Fachhochschule in diesem Raum sein kann und sein soll.

Frau Professor Schipanski, Sie haben dem Hause erläutert, was unter Optomatronik zu verstehen ist, natürlich ist es ein Kunstwort, aber es ist in der Tat so, dass unter diesem Begriff natürlich auch das subsumiert ist, was früher unter dem Namen "Laserzentrum" gelaufen ist. Wir haben das ja gefördert. Wir, damit meine ich zunächst ich, dann Sie - Entschuldigung wenn ich das mal so herum sage, das war chronologisch gemeint - und dieses Laserzentrum hat ja beachtliche Erfolge erreicht. Die Ergebnisse, die insbesondere das Team Professor Sauerbrey dort erreicht hat, ich denke, Sie kennen die aktuellen Ergebnisse, das berechtigt also zu ganz großen Hoffnungen. Es ist übrigens auch kein Wunder, dass gerade der genannte Professor Sauerbrey wohl, so hörte ich neulich, Kandidat ist, Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu werden. Es ist mir zu Ohren gekommen, ich gehe davon aus, es ist so. Wenn das so ist, also, ich glaube, das ist der Adelstitel, der, abgesehen vom Nobelpreis natürlich, hier unter Thüringer Physikern verliehen werden kann, dort in eine solche Rolle hineinzukommen. Was will ich damit sagen? Es gibt ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Wie bitte? Hören Sie gut zu, dann wissen Sie es.

Die Ergebnisse dieser Entwicklung sind so zukunftssträftig, dass sie im Moment den Rahmen, dort unter den gegenwärtigen Laborbedingungen zu arbeiten, ganz einfach sprengen. Wenn wir die Früchte dieser Investition ernten wollen, dann muss das Projekt, das Optomatronikzentrum, das dieser Forschung die entsprechende Expansion und Intensivierung und auch die Praxis, die Wirtschaftswirksamkeit bringen soll, in Jena gebaut werden. Es tut mir Leid, aber es ist nun mal wieder in Jena. Dieses Opto-

matronikzentrum ist die Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse dieses Laserzentrums - es ist wirklich ein Essential in der Thüringer Technologieentwicklung - Breitenwirksamkeit erhalten. Dort können übrigens auch noch andere Einrichtungen hinein, dort können insbesondere auch kleine innovative Firmen andocken. Ich werbe also hier dafür, sehr wohlwollend zu prüfen, ob dieses Projekt "Bau des Optimatronikzentrums" nicht gemeinsam zwischen TMWFK und Ernst-Abbe-Stiftung - und soweit ich weiß, ist man dort bereit - vorangebracht werden kann.

Frau Schipanski, eine kleine Anmerkung noch zu Ihrer Bewertung Max-Planck-Institute; es stimmt nicht ganz, was Sie gesagt haben, es stimmt fast. Es ist richtig, dass also kein Antrag auf ein viertes Institut hier im Lande jemals eingegangen ist. An Länder geht es sowieso nicht, also zunächst mal, wenn Dinge im Gespräch sind, Länder müssen es dann natürlich behandeln, aber die Max-Planck-Gesellschaft interessiert sich natürlich in erster Linie für Standorte, für Städte, dann kommen die Länder ins Gespräch und ich weiß zuverlässig, das ist auch vom damaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Professor Zacher, damals offiziell gesagt worden, dass, wenn es ein Institut für Optik gäbe, das war natürlich offen, ob es ...

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Aber diese Max-Planck-Gesellschaft hat nie ...)

Ich nehme Bezug drauf, dass Sie sagen, es gab nie einen Gedanken an so etwas. Ich sage nur, einen solchen Gedanken gab es doch und die Aussage hieß, wenn es in der Max-Planck-Gesellschaft einmal ein Institut für Optik geben soll, dann kommt es nach Jena. So war die Aussage und die ist sogar öffentlich gemacht worden. Also, Sie haben Recht, einen Antrag auf ein solches Institut gab es nicht, aber Gedanken an ein viertes Institut der Max-Planck-Gesellschaft, die gab es wohl. Das möchte ich der Vollständigkeit halber sagen, nicht weil ich wie Sie auch einige Jahre am Tisch des Senats der Max-Planck-Gesellschaft gesessen habe, daraus würde ich gar nicht berichten, sondern weil diese Aussage öffentlich gemacht wurde.

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Herr Schuchardt, 1996 ist Prof. Zacher ... worden. Wir haben das Jahr 2002 ...)

Ja, er hat die Aussage auch gemacht.

(Zwischenruf Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Na ja, ...)

Ich habe ja auch nicht gesagt, dass das aktuell ist, Sie haben hier ein wenig Historie getrieben und ich habe mich bemüht, diese Historie ein wenig geradezuziehen. Wir kön-

nen das aber gern noch ausführlicher abhandeln. Aber, ich glaube nicht, dass das im Interesse des hohen Hauses liegt.

**Präsidentin Lieberknecht:**

Im Anschluss bitte, Herr Dr. Schuchardt, dann.

**Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:**

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem etwas vorausseilenden Punkt meinen Beitrag beenden, und zwar wird im Punkt II Punkt 8, vielleicht hat es ja dieser oder jener gelesen, ausgeführt, ich lese es mal vor: "Die Landesregierung geht davon aus, dass durch das In-Kraft-Treten der Professorenbesoldungsreform und die Möglichkeiten der leistungsabhängigen Vergütung die bestehenden Wettbewerbsnachteile verringert werden, es geht dabei um die Wettbewerbsnachteile, die aus der unterschiedlichen Ost-West-Besoldung und aus der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder hervorgehen." Richtig so - ich sehe es ganz genauso und möchte das unterstreichen und möchte jetzt schon darauf hinweisen, dass dieses Zitat, dieses regierungsamtliche Zitat mit Sicherheit in diesem hohen Haus noch mal bemüht werden wird, wenn die Frage der Hochschulreform, und zwar des Bundesanteils zur Hochschulreform hier mal zur Debatte stehen sollte, insbesondere bin ich sehr dankbar, dass regierungsamtlich hier eine solche positive Bewertung zumindest zu diesem Teil der Hochschulreform abgegeben wurde. Ansonsten - ich freue mich, dass die Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik in diesem Hause Gegenstand gewesen sind und große Aufmerksamkeit erlangt haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Noch ist die Debatte nicht zu Ende. Herr Abgeordneter Schwäblein hat das Wort.

**Abgeordneter Schwäblein, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie der Kollege Schuchardt bin auch ich dankbar darüber, dass wir in ziemlich großer Einmütigkeit über Technologie und Forschung gesprochen haben, insbesondere die Oppositionsredner haben den miserablen Eindruck der gestrigen Debatte zu der Imagekampagne "Denkfabrik Thüringen" heute wenigstens parziell wieder wettgemacht. Wir sollten in Zukunft darauf achten, dass wir unser Image nicht auf die Bratwurst reduzieren lassen und nicht selber dazu beitragen. Insoweit war das heute hilfreich.

Herr Dr. Schuchardt, einige Anmerkungen zu Ihrem letzten Beitrag: Die Flächendeckung der Innovationsförderung über die Forschungstechnologiepolitik zu machen, kann

man sich theoretisch vorstellen. Bei den begrenzten Ressourcen Thüringens funktioniert das aber nicht. Also wird man dort ansetzen müssen, wo sich vor Ort Forschungspotenziale erweisen. Die muss man prüfen, ob sie förderfähig sind und wenn sich das bewahrheitet, dann muss man tatsächlich auch abseits der großen Zentren, wo sich jetzt schon viel zeigt, hingehen mit der Förderung. Das ist in den letzten Jahren auch so gemacht worden, ansonsten gäbe es nach der Aussage Lothar Späth tatsächlich nur ein oder zwei Leuchttürme in Thüringen und die Konzentration wäre sehr, sehr stark geworden. Das ist nicht der Fall, sondern wir haben dort, wo es sich gelohnt hat, auch in anderen Regionen gefördert. Aber das jetzt tatsächlich zum Instrument der Regionalförderung zu machen, geht bei diesem Thema tatsächlich an den Gegebenheiten vorbei. Forschung ist heute nicht mehr auf einzelne Standorte beschränkt, nicht mehr auf einzelne Bundesländer beschränkt, sie ist schon nicht mehr auf einzelne Staaten beschränkt, sondern man muss heute in ganz anderen Dimensionen denken.

Noch ein Wort zu Ihrem langen Exkurs zur Fachhochschule - jetzt sage ich es Ihnen noch einmal laut, damit Sie es hören können - im östlichen Ostthüringen, also der Raum Altenburg/Gera. Ich war einer der Ersten, die damals sehr mutig gesagt haben, wir werden uns das wahrscheinlich a) nicht leisten können und b) die Studenten zu dem Zeitpunkt nicht haben. Ihre Prognosen noch aus dem letzten Landeshochschulplan waren leicht zu hoch gegriffen. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf, das war etwas zu optimistisch, sie sind jetzt korrigiert, wie sich das auch nachlesen lässt und es gibt ihre Prognose - eben die Gründung einer weiteren Fachhochschule - nicht her. Wir haben dann gerade - dort haben Sie aufgehört im Jahre 2008 - nach der jetzigen Vorausschau ein Maximum an Studierenden und danach nimmt das ab. Was machen wir denn dann mit einer weiteren Gründung, wo jetzt Nordhausen noch nicht einmal richtig voll ist.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:  
Weil sie von draußen ins Land ziehen, damit nicht ...)

Nein, das wird auch mit dem bisherigen Potenzial an Hochschulen der Fall sein, dass wir weiterhin für Studierende außerhalb Thüringens offen sind. Aber Sie wissen doch gerade - oder Sie sollten es noch wissen, aus Ihrer vorherigen Tätigkeit -, dass der Regionalbezug der Studierenden an Fachhochschulen deutlich größer ist als an Universitäten. Also wird der Geburtenrückgang an den Fachhochschulen Thüringens stärker durchgreifen als an unseren Universitäten. Davor darf man doch nicht die Augen verschließen. Ich wünsche mir eine andere Entwicklung, aber wir kriegen das so ohne Weiteres tatsächlich nicht hin.

Wenn Sie jetzt so einen besonderen Wert auf das östliche Ostthüringen gelegt haben, so sei es mir gestattet, auch auf den Bedarf im südlichen Südthüringen zu verweisen

und im südlichen Ostthüringen. Der Raum Saalfeld über Schleiz bis Greiz ruft natürlich genauso nach einer Fachhochschule und wahrscheinlich mit dem gleichen Recht.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir müssen dann wirklich sagen, Leute, kriegen wir das hin, ist das nicht Wunschtraum und sollten wir nicht besser den Leuten jetzt reinen Wein einschenken, ehe da ewig Papiere und Kommissionen in Funktion gesetzt werden und das am Ende nicht erfüllbar ist. Es haben auch Externe, die nicht die Regionalbrille auf haben, die Landschaft diesbezüglich in Thüringen untersucht und haben uns da ernsthafte Empfehlungen gegeben. Nicht zuletzt der Wissenschaftsrat, den Sie ja so hoch schätzen, hat zu der weiteren Fachhochschule im östlichen Ostthüringen nein gesagt. Nun können Sie das natürlich ignorieren, ich tue es nicht und es wird jetzt auch noch einmal geprüft, damit Sie vielleicht noch ein drittes Mal erfahren, dass wir da leider kein Potenzial haben. Insoweit sollte tatsächlich über Jena hinaus gedacht werden, ob wir nicht trotzdem Forschungspotenziale nach Gera oder in diesen Raum bringen können. So sollten wir tatsächlich überlegen, ob wir nicht auch Wissenschaftszentren dann nach Gera verlegen, denn die Entfernung Jena-Gera ist wirklich gering und die Verkehrswege werden immer besser und wenn der Bund noch das zweite Gleis spendiert noch ein Stück besser, aber da können Sie jetzt ja noch ein bisschen mithelfen. Ich habe sogar einmal die komplette Verlagerung der Fachhochschule Jena nach Gera gedanklich ins Spiel gebracht, auch darüber kann man nachdenken. Denken sollte nicht verboten sein, ob es realisierbar ist, sollte dann genauso geprüft werden. Willkommen in der Denkfabrik, Herr Dr. Schuchardt.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Weiter um das Wort gebeten hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Schuster.

#### **Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schuchardt, ich möchte ausdrücklich feststellen, dass zu der vorgestellten Bilanz natürlich auch Sie mit Ihrer Tätigkeit in der letzten Legislaturperiode wesentlich beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Es ist erfreulich, welcher breiter Konsens hier in Fragen der Forschungs- und Technologieentwicklung herrscht, aber es ist auch zu hoffen, dass dieser Konsens auch dann besteht, wenn es darum geht, aus Konzepten Projekte zu machen und auch zu realisieren, die kosten dann nämlich Geld.

Meine Damen und Herren, eins muss hier auch noch gesagt werden. Das, was sich hier im Parlament an Meinungen artikuliert hat, das wird auch in der Wirtschaft heute so gesehen. Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass in den Unternehmen große Anstrengungen unternommen werden zur beschleunigten Umsetzung des technischen Fortschritts. Es wird investiert in diesen Bereich. Die Unternehmen haben erkannt, dass von diesen Bemühungen wesentlich die Frage abhängt, welche Wertschöpfung man erzielen wird, welche Löhne man bezahlen kann, welche Erfolge man im In- und Ausland hat mit der Produktion. Es ist erfreulich zu sehen, wie groß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in den Clustern heute ist und wie groß eben auch die Anstrengungen in den Verbänden sind. Der VWT hat gerade ein Institut gegründet, um Technologieanstrengungen in den Unternehmen zu unterstützen. Es ist erfreulich festzustellen, in welchem Umfang Vertreter unserer Wirtschaft auch mitarbeiten in den Fachgremien unseres Hauses, in der Verbundforschung und dergleichen mehr. Ich denke, es gibt nicht nur hier im Parlament, sondern im Land überhaupt einen breiten Konsens in diesen Fragen und das ist gut so.

Frau Kaschuba, Sie haben die Frage nach dem TI-Fonds gestellt. Es stimmt, der ist erschöpft, aber daneben gibt es ja auch den VCT, und da sind noch Mittel, auch Beteiligungsmittel zu ziehen. Es ist allen zu raten, die da betroffen sind, auszuweichen auf den VCT. Das ändert nichts daran, dass man Vorstellungen entwickeln muss, wie es mit dem TI-Fonds weitergeht. Das ist sicher richtig.

Meine Damen und Herren, es wurde die Frage nach der Auslandszusammenarbeit gestellt. Wir stellen heute bei unseren Bemühungen, Exportförderungen und Akquisitionen im Ausland zu betreiben, immer wieder fest, dass diese sich nicht nur auf den Verkauf von Produkten oder auf die Anwerbung von Investoren beschränken dürfen. Es kommen immer mehr Fragen von Forschung und Entwicklung dazu und deshalb muss in diese internationale Zusammenarbeit aufgenommen werden auch der Bereich, über den wir hier sprechen. Wir sind zurzeit damit erfolgreicher in China, in Korea, in Osteuropa als dies etwa in der restlichen Welt der Fall ist. Aber auch da, denke ich, wird dieser Weg immer breiter werden und hoffentlich auch erfolgreicher. Vielen Dank für diese Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

So, damit ist die Rednerliste abgearbeitet und ich kann die Beratung schließen. Damit schließe ich auch den Tagesordnungspunkt 14.

Ich komme jetzt noch zu einem Punkt, und zwar hat die Frau Abgeordnete Arenhövel gebeten um eine **persönliche Erklärung außerhalb der Tagesordnung nach § 33** unserer Geschäftsordnung. Bitte, Frau Abgeordnete Arenhövel.

**Abgeordnete Arenhövel, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Gäste, ich habe noch einmal um das Wort gebeten, weil es mir darum geht, eine meiner Aussagen aus der letzten Plenarsitzung richtig zu stellen. Ich habe in der letzten Plenarsitzung beim letzten Tagesordnungspunkt gesprochen zur kinder- und jugendkulturellen Bildung und ich habe dabei auch das Erfurter Jugendtheater "Die Schotte" erwähnt und dabei sind Worte gefallen, wie "Konkurrenz zu professionellen Theatern" oder "nur noch elitäre Arbeit". Diese beiden Aussagen sind falsch und ich möchte sie hiermit vor diesem hohen Haus in aller Form zurücknehmen und es tut mir Leid, dass ich das so voreilig geäußert habe. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall im Hause)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Vielen Dank, für diese persönliche Erklärung, damit sind wir jetzt am Ende der Plenarsitzung angelangt. Ich darf Sie wieder einladen für den 21. und 22. Februar, bis dahin weiter gute und auch arbeitsreiche Zeit.

Ende der Sitzung: 16.00 Uhr